„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 17. | **Berlin, 25. April 1930.** | **11. Jahrg.**

Eing. 26. APR. 1930

Das Bromberger Fehl- und Schandurteil.

Alle angeklagten Vertreter des Deutschtumsbundes zu Gefängnis oder Festung verurteilt, nachdem der Staatsanwalt Zuchthausstrafe beantragt hatte.

Der Vorsitzende des polnischen Gerichts in Bromberg, vor dem die Anklage wegen Hochverrats oder wegen Spionage gegen zehn Vertreter des vor sieben Jahren aufgelösten Deutschtumsbundes verhandelt wurde, hat die Verhandlung, was allseitig zugegeben wird, so objektiv wie möglich geleitet und in der Behandlung der deutschen und polnischen Zeugen keinen Unterschied erkennen lassen. Man glaubte daher, der Bromberger Prozeß werde ebenso ausgehen wie der Ulitzprozeß in zweiter Instanz, d. h. mit Freisprechung enden. Darin hat man sich aber sehr getäuscht. Selbst der eine der beiden polnischen Verteidiger der Angeklagten hat betont, daß die Zuchthausanträge des Staatsanwalts nach dieser Prozeßführung „wie Donner und Blitz aus heiterem Himmel" gekommen seien, und wenn auch der Gerichtshof milder urteilte, wenn er ausdrücklich betonte, daß an der Ehrenhaftigkeit der Angeklagten keine Zweifel bestehen, wenn er nicht auf Zuchthaus, sondern nur auf Gefängnis erkannte, so bleibt doch die Tatsache der Verurteilung aller Angeklagten eine ebenso große Überraschung für alle unvoreingenommenen Beurteiler wie die unerhörten Anträge des Staatsanwalts. Man versteht es nicht, wie die Richter überhaupt zu einer Verurteilung kommen konnten!

Der deutsche Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Spitzer-Bromberg, hat in seinem Plädoyer in sehr sachlicher Weise die ganze Anklage widerlegt, so daß eine Verurteilung geradezu unmöglich erschien.

Noch mehr, noch leidenschaftlicher hat sich der eine der beiden polnischen Verteidiger, Rechtsanwalt Smiarowski-Warschau, für die Angeklagten eingesetzt. Smiarowski steht der deutschfeindlichen Nationaldemokratischen Partei nahe. Er hat deshalb erst Bedenken gehabt, die Verteidigung zu übernehmen. Nachdem er aber die Akten studiert hatte, hat er es gern getan. In der Verhandlung ist er geradezu mit Feuereifer für die völlige Freisprechung der Angeklagten eingetreten und hat dabei nicht ohne Ironie das ganze Verfahren gegen sie gegeißelt. „Kann man sich denken," so rief er aus, „daß Menschen ins Zuchthaus geschickt werden sollen, nur weil sie ihre Pflicht erfüllt haben?! Sie haben den Deutschtumsbund organisiert, sie haben die Rechte verteidigt, die ihnen zugesichert waren — war das verboten?! War das strafbar?!" Er wies darauf hin, daß im Deutschtumsbund jeder Eingang aufs sorgfältigste registriert war. „Arbeitet so eine Spionagezentrale?!" Die Parteien, die Gewerkschaften und die Genossenschaften seien alle ebenso organisiert wie der Deutschtumsbund. Seien sie deshalb Geheimorganisationen oder Spionagezentralen?! Seien sie gemeingefährlich?! Empört rief der polnische Verteidiger aus: „Nein, meine hohen Herren Richter, so geht das nicht! Der Deutsche ist doch kein Geschwür am polnischen Körper! Er ist doch kein Mistelzweig an der Eiche! Er ist uns menschlich nahe. Er ist seiner Veranlagung nach anders wie wir. Die Deutschen können nicht spionieren, sie eignen sich schlecht dazu. In ihre Gehirne ist nur zweierlei eingegraben, das weiß die ganze Welt: Die Hochachtung vor den Gesetzen und vor dem Staat und der Glaube an das Recht." Der Staatsanwalt habe von der Rechtmäßigkeit der Annullierung der Ansiedlerverträge gesprochen. Das sei aber ein Irrtum, denn das höchste Tribunal der Welt, der Weltgerichtshof im Haag, hat der deutschen Auffassung recht gegeben. Trotzdem soll dem Deutschtumsbund aus der Beratung der Ansiedler ein Vorwurf gemacht werden, weil sie versucht hätten, Regierungsmaßnahmen zu sabotieren. In den vielen Kisten finde sich kein Beweis für eine wirkliche Schuld. „Dieser Beweismangel ist der beste Beweis für die Schuldlosigkeit." „Wenn der Deutschtumsbund eine Spionagezentrale war," fuhr Smiarowski fort, „dann müssen wir alle unsere Organisationen zumachen, dann sind wir alle Spione, weil unsere Organisationen in Polen alle genau so organisiert sind."

Bürgermeister Goerdeler, Königsberg (Pr.), der zum Oberbürgermeister von Leipzig gewählt worden ist.

Er entstammt, wie wir in der vorigen Nummer mitgeteilt haben, der Ostmark. 15 Jahre lang ist er in verdienstvoller Weise für seine ostdeutsche Heimat tätig gewesen. Er wird auch ferner den Osten nicht vergessen. In einem Schreiben an uns bemerkt er zum Schluß: „Möge es uns vergönnt sein, den deutschen Osten wieder fest mit dem Reich zu verbinden, um in wiedergewonnenem alten Gebiet Raum für unsere überschüssige Volkskraft zu schaffen."

Der zweite polnische Verteidiger, Rechtsanwalt Grzegorzewski, stellte sich genau auf den gleichen Standpunkt.

Alles vergebens! Die Mehrheit der Richter war entweder so verblendet, daß sie auf alle Fälle die Angeklagten verurteilen wollte, weil sie Deutsche sind, oder der Gerichtshof hatte höhere Weisung. In Polen sind ja leider seit Pilsudskis Diktatur die Richter absetzbar. Das erklärt vieles.

Die Verurteilung der Angeklagten ist geradezu eine juristische Ungeheuerlichkeit. In der ganzen Welt muß man erneut zu der Überzeugung kommen, daß Polen kein Rechtsstaat ist, sondern daß dort Haß, Fanatismus und Willkür regieren. Allein schon die Tatsache, daß man hochangesehene Staatsbürger, denen sonst nicht das geringste vorzuwerfen ist, verurteilt wegen Vergehen und Verbrechen, die sie angeblich vor sieben Jahren begangen haben sollen, ist eine Lächerlichkeit. Wäre ihnen ernstlich etwas vorzuwerfen, so hätte man es in Polen nicht eilig genug haben können, sie zu verurteilen, um mit diesem Urteil das Vorgehen gegen die Deutschen als Staatsfeinde begründen zu können. Selbst der polnische Verteidiger Smiarowski rief mit Recht in den Saal: „Weshalb, wenn nach Meinung

Auf zur Hansa-Tagung des Deutschen Ostbundes

in Hamburg-Friedrichsruh (22. bis 25. August)!

Landsleute! meldet Eure Teilnahme zu dieser Bundestagung, die ungewöhnlich interessant zu werden verspricht, schleunigst an. Alles Nähere ist bei den Vorständen der Ortsgruppe zu erfahren.

des Staatsanwalts das Material so erdrückend ist, hat man sieben Jahre gebraucht, ehe man überhaupt zu einer Verhandlung kam?!" Die angeklagten Deutschen arbeiteten in diesen sieben Jahren weiter in Polen. Viele von ihnen sind jedes Jahr nicht einmal, sondern öfter Geschäfte halber oder während des Urlaubs in Deutschland gewesen. Hätten sie wirklich Strafbares begangen, so wäre es furchtbar einfach für sie gewesen, in Deutschland zu bleiben und nicht nach Polen zurückzukehren, um sich so der Strafverfolgung zu entziehen. Es ist ihnen nicht eingefallen, das zu tun, weil sie, ebenso wie Ulitz, ein reines Gewissen hatten. Trotzdem sollen sie ins Gefängnis gesteckt werden! Man greift sich an den Kopf und fragt sich, warum? Versteht Polen so die im Haag als Grundsatz für alle Völker proklamierte Liquidierung des Krieges? Ist das die Antwort auf die Riesenopfer, die Deutschland im Liquidationsabkommen mit Polen übernommen hat? Soll das eine Illustrierung zum deutsch-polnischen Niederlassungsvertrag sein? Sollte es den Deutschen diesseits und jenseits der Grenze erneut zum Bewußtsein gebracht werden, daß es in Polen kein Recht gibt, sondern nur Vergewaltigung, daß die Deutschen drüben vogelfrei sind?!

Die Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Polen, wie dieses Urteil sie darstellt, bedeutet eine Volkstumstragödie schlimmster Art. In Polen scheint man allerdings der Ansicht zu sein, daß es sich hier weniger um eine Tragödie, als um eine Justizkomödie handelt. Es wird nämlich angedeutet, daß die Gefängnisstrafen ja gar nicht so tragisch genommen zu werden brauchten, weil ja doch niemand sie absitzen werde. Der Vorsitzende fragte sofort nach der Urteilsfällung Herrn Rechtsanwalt Spitzer, ob er ein Gnadengesuch einreichen wolle. Der Gefragte lehnte das mit Recht kalt lächelnd ab, betonend, daß, solange die Rechtsmittel nicht erschöpft seien, die Angeklagten nicht daran dächten, die Gnade des Staatspräsidenten anzurufen, da sie sich nicht schuldig fühlten. In der Presse wird gesagt, daß die Angeklagten ja doch amnestiert werden würden. Aber selbst wenn es sicher wäre, daß keiner von ihnen ins Gefängnis geworfen wird, so ändert das nichts an dem Rechtsbruch, den das Urteil darstellt. Dieser Rechtsbruch muß von allen denen, die im Interesse der Menschheit das Recht über die Gewalt stellen, in der ganzen Welt gegeißelt werden. Solange in Polen derartige Urteile möglich sind, ist Polen kein Rechtsstaat, solange er das aber nicht ist, ist er kein vollwertiges Mitglied der europäischen Staatenfamilie, ist er eine Gefahr für den Weltfrieden, den er außerdem auch durch die Unhaltbarkeit seiner Grenzen gefährdet.

Erst wenn in Polen Recht und Gerechtigkeit für alle Staatsbürger ohne Unterschied der Stammeszugehörigkeit gesichert sind, und erst wenn durch Abänderung der Grenzen die nationale Brandgefahr beseitigt ist, die zwischen Polen und seinen Nachbarstaaten besteht, d. h. erst dann, wenn die uns geraubten Gebiete zurückgegeben sind, kann wieder Ruhe und Frieden in Osteuropa einkehren, erst dann können Verträge mit Polen in der Hoffnung, daß sie auch gehalten werden, abgeschlossen werden. * G.

Die Presse über das Bromberger Urteil.

Der Berliner **„Tag"** (Nr. 94) spricht mit Recht von einem Haßurteil. In Nr. 93 bemerkt das Blatt: „Es ist erwiesen, daß die ganze Aktion gegen den Deutschtumsbund ein unsauberes Manöver ohne jeden sachlichen Hintergrund war. Auf der Anklagebank saßen eigentlich nicht die Führer der Deutschen, dort saß der polnische Staat, und er ist moralisch genau so gründlich gerichtet wie im Ulitzprozeß. Auch die geschicktesten Manöver werden nicht verhindern können, daß diese beiden Prozesse auch außerhalb Polens viele hellhörig machen werden, die bisher noch unbelehrbar an eine gerechte Behandlung der Minderheiten in Polen glaubten."

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** (Nr. 185) nennt das Urteil einen verschämten Freispruch, und die Verhandlung „eine glänzende Rechtfertigung des aufgelösten Deutschtumsbundes".

Die **„Deutsche Tageszeitung"** nennt das Urteil eine eklatante Rechtsbeugung und fragt, ob das die Quittung sein solle auf die gewaltigen deutschen Verständigungsopfer, wie sie beim Liquidationsabkommen und beim polnischen Handelsvertrag gebracht worden seien.

Die **„Germania"** meint, „daß dieses Urteil selbst in der an Fehlsprüchen reichen Justizgeschichte der Minderheiten in Polen ein Unikum darstellt". Es beweise, wie recht- und schutzlos die Minderheiten in Polen auch nach Abschluß des Polenabkommens sind.

Das **„Berliner Tageblatt"** erklärt, daß die Hochverratsanklage unter dem Druck der Beweiserhebung auf ein völliges Nichts zusammengeschrumpft sei.

Auch der **„Vorwärts"** spricht von lächerlichen Beschuldigungen gegen die Angeklagten, hält also ebenfalls das Urteil für verfehlt.

Bilder aus dem Prozeß.

Ein Sachverständiger sagt aus.

Zu den interessantesten Abschnitten des Bromberger Deutschtumsprozesses hat die Vernehmung des Schulrates Rankowski gehört, der als Sachverständiger über die Schulfragen auszusagen hatte. Die Tätigkeit der Wanderlehrer, die den Kindern, welche gezwungen sind, in polnische Schulen zu gehen, Unterricht in deutscher Sprache erteilen, bezeichnete er als illegal, weil sie keine Lehrerlaubnis haben. Nach Rankowski ist es unzulässig, Schulen „künstlich" aufrechtzuerhalten, d. h. Kinder aus einem Schulbezirk bei Bekannten oder Verwandten eines anderen Bezirkes in Pension zu geben, um hier die Schülerzahl auf der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesthöhe von 40 zu halten und dadurch die Schule vor der Schließung zu bewahren. (Zum Vergleich erinnere man sich daran, daß es unter den polnischen Minderheitsschulen in Deutschland, selbst in Ostoberschlesien, nur wenige mit mehr als 40 Schulkindern gibt, trotzdem die Zuziehung von Kindern aus anderen Schulbezirken hier fast allgemein üblich ist; wollte man also die Grundsätze Rankowskis auf Deutschland anwenden, dann müßten hier so gut wie alle polnischen Minderheitsschulen verschwinden!) Weiter erklärte Rankowski: „Es falle ihm schwer", auf die Frage des Verteidigers Spitzer, ob die Aufrechterhaltung einer Minderheitsschule für das Interesse des polnischen Staates schädlich sei, eine Antwort zu geben; dieser ausweichende Bescheid bedeutet auf gut deutsch: Der polnische Schulfachmann hält es für seine nationale und dienstliche Pflicht, die deutsche Schule zu bekämpfen! Noch erstaunlicher war das, was der Sachverständige über die Schulfragebogen des Deutschtumsbundes auszusagen hatte: Das Sammeln der beanstandeten Statistiken sei gesetzwidrig gewesen; es sei den Lehrern verboten, solche von privater Seite kommende Fragen zu beantworten. Rankowski ging sogar so weit, zu behaupten, daß sich die deutschen Sejmabgeordneten ausschließlich an die Behörden zu wenden hätten, wenn sie Material für ihre Parlamentstätigkeit brauchen! Sie hätten kein Recht, sich an die Bevölkerung, sondern die Pflicht, sich an die Regierung und deren ausführende Organe zu wenden! Diese Behauptungen des Sachverständigen veranlaßten die Verteidigung zu der Frage, ob Rankowski juristisch vorgebildet sei, was dieser nach einigem Zögern verneinte. Es war ihm also offensichtlich gar nicht zum Bewußtsein gekommen, was er alles in seinem „Gutachten" für „verboten", „rechtswidrig" und „unzulässig" erklärt hatte. Die Abgeordneten haben das verfassungsmäßige Recht, die Regierung und ihre Organe zu kontrollieren. Wo würde ihr Kontrollrecht hinführen, wenn sie es einzig und allein auf Grund der Auskünfte ausüben könnten, die ihnen dieselbe Regierung, die sie kontrollieren sollen, erteilt? Eine Verwaltungsbehörde kann selbstverständlich den ihr untergeordneten Stellen, also auch den Lehrern, die Bekanntgabe statistischen Materials an Außenstehende verbieten und Übertretungen dieses Verbotes bestrafen. Sie hat aber nicht das Recht, einem Außenstehenden irgendwelche Bemühungen in dieser Richtung zu verbieten, sofern es sich nicht um Material handelt, das im Interesse des Staates geheimzuhalten ist. Das war aber bei der Materialsammlung des Deutschtumsbundes durchaus nicht der Fall, was schon daraus hervorgeht, daß die vom Bund aufgestellten Statistiken von der polnischen Schulbehörde selbst z. T. publiziert worden sind.

Akten werden verlesen.

Einen Polen gibt es in diesem Prozeß, der zwar im Gerichtssaal selber nicht auftritt, aber doch nicht unerwähnt bleiben darf: Bohusz heißt er, der bedauernswerte Untersuchungsrichter, der sechs Jahre seines Lebens darauf verwandt hat, 10 Zentner beschriebenen Aktenpapiers zu studieren; er hat die schönsten Rosinen aus dem gefährlichen Riesenkuchen gepickt und dem Gericht in Gestalt von 120 Dokumenten vorgelegt. Diese wurden nach der Vernehmung des Schulrates Rankowski verlesen. Wir können uns darauf verlassen, daß diese 10 Dutzend Schriftstücke, die aus einem 10-Zentner-Material herausgesucht worden sind, nach Auffassung des Anklagevertreters die Stücke sind, aus denen am klarsten die Schuld der zehn Angeklagten hervorgehen soll. Bei der Verlesung hat im Gerichtssaal eine peinliche Atmosphäre geherrscht, peinlich nicht für die Angeklagten oder für das Gericht, sondern für die, die die ganze unerfreuliche Aktion angezettelt und ausgedacht haben.

Dies Material, das hier, nachdem es sechs Jahre in den verstaubten Gerichtskellern und dem Amtszimmer des Untersuchungsrichters gelegen hatte, wieder vor die breite Öffentlichkeit herausgebracht worden ist, ist ein Ausschnitt aus der Leidensgeschichte ostdeutscher Menschen gewesen, die der Zusammenbruch des Reiches der Willkür eines unbarmherzigen Gegners ausgesetzt hatte. Da wird der Brief einer kinderreichen Ansiedlerfamilie verlesen, die der polnische Zwangsverwalter in eine kleine Stube zusammengepfercht hatte, während er allein alle übrigen Räume des Anwesens bewohnt; da hatten deutsche Bauern an den Völkerbund die dringende Bitte um Hilfe gerichtet, weil sie der Pole im harten Winter von ihren Höfen

vertrieb; da hatte einer der Angeklagten einem Mann, dessen Vater vom polnischen Pöbel erschlagen worden war, vor seiner Abreise nach Deutschland eine Bescheinigung ausgestellt, die ihn als Deutschgesinnten legitimiert; da hatte ein Pfarrer um vier oder fünf Hütejungen für seine Gemeinde gebeten, um die Schließung der deutschen Schule zu vermeiden; da hatte eine Geschäftsstelle des Deutschtumsbundes bei einer anderen angefragt, ob der polnische Verein „Oswiata" Mittel für die polnischen Auslandsschulen aufbringt, weil das für sie zur Abwehr polnischer Verdächtigungen und Vorwürfe wissenswert war; da hatte ein Herr Weisemann, der seinem Namen wenig Ehre machte, den Deutschen, die abwandern wollten, gebührenpflichtige Geleitbriefe gegeben, wofür er, wie der jetzige Chefredakteur der „Kattowitzer Zeitung", Dr. Krull, bezeugen konnte, vom Deutschtumsbund scharf verwarnt worden war; da hatte der Bund einem Vertrauensmann in der Provinz die Weisung gegeben, er möchte die Optanten, die nur vor dem deutschen Konsulat, nicht aber vor der polnischen Behörde optiert hätten, anraten, ihre Option rückgängig zu machen. Daß gerade auf diesen Brief vom Staatsanwalt besonderes Gewicht gelegt wird, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Beweggründe zu diesem Prozeß: Der Deutschtumsbund hatte versucht, die Deutschen im Lande zu halten; er hatte sich der gefährlichen Abwanderungsbewegung unter den Deutschen durch Beratung und Hilfe entgegengestellt und tatsächlich manchen Verzweifelten dazu bewogen, trotz allem in der Heimat zu bleiben. Das ist in polnischen Augen seine strafwürdige Schuld; das hatte die polnischen Behörden veranlaßt, ihn aufzulösen und seine Arbeit durch die Beschlagnahme der Akten lahmzulegen. Daß auf einigen „belastenden" Schreiben der Vermerk „Vertraulich" gestanden hatte, weil sie nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren; daß eine Aufstellung der Hotels in Posen und Pommerellen gemacht worden war, weil der Bund ein Verzeichnis der ihm zugänglichen Versammlungslokale brauchte; daß der Bund die Namen und Anschriften der Militärärzte (nicht nur der deutschen!) gesammelt hatte, um ihre Interessen gegenüber dem preußischen Staat wahrnehmen zu können; daß er ein Verzeichnis der Wassermühlen angelegt hatte, um die Besitzer (nicht bloß die deutschen!) in wasserrechtlichen Dingen zu beraten; daß in den Geschäftsstellen die annullierten Siedler mündlich beraten wurden, um Mißverständnisse, die durch schriftliche Instruktionen bei ungeschulten Menschen leicht hervorgerufen werden konnten, zu vermeiden, — diese und eine Menge anderer Dinge, die sich zwanglos und glaubhaft aufklären lassen, haben bei den Polen den Verdacht hochverräterischer Umtriebe geweckt.

Besonders verdächtig kam dem Staatsanwalt die Angelegenheit der Kriegsgedenkmünzen vor. Deren Verleihung sollte nach seiner Auffassung nur dazu gedient haben, den Bestand an waffenfähigen Leuten evident zu halten, um diese im Falle eines polnischen Konfliktes mit Deutschland zur Unterstützung der deutschen Armeen gegen Polen aufbieten zu können! Bezeichnend war, daß dem Staatsanwalt offenbar die Statuten des Kyffhäuserbundes noch unbekannt waren und daß er nicht wußte, in welcher Form und unter welchen Bedingungen die Gedenkmünze verliehen worden war. Er erfuhr also, daß jeder Kriegsteilnehmer, ob er an der Front oder in der Etappe gedient hatte, das Recht besitzt, gegen Entgelt die Münze zu erwerben, daß keine Kommission existiert hatte, die unter den Antragstellern nach irgendwelchen verdächtigen Gesichtspunkten die geeigneten Personen herausgesucht hatte und daß im Bereich mehrerer Geschäftsstellen des Deutschtumsbundes überhaupt keine Gedenkmünzen ausgegeben worden waren. Aus den dem Gericht vorliegenden Akten ging hervor, daß insgesamt nur 149 Bestellungen auf die Gedenkmünze eingegangen waren! Auch der Staatsanwalt mag sich gedacht haben, daß diese Zahl kaum ausgereicht haben würde, um das von Deutschland abgetretene Gebiet wieder von Polen loszureißen. Aber er sagte das nicht. Während der Vernehmung des militärischen Sachverständigen, der vermutlich über diese Frage sein Gutachten abzugeben hatte, wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Rede des Staatsanwalts.

Der Staatsanwalt Dr. Kuziel (Kuschell) stellte nach Beendigung der Dokumentenverlesung einen **Strafantrag** von unerhörter Schärfe. Es sollten erhalten Studienrat Heidelck 2½ Jahre Zuchthaus, Schmidt 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, Dr. Scholz 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Krause 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, v. Witzleben und Jenner je 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Frl. Seiler 1 Jahr Gefängnis und 1 Jahr Festung, Arendt 1 Jahr Gefängnis, Dobbermann 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und Dr. Winkelhausen 10 Monate Gefängnis; **im ganzen 10 Jahre 10 Monate Zuchthaus, 4 Jahre 1 Monat Gefängnis und 1 Jahr Festung.** Der Staatsanwalt führte in seinem dreistündigen Plädoyer aus, daß er die Anklage gegen sämtliche Angeklagten voll aufrechterhalte. In allen Punkten hielt er die Schuld für erwiesen; er blieb dabei, daß das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart eine amtliche Stelle sei, die mit der deutschen Regierung in engem Zusammenhang stehe. Er glaubte, bewiesen zu haben, daß ein Hochverrat angebahnt war. Es sei nicht notwendig, daß die betreffenden Straftaten begangen worden seien. Die Absicht genüge, um schuldig gesprochen zu werden. In seiner Begründung bezog er sich auf ein Urteil des Beuthener Gerichtes, das vor dem Kriege einen Sokolverein angeblich auf derselben Grundlage verurteilt haben soll, und auf das Versailler Diktat, das Polen besondere Rechte gewährt habe, um die preußische Unterdrückungspolitik wieder gutzumachen! Er wies auf die Ansiedlungskommission und das Enteignungsgesetz hin; auch der Wohnwagen des Drzymala fehlte nicht, um Stimmung für ein scharfes Urteil zu machen.

Man glaubte, in einer politischen Versammlung und nicht in einem Gerichtssaal zu sein. Die bis zum Überdruß wiederholten chauvinistischen Phrasen und geschichtlichen Unwahrheiten der nationaldemokratischen Propaganda mußten dem jungen Staatsanwalt, der sich hier seine Sporen verdienen wollte, zur Begründung dienen. Bis zum Jahre 1915 habe der preußische Staat 515 000 ha polnischen (!) Bodens geraubt. Polen wolle nicht das tun, was die Deutschen den Polen angetan hätten; es wolle die Deutschen in Polen nur so behandeln, wie Gesetz und Recht es verlangen. (Aber Gesetz und Recht sind in Polen so gestaltet, daß jede berechtigte Notwehr einer gepeinigten Minderheit durch böswillige Auslegung zum Hochverrat werden kann.) Polen habe Grund genug, Rache zu üben. Da die deutsche Bevölkerung hier (in Posen und Pommerellen) nur zugewandert sei (!), müsse auch Polen die Möglichkeit haben, sie wieder zu entfernen. Als der Staatsanwalt dann auf die verschiedenen Abkommen, die Polen das Recht zur „Entfernung" der Deutschen gegeben hatten, zu sprechen kam, warf er die Genfer Konvention mit dem Wiener Abkommen und das Gesetz betreffend die annullierten Ansiedler mit dem Liquidationsgesetz durcheinander. Der Deutschtumsbund, so wiederholte der Staatsanwalt, habe den Ansiedlern geraten, nur unter Druck von ihrem Besitztum zu weichen („unter Druck" — damit hatten die Angeklagten die polnischen Gesetze und ausführenden Behörden gemeint); der Bund habe den Deutschen empfohlen, bei den Konsulaten zu optieren, um der Einziehung zum Bolschewistenkrieg zu entgehen (was durchaus zulässig war), und dann wieder zur Widerrufung der Option geraten (was nach den geltenden Bestimmungen gleichfalls erlaubt war, da eine Option nach der damaligen [allerdings falschen] polnischen Auffassung nur vor den polnischen Behörden rechtsverbindlich war). Der Bund habe ferner direkt oder indirekt zum Verrat von Staatsgeheimnissen aufgefordert. (Damit zielte der Ankläger auf die Schulstatistik, die keine Geheimnisse wiedergab.) Auch seien polnische staatliche Lehrer subventioniert worden, was allerdings, wie der Staatsanwalt zugeben mußte, nicht dokumentarisch nachgewiesen werden könne; die künstliche Aufrechterhaltung deutscher Schulen sei ein Verstoß gegen die polnischen Schulgesetze gewesen; es seien illegale Ausreisebescheinigungen ausgestellt worden. (Das wurde in der Verhandlung klipp und klar widerlegt.) Statistische Angaben seien gesammelt worden, um sie — wie der Staatsanwalt willkürlich annahm — an eine fremde Regierung zu leiten, was allerdings noch nicht geschehen sei; aber die Absicht hielt er für erwiesen! Die Spionagearbeit des Bundes sei zwar nicht dokumentarisch zu beweisen; dem Staatsanwalt genügte der Hinweis darauf, daß es ein Charakteristikum der Spionagearbeit sei, daß die Originalschriftstücke ins Ausland gehen, während die Dublikate vernichtet werden. Auf dieser Annahme wurde die Anklage basiert! Auf eine ebenso willkürliche Konstruktion gründete der Staatsanwalt seinen Zuchthausantrag in der Frage der Kriegsgedenkmünzen: der Kyffhäuserbund sei vom deutschen Kriegsministerium subventioniert! „Sicherlich (!) haben zu der Kommission zur Verteilung der Münzen (die übrigens überhaupt nicht existierte) auch Offiziere der deutschen Armee gehört; nur sind deren Namen durch die Untersuchung nicht bekannt geworden" — so führte der Staatsanwalt aus; selbst Frl. Seiler habe „mit Überlegung und Fanatismus gehandelt". Die Angeklagten hätten sich weiter des ‚diplomatischen Verrates" schuldig gemacht, indem sie Material, das in Polen selbst zwar nicht geheim gewesen sei, an einen fremden Staat geliefert hätten. Der Deutschtumsbund — zu diesem unglaublichen Ergebnis kam der Staatsanwalt — sei eine Außenstelle der deutschen Regierung gewesen. Er beging die Geschmacklosigkeit, zu behaupten, daß die Deutschen in Polen im Gegensatz zu den „bedrückten" Polen in Deutschland „alle Freiheiten genießen". Das sei den deutschen Führern zu Kopf gestiegen und sie hätten daher besonders im Anfang diese Freiheit zu ungesetzlichen Taten benutzt.

Die Verteidiger sprechen.

Diesen stark propagandistisch aufgezogenen, juristisch dagegen schwach begründeten Ausführungen des Staatsanwaltes gegenüber fiel es den Verteidigern nicht schwer, zum Gegenangriff zur Entlastung der Angeklagten überzugehen. Rechtsanwalt Dr. Spitzer hob vor allem hervor, daß die Anklage mit Dokumenten gearbeitet habe, deren Identität nicht feststehe. Das Anklagematerial sei nicht nur in den Büros des Deutschtumsbundes, sondern in den Wohnungen von vielen hundert Personen beschlagnahmt worden, so daß die Herkunft der zur Belastung herangezogenen Schriftstücke in vielen Fällen nicht feststehe. Wenn man zu einer Verurteilung gelangen wolle, dann müsse man erst beweisen, daß es ein strafwürdiges Verbrechen ist, eine Minderheit zu erhalten, daß es strafbar ist, wenn Angehörige einer Minderheit mit Privatpersonen ihres Mutterlandes in Verbindung treten, daß es strafbar ist, seinen Besitz zu verlassen, ehe die Behörde dazu zwingt, daß es staatsgefährlich ist, eine Minderheitsschule vor der Auflösung zu schützen. Rechtsanwalt Dr. Spitzer unterzog Punkt für Punkt der Anklage einer vernichtenden Kritik. Rechtsanwalt Smiarowski-Warschau warf in seinem Plädoyer die Frage auf, ob es nicht berechtigt sei, von einer moralischen Verjährung des Prozesses zu sprechen. Man müsse sich in die Zeit versetzen, in der ein großes Volk über Nacht gezwungen wurde, sein politisches Denken auf den neuen Staat umzustellen. Wenn da-

mals wirklich ein Deutscher sich seiner neuen staatsbürgerlichen Pflichten noch nicht voll bewußt gewesen sein sollte, dann könne er heute, nach sieben Jahren, schon längst ein durchaus loyaler Staatsbürger geworden sein. Warum habe man denn sieben Jahre gewartet, wenn wirklich derart schwere Verbrechen vorlagen? Warum hat man die angeblichen Feinde Polens noch so lange arbeiten lassen, wenn man von ihrer Schuld überzeugt war? Ein Polizeistaat, wie das alte Rußland, könne solche Handlungen, wie sie dem Angeklagten zur Last gelegt worden seien, bestrafen; unter den heutigen Rechtsgesichtspunkten aber sei eine Bestrafung völlig unmöglich. Die Mitglieder des Bundes gehörten einer Bevölkerung an, die an Ordnung und Disziplin gewohnt ist, die in Spionagedingen keine Erfahrung und hierzu keine Neigung besitzt, und die nur um ihr gutes Recht als Minderheit kämpft. Der Verteidiger erinnert daran, daß ein polnisches Ministerium selbst bestimmt hat: „Entschädigungen werden wir nur denjenigen geben, die der Gewalt weichen.“ Man könne dem Deutschtumsbund dann doch keinen Vorwurf daraus machen, daß er den Ansiedlern geraten habe, nur der Gewalt, d. h. dem behördlichen Drucke, zu weichen! Polen habe einen Minderheitenvertrag unterschrieben; es habe damit der Minderheit das Recht gegeben, sich mit Beschwerden an den Völkerbund zu wenden; es müßte ihnen daher auch die Möglichkeit lassen, Material für diese Beschwerden zu sammeln. Die Frage der Kyffhäusergedenkmünzen sei eine persönliche Angelegenheit solcher Leute gewesen, die sich von dem Schimmer der Uniform noch nicht ganz zu trennen vermochten. Wo die Anklage hinter der Sammlung volksstatistischer Daten Spionage vermute, habe man es mit ganz selbstverständlichen und alltäglichen Dingen zu tun. Wenn der Staatsanwalt behaupte, daß gerade das Fehlen der belastenden Dokumente ein Beweis der Schuld sei — ja dann seien eben alle Menschen Spione, bei denen man keine Dokumente findet. Der Staat habe kein Monopol auf Statistiken; es gebe kein Gesetz, das eine wissenschaftliche Arbeit verbiete. So zerpflückte Rechtsanwalt Smiarowski in glänzender Rede alle Punkte der Anklage und entkleidete sie des geheimnisvollen Mantels, den ihr der patriotische Staatsanwalt angelegt hatte.

Rechtsanwalt Grzegorzewski beantragte die Feststellung der Verjährung für die Delikte aus § 129 StGB., die eingetreten sei, nachdem mehr als 5 Jahre keine Maßnahme der Untersuchungsbehörde stattgehabt habe. Die drei Verteidiger beantragten Freispruch aller Angeklagten. Nach einer Replik des Staatsanwaltes, in der er u. a. zugab, erst während des Prozesses erfahren zu haben, was Annullation und Liquidation eigentlich sind, faßte Rechtsanwalt Smiarowski das Charakteristikum des ganzen Prozesses in einem treffenden Vergleich zusammen: Irgend jemand geht auf der Danziger Straße in Bromberg spazieren. Der Staatsanwalt erhebt aus diesem Grunde gegen ihn Anklage, wobei er sich auf die Aussage von 12 Zeugen stützt, die allerlei Mutmaßungen über Zweck und Absicht des Spazierganges äußern. Der Angeklagte bietet gleichfalls 12 Entlastungszeugen auf, die beweisen, daß er absolut nichts verbrochen, sondern nur seinen gewöhnlichen Spaziergang unternommen hat. Es wird so lang und breit über die Sache gesprochen, bis bei den Zuhörern schließlich der Eindruck erweckt wird, daß es mit dem Spaziergang doch irgendeine geheimnisvolle Bewandtnis haben muß. Niemand weiß etwas Bestimmtes, niemand kann etwas Belastendes sagen — aber der Verdacht ist da, und der Staatsanwalt schickt sich an, seine Strafanträge zu stellen, wenn er den Schuldbeweis auch schuldig bleiben muß. So war es auch im Bromberger Prozeß; es wurde, indem man in geheimnisvoller Weise über alltägliche Dinge sprach, ein Verdacht geweckt, ein Odium geschaffen, das dann die Zuchthausstrafe rechtfertigen sollte.

Das Urteil.

Donnerstag morgens ½3 Uhr wurde die Verhandlung mit einem Schlußwort des Studienrats Heidelck geschlossen. Um 7½ Uhr abends wurde das Urteil gefällt. Das Gerichtsgebäude war stark mit Polizei belegt; der Andrang im Gerichtssaal war groß; auf der Straße erwartete eine große Menschenmenge den Urteilsspruch. **Das Urteil** lautete für **Heidelck und Schmidt je 6 Monate Gefängnis und 6 Monate Festung, für Krause, Dr. Scholz und Dobbermann je 6 Monate, für Witzleben, Jenner und Arendt je 3 Monate Gefängnis, für Dr. Winkelhausen 2 Monate und für Frl. Seiler 1 Monat Gefängnis. Fünf der Angeklagten,** Witzleben, Jenner, Arendt, Winkelhausen und Frl. Seiler, erhielten **drei Jahre Bewährungsfrist.** In der Begründung bezeichnete der Vorsitzende, Richter Radlowski, das Urteil als einen Akt der Selbsterhaltung des polnischen Staates (!); allen Angeklagten wurde die persönliche Ehrenhaftigkeit ihres Handelns bescheinigt; darum und angesichts ihrer Unbescholtenheit wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt. Die Angeklagten hätten sich der Umgehung oder Abschwächung der polnischen Gesetze schuldig gemacht, indem sie den annullierten Ansiedlern empfohlen hätten, das Inventar ihrer Ansiedlungen vor der Enteignung zu vernichten (soll heißen: zu beseitigen!) oder zu verringern (obwohl dieses Inventar ihr freies Eigentum war!), indem sie den Gestellungspflichtigen den Rat erteilt hätten (das ist niemals geschehen!), bei der Ausmusterung zu erklären, daß sie sich ihre Optionserklärung vorbehielten, ferner indem sie die Zahl der Kinder in den deutschen Schulen durch illegale Mittel reguliert hätten und indem sie veranlaßt hätten, daß den Konsulaten bzw. der Gesandtschaft Mitteilung über erfolgte Ausweisungen gemacht wurde (das war in der Zeit, in der für jeden aus Deutschland ausgewiesenen polnischen Saisonarbeiter, der seiner periodischen Rückwanderungspflicht nicht nachgekommen war, immer zwei oder drei alteingesessene Deutsche aus Polen ausgewiesen wurden, denen der Deutschtumsbund in ihrer Not nicht selbst behilflich sein, sondern nur die Stellen, eben die amtlichen deutschen Vertretungen, namhaft machen konnte, bei denen sie Rat und Unterstützung finden konnten). Dagegen könne das Gericht, so hieß es in der Urteilsbegründung weiter, keinen Verstoß gegen die Gesetze erblicken, wenn die Angeklagten den Rat erteilt hätten, nicht zu optieren; vom Vorwurf der Spionage wurden die Angeklagten freigesprochen, weil sie das an sich nicht geheime statistische Material nicht zu unerlaubten Zwecken verwendet hätten; ferner wurden sie vom Vorwurf des Hochverrates freigesprochen, da sie das eigentliche Ziel der Verteilung von Kyffhäuser-Denkmünzen nicht gekannt hätten.

Daß die Anklage in verschiedenen Punkten fallen gelassen wurde, daß in der Urteilsbegründung von persönlicher Ehrenhaftigkeit und mildernden Umständen die Rede ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das erste Urteil im Deutschtumsbundprozeß wie das Urteil der ersten Instanz im Ulitz-Prozeß aus politischen Gründen gefällt worden ist. 42 Monate Gefängnis und 12 Monate Festung — das ist das Osterfest der Deutschen in Polen! Die Verteidigung und der Staatsanwalt haben Berufung eingelegt.

*

Auslieferung Graebes beantragt!

Die polnische Presse teilt mit, daß die Staatsanwaltschaft in Bromberg noch vor Eröffnung des Deutschtumsbund-Prozesses, aber erst nach Abschluß der Parlamentssession beim Sejm die Aufhebung der Immunität des deutschen Abgeordneten Graebe-Bromberg beantragt hat. Der Verlauf des Prozesses dürfte die polnische Mehrheit des Sejm wohl dazu bewegen, diesem Antrag nicht stattzugeben.

*

Pfadfinderprozeß am 1. Mai.

Der Pfadfinderprozeß, der am 23. April in Bromberg beginnen sollte, ist auf den 1. Mai vertagt worden.

Angeklagt in diesem Prozeß sind der Studienrat Dr. Walter Burchard in Posen, vormals Landesführer der deutschen Jungenschaft in Polen, der Jugendpfleger und Lehrer Fritz Miehlke in Bromberg, der Pfadfinder Karl Burow aus Kolmar und Heinz Preuß aus Bromberg. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Spitzer-Bromberg und Grzegorzewski-Posen; die Verteidigung findet vor dem Bezirksgericht in Bromberg statt, deren Vorsitz wieder — wie im Deutschtumsprozeß — Dr. Radlowski übernehmen wird.

*

Ein dritter Ulitz-Prozeß.

Der Staatsanwalt beim Appellationsgericht in Kattowitz hat gegen das freisprechende Urteil im Ulitzprozeß das weitere Rechtsmittel der Kassation beantragt, so daß der Oberste Gerichtshof in Warschau sich noch einmal mit der Angelegenheit zu befassen haben wird. Eine sachliche Wiederaufrollung des Prozesses kommt nicht in Frage. Der Oberste Gerichtshof hat vielmehr nur das Urteil der zweiten Instanz auf etwaige formaljuristische Fehler zu prüfen. Die Untersuchung des Falles durch das Appellationsgericht ist so gründlich und gewissenhaft geschehen, daß das Vorgehen des Staatsanwalts wohl als aussichtslos gelten kann. Dagegen, daß der Vertreter der Anklage mit dem Prozeß bis zur höchsten Instanz geht, ist nichts einzuwenden. Der deutschen Minderheit in Polen kann es nur recht sein, wenn der Freispruch auch noch vom höchsten polnischen Gericht bestätigt wird.

Die Schuldigen dieses Prozesses, das hat die zweimalige Verhandlung bewiesen, sind nicht im Lager des Deutschen Volksbundes, sondern auf polnischer Seite, in den Reihen der Leute vom Spionagedienst und in der politischen Umgebung des Wojewoden Grazynski, zu suchen. Das geben einige polnische Blätter, wie der sozialistische „Robotnik“ in Kattowitz und die „Polonia“, das Organ Korfantys, auch zu, wenn sie das freisprechende Urteil mit folgenden Kommentaren versehen: Das Urteil habe bewiesen, schrieb der „Robotnik“, „daß die Anklage ein indolentes Machwerk der Defensive ist; daß sie aus politischen Motiven angezettelt worden ist. Das freisprechende Urteil ist zugleich ein strenges Verdammungsurteil für die andern. Die Beamten und Politiker, die es zu diesem Prozeß gebracht und dem Namen Polens im Auslande einer Schädigung ausgesetzt haben, müssen die verdiente Strafe erleiden.“ Und die „Polonia“ bedauerte es, daß der Prozeß ein so trauriges Bild des polnischen Nachrichtenwesens gegeben habe und daß Ulitz, der als Vertreter der deutschen Minderheit dem Polentum nicht besonders sympathisch sei, durch unverantwortliche Machenschaften gewisser polnischer Kreise in den Mittelpunkt des Interesses der Welt gestellt worden sei. Dann übte das Blatt scharfe Kritik an den Qualitäten der in dem Prozeß aufgetretenen Belastungszeugen, wie hauptsächlich des Agenten Pielawski, den es einen Hochstapler

nennt. Auch die „Polonia“ verlangt, daß die verantwortlichen Personen des Nachrichtendienstes zur Verantwortung gezogen werden sollen. Dazu wird es freilich nicht kommen; denn Polen nimmt die ausführenden Organe seiner Minderheitenverfolgung in Schutz. Andernfalls müßte es fürchten, daß diese Kronzeugen seiner Politik Dinge vor die Öffentlichkeit bringen, die ihm äußerst unbequem sind.

*

Der „Manchester Guardian“ zu den Prozessen.

Der Kattowitzer Berichterstatter des „Manchester Guardian“, der großen, in der ganzen Welt geachteten englischen Tageszeitung, schreibt u. a.: „Die polnischen Behörden wissen nunmehr, daß selbst die strengste Untersuchung nicht imstande ist, Beweise für irgendeine landesverräterische Tätigkeit der deutschen Minderheit in Polen zu erbringen ... Der Vorsitzende, Dr. Zechenter, verdient nicht nur die Dankbarkeit Polens, sondern die Anerkennung ganz Europas. Die Größe seines Verdienstes kann nur an der Schwierigkeit gemessen werden, der er gegenüberstand (d. h. an der öffentlichen Meinung in Polen, die eine Verurteilung wünschte). Ulitz und Dr. Zechenter sind heute die am meisten bewunderten Männer auf beiden Seiten der Grenze Oberschlesiens.“

Nach dem Kattowitzer Freispruch kam derselbe Berichterstatter auch nach Bromberg und teilte dem „Manchester Guardian“ über den Deutschtumsbundprozeß u. a. folgendes mit: „Wie in der Ulitzsache besteht auch hier nicht der geringste Zweifel über die vollständige Unschuld der Angeklagten. Dies ist klar bewiesen, genau wie in der Ulitzsache, durch das vollständige Versagen aller beschuldigenden Zeugenaussagen. Wie in der Ulitzsache wird auch hier der Urteilsspruch mit großem Interesse erwartet, nicht weil er die Schuld oder Unschuld der Angeklagten feststellen wird (denn diese sind einfach nicht schuldig), sondern weil er zeigen wird, ob es für die nationalen Minderheiten in Polen Gerechtigkeit geben wird oder nicht.“

Ein neues Ostprogramm.

Falsche Zeitungsmeldungen.

In den Zeitungen sind in letzter Zeit eine Menge zum Teil unvollständige, zum Teil direkt falsche Nachrichten über die geplante Osthilfe verbreitet worden. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt darüber: „Die Darstellung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“ ist weiter nichts als die bereits vom Kabinett Müller dem Reichsrat zugeleitete Drucksache über Reformen, bei denen das Innenministerium federführend war, während die Behandlung der sonstigen Einzelfragen den betreffenden Ministerien, also den Ministerien für Ernährung, Arbeit und Verkehr überlassen waren. Die Mitteilung der „Telegraphen-Union“ gibt nur eine z. T. richtige Darstellung derjenigen Vorschläge, die im Reichsernährungsministerium im Rahmen des Gesamtprogramms bearbeitet werden. Die beteiligten Ressorts haben inzwischen miteinander Fühlung genommen, um ein neues Ostprogramm auszuarbeiten. Über diese in der Ausarbeitung befindliche Vorlage kann zurzeit noch nichts mitgeteilt werden. Daß die Ostpreußenkommission überflüssig werden soll, wird von amtlichen Stellen als nicht zutreffend bezeichnet.“

Es ist richtig, daß eine Neubearbeitung des sogenannten Ostprogramms stattgefunden hat und daß für die zunächst auszuführenden Maßnahmen nicht wie bisher federführend das Reichsministerium des Innern, sondern das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist.

Die Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß das Kabinett alsbald nach Ostern über die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen Beschluß fassen wird.

Im Vordergrund werden, der „Dt. Allg. Ztg.“ zufolge, Maßnahmen zur Erleichterung der Kreditbeschaffung für die Ostgebiete stehen; insbesondere für die Umschuldung landwirtschaftlicher Betriebe; ferner werden Maßnahmen zur Lastensenkung, zur Sicherung der Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Osten vorgesehen werden.

*

Keine Einigkeit der Wirtschaftsvertreter der Ostprovinzen.

Kürzlich waren nach Berlin Vertreter der Wirtschaft aus allen Ostprovinzen zu einer Besprechung eingeladen, die den Zweck haben sollte, namentlich hinsichtlich der zum Besten der Landwirtschaft zu lösenden Fragen ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Nach längerer Aussprache wurde festgestellt, daß die Vertreter Oberschlesiens dem geplanten Vorgehen sich nicht anzuschließen vermochten, weshalb von der Weiterverfolgung der Angelegenheit abgesehen werden mußte.

*

Der Kampf um die Osthilfe.

Es ist unausbleiblich, daß hinter den Kulissen sich parteipolitische Kämpfe um die Gestaltung des Ostprogramms abspielen. In dieses Kapitel gehört das folgende Berliner Privattelegramm an die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 273):

„Während man über das Agrarprogramm des neuen Kabinetts mehr als genügend Bescheid weiß, ist über den Inhalt des angekündigten Hilfsprogramms für den Osten bisher so gut wie nichts bekannt geworden. Man weiß nur, daß bereits am 2. April im Hotel Bristol auf Veranlassung des Herrn von Flemming von der pommerschen Landwirtschaftskammer eine Großgrundbesitzerversammlung tagte, die für die Durchführung des Programms, das heißt für die Verteilung der erhofften Reichssubventionen, Vorbereitungen treffen sollte. In dieser Versammlung waren alle maßgebenden Persönlichkeiten des östlichen Großgrundbesitzes beteiligt, so die Herren von Gayl und von Hippel aus Königsberg, Nicolas-Rostin und von Oppen aus der Provinz Brandenburg, von Bernuth aus Niederschlesien, Dr. Brandes aus Königsberg vom Deutschen Landwirtschaftsrat, von Rohr (Demmin) aus Pommern und der deutschnationale Abgeordnete von Richthofen aus Boguslawitz (Schles.). Das Programm, auf das diese großagrarischen Interessenten warten, wird, wie es scheint, weniger im Reichsernährungsministerium als in den zentralen Stellen des Reichslandbundes und des deutschen Landwirtschaftsrates vorbereitet. Nach unverbürgten Angaben sollen 40 Millionen für die Lastensenkung, 50 Millionen für die Zinsverbilligung bewilligt und daneben eine neue Umschuldungsanleihe aufgelegt werden. Gleichzeitig denkt man an eine Änderung des Gesetzes über die Rentenbankkreditanstalt, mit dem Ziel, das Personalkreditgeschäft dieser Bank, das im geltenden Gesetz zeitlich und inhaltlich begrenzt ist, auszudehnen und so bei der Durchführung des ganzen Programms möglichst die Preußische Zentralgenossenschaftskasse auszuschalten, die ja bei den Deutschnationalen nicht sehr beliebt ist. Man hat nach unseren Informationen auch durch den Geschäftsführer des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Kutscher, bereits mit dem neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther im Sinne aller dieser Wünsche Fühlung nehmen lassen. Es fällt schwer, zu glauben, daß Dr. Luther ohne weiteres bereit wäre, ohne Rücksprache mit der Regierung und auch mit den zur Durchführung des Programms berufenen und mit einigen Erfahrungen ausgestatteten preußischen Stellen vorher in Verbindung zu treten. Denn ein Ostprogramm, das nur bestimmt wäre, den vielen verpulverten Millionen, die ohne wirtschaftlichen Erfolg als Subventionen nach dem Osten geflossen sind, weitere Millionen nachzuschicken, würde sich sehr bald, ebenso wie die Aktion von 1928, als ein Fehlschlag erster Ordnung erweisen, der der Landwirtschaft nichts helfen würde.“

Wir können gegenüber derartigen parteipolitischen Auslassungen immer wieder nur betonen, daß die Hilfe für den Osten eine vaterländische Notwendigkeit ist und daß sie von allen Parteien geleistet werden sollte. Parteipolitische Interessen müssen gerade in dieser Frage völlig ausgeschaltet werden.

*

Ein Ostland-Minister.

Zu der Forderung nach Einrichtung eines Ministeriums für den Osten, um diesen wirtschaftlich und kulturell vor dem Zusammenbruch zu bewahren und seinen Wiederaufstieg in die Wege zu leiten, bemerkt der „Jungdeutsche“ in Nr. 91:

„Wir möchten darauf hinweisen, daß es kaum möglich sein wird, daß das Reichsernährungsministerium allein die große Hilfsaktion für den Osten wird durchführen können, zumal dieses Ministerium mit dem Hilfsprogramm für die Landwirtschaft im allgemeinen eine Aufgabe übernommen hat, die wichtig und groß genug ist, alle seine Kräfte aufs äußerste anzuspannen. Wir würden es begrüßen, wenn sich die Reichsregierung entschließen würde, für die zehnjährige Dauer ihrer Hilfsaktion ein eigenes Ostministerium zu schaffen, welches die Aufgabe hätte, nicht allein die beschlossenen Maßnahmen des Reichstages durchzuführen, sondern das auch die Leitung dieser Maßnahmen allein in die Hand bekäme, da aus der Zusammenarbeit zwischen dem stark beteiligten Preußen und dem Reiche sich bei der verschiedenen politischen Zusammensetzung starke Reibungen ergeben könnten.“

Und an anderer Stelle in derselben Nummer bemerkt das Blatt zu dieser Frage:

„Die Forderung nach einer einheitlichen Führung aller Fragen der Osthilfe kann nicht überhört werden. Zweifellos wird ein Ostlandministerium die beste Stelle hierfür sein. Jedoch ist eine Frage bei der Errichtung des Ostlandministeriums entscheidend, die Frage nach der Persönlichkeit, die es leitet. Das kann nicht irgendjemand sein. Es kann kein Parteiminister sein. Man muß eine Persönlichkeit wählen, die nicht nur energisch und gewandt genug ist, um sich gegenüber den Hemmungen des heutigen Vielerleis der Verwaltung durchzusetzen, sondern die auch die Ostgebiete aus eigener Erfahrung genau kennt! Da liegt der Kernpunkt!“

Panzerkreuzer B wird gebaut.

Der Reichsrat hat am 16. April die Einstellung der ersten Baurate für den Panzerkreuzer B in Höhe von 2,9 Mill. M. in den Reichshaushalt für das Jahr 1930 beschlossen. Der Antrag der preußischen Regierung auf Annullierung des Beschlusses der vereinigten Ratskommissionen wurde mit 29 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Gegen den preußischen Antrag hatten u. a. die Vertreter Ostpreußens, Pommerns und Brandenburgs gestimmt.

Um den Handelsvertrag.

Polen gegen die deutschen Agrarzölle.

Der polnische Ministerrat hat den Gesandten Knoll damit beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuweisen, daß die Durchführung der Agrarzölle die Ratifizierung des Handelsvertrages außerordentlich erschweren würde. Durch einen zweiten Schritt suchte sie, das Schielesche Agrarprogramm zu Fall zu bringen bzw. ihre neuerliche Sabotage des Handelsfriedens als Notwehr hinzustellen. Die polnische Regierung hat das auf der internationalen Zollfriedenskonferenz angenommene Abkommen über die einjährige Verlängerung der Handelsverträge sowie das Protokoll über die wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen unterzeichnet. Sie hat ihren Beitritt jedoch an die Bedingungen geknüpft, daß die übrigen Staaten ihre Zolltarife nicht über den Stand vom 1. April d. J. erhöhen und keine wesentlichen Veränderungen vornehmen, die für den Außenhandel Polens ungünstig sind. Nach polnischer Ansicht ist die Konvention auf dem Status, der am 1. April d. J. herrschte, aufgebaut. Dieser polnische Vorbehalt ist unmittelbar gegen Deutschland gerichtet, dem damit die Schuld zugeschoben werden soll, wenn Polen die Handelskonvention und das Protokoll über die wirtschaftlichen Verständigungsverhandlungen nicht ratifiziert. Polen hofft, durch seinen Vorbehalt die übrigen Staaten zu einem Druck auf Deutschland zur Preisgabe seiner Agrarschutzgesetze veranlassen zu können. In Holland und Dänemark, die gleichfalls für ihre Agrarausfuhr nach Deutschland fürchten, hat Polen Helfer in seinem Kampf gegen die deutschen Zollgesetze gefunden. Deren Gesandte haben gleichfalls Beschwerde über die Gesetze geführt. Der Warschauer Protest lenkt die Aufmerksamkeit davon ab, daß in Polen innerpolitische Schwierigkeiten bestehen, die eine Ratifizierung des Vertrages durch Polen auch ohne das Schiele-Programm als sehr unwahrscheinlich erscheinen lassen. Die Frage der Ratifizierung durch den Sejm ist nämlich durchaus noch nicht geklärt; da die Regierung den Sejm, um nicht etwa durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt gezwungen zu werden, bis zum Oktober nicht einzuberufen gedenkt, ist an eine Ratifizierung, ohne die Deutschland den Vertrag nicht in Kraft setzen wird, gar nicht zu denken. Die Deutsche Regierung hat in Warschau wegen dieser Gefährdung des Vertrages durch Polen nicht protestiert; um die Atmosphäre nicht zu verderben! Die polnische Regierung dagegen hat sich weniger zurückhaltend bewiesen, hat wegen einer Gefährdung des Abkommens durch Deutschland sowohl in Berlin wie in Genf protestiert und hat damit die zurückhaltende Berliner Regierung zunächst einmal in eine unbequeme Verteidigungsstellung gedrängt.

Der polnische Vorbehalt in Genf ist unberechtigt; denn das Zollfriedensabkommen enthält eine Klausel, wonach dessen Bestimmungen beim Vorliegen „dringender Umstände" keine Wirksamkeit finden sollen. Die Notlage der deutschen Landwirtschaft ist als ein solch „dringender", die neuen Agrarzollbeschlüsse des Reichstages rechtfertigender Umstand anzusehen. Ob das von polnischer Seite anerkannt wird oder nicht, spielt keine Rolle. Über die Dringlichkeit hat nicht Polen, sondern Deutschland zu entscheiden.

Das W. T. B. bemerkt zu der Genfer Note der polnischen Regierung, daß die Genfer Übereinkunft weder für Deutschland noch für Polen verpflichtend sei; die Frist zur Hinterlegung der Ratifikationsurkunden laufe am 1. November 1930 ab; erst in einer für die Zeit vom 1. bis 15. November geplanten Konferenz solle über die Inkraftsetzung des Abkommens entschieden werden. Selbst wenn die Genfer Beschlüsse schon jetzt Gültigkeit hätten, würde die polnische Regierung keinen Anlaß zum Protest haben, da der Abkommensentwurf vom 24. März keine Festlegung auf die bestehenden Zolltarife bedeute, sondern die Staaten nur zur Mitteilung von Zollerhöhungen anhalte, worauf neue Verhandlungen erfolgen sollen. Von deutscher Seite sei schon während der Verhandlungen in Genf angemeldet worden, daß die Notlage der deutschen Landwirtschaft als „dringender Umstand", der Zollerhöhungen rechtfertige, im Sinne des Abkommens anzusprechen sei. Für Polen sind die deutschen Agrargesetze also nicht unterwartet gekommen.

Im übrigen ist man in Berliner Regierungskreisen mit Recht der Ansicht, daß von einer Verschiebung der für den Handelsvertrag geschaffenen Grundlagen durch die Agrargesetze keine Rede sein kann. Die für Polen entstandenen Hemmnisse seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr nach Deutschland sind nicht so erheblich, daß sie den Lärm rechtfertigen könnten, den die Warschauer Regierung und die polnische Landwirtschaft ihretwegen machen.

Völlig unbegründet sind die in der polnischen Presse vorgebrachten Klagen über die Erhöhung der deutschen Zölle für Speck und Schmalz; denn diese Zölle sind überhaupt nicht erhöht worden. Eine Reihe weiterer Zollerhöhungen, die für Polen an sich von Bedeutung sein könnten, ist zum mindesten für die nächste Zeit für Polen ohne Interesse, weil diese Zölle in anderen Handelsverträgen gebunden sind und Polen die Meistbegünstigung genießt, während es bis zur Ratifikation die wesentlich höheren Kampfzölle zu tragen hatte.

Wenn man sich überdies noch an das kürzlich entwickelte Wirtschaftsprogramm der Regierung Slawek erinnert, erkennt man das Ungerechtfertigte des polnischen Alarms sehr bald: In diesem Programm fand sich nämlich der Passus, daß die Regierung die Zollsätze so heraufsetzen werde, daß die polnische Industrie keinerlei Schädigungen durch die ausländische Einfuhr erfährt; dieses Versprechen der Zollerhöhung wurde der polnischen Industrie gegeben, bevor über die deutschen Agrarzölle Beschluß gefaßt worden war. Es wurde auch gegeben, obwohl Polen bereits jetzt mit der Höhe seiner Zölle hinter Rumänien unter den Staaten Europas an zweiter Stelle steht. Die durchschnittliche Zollbelastung der Waren in Polen beträgt 43,4 v. H. ihres Wertes gegenüber nur 17,8 v. H. in Deutschland.

*

Oberschlesien zum Handelsvertrag.

In der Vorstandssitzung des oberschlesischen Städtetages, die Mitte April in Breslau stattfand, sprach Stadtkämmerer Kasparkowitz über die Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelsvertrages auf die Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik in Oberschlesien; nachdem er an die Warnungen der oberschlesischen Wirtschaft vor den nachteiligen Folgen einer polnischen Kohleneinfuhr erinnert hatte, führte er u. a. aus: „Wie berechtigt diese Warnungen . . . waren, zeigt schon jetzt die Lage des oberschlesischen Kohlenbergbaues. Nach den Wirtschaftsberichten in der Zeitschrift „Oberschlesische Wirtschaft", Aprilheft, hat sich die Belegschaft im Februar von 60 402 auf 54 870 Arbeiter verringert. Es sind also insgesamt im Februar 5532 Mann oder über 9 v. H. der Gesamtbelegschaft entlassen worden. Trotzdem sind im Februar rund 270 000 Schichten wegen Absatzmangels ausgefallen, so daß also im Durchschnitt auf einen Arbeiter 4 bis 5 Feierschichten entfallen, was Oberschlesien seit 20 Jahren nicht mehr erlebt hat. Das bedeutet für den einzelnen Arbeiter einen durchschnittlichen Lohnausfall von 30 bis 40 M. und bei den höher bezahlten Arbeitsgruppen sogar von monatlich etwa 50 M. Diese wirtschaftliche Abwärtsbewegung wird sich bei der Hereinnahme des Kohlenkontingents fortsetzen und somit für das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens, das nun einmal auf der Montanindustrie aufgebaut ist, unheilvolle Rückwirkungen auslösen.

„Nach den gegenwärtigen Lohn- und Leistungsziffern stecken in jeder Tonne oberschlesischer Kohle 6,29 M. an Löhnen, Gehältern und sozialen Beiträgen. Ein Kontingent von 320 000 Tonnen monatlich oder 3,85 Millionen Tonnen jährlich wird demnach für Oberschlesien einen Ausfall an Kaufkraft der Bevölkerung von 24,2 Mill. RM. im Jahre ausmachen. Das genannte Kontingent bedeutet weiter auch einen erheblichen Minderverbrauch an Materialien und eine starke Einschränkung der Kapitalaufwendungen für die weitere Entwicklung der Betriebe. Alle diese Verluste an Kaufkraft werden sich auf die Gewerbesteuereinnahmen der oberschlesischen Kommunen jährlich in einem heute noch nicht übersehbaren Ausmaße nachteilig auswirken. Ist schon der Schaden auf der Einnahmeseite für die Kommunen Oberschlesiens unerträglich groß, so ist er auf der Ausgabenseite nicht minder bedeutend und gefahrdrohend. Man braucht dabei nur an die auch die bestfundierte Kommunalwirtschaft erschütternde Aufwärtsbewegung der Wohlfahrtslasten für die Erwerbslosen seit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu denken, um zu ermessen, wie gefährlich sich der deutsch-polnische Handelsvertrag infolge der Verschlechterung des oberschlesischen Arbeitsmarktes für die Kommunalwirtschaft auswirken muß."

Diese Ausführungen werden durch die Angaben in einem Schreiben des Landesrates Franz Ehrhardt an den Reichsverkehrsminister ergänzt, der u. a. ausführt: „Wie in der Schrift „Die deutsche Ostgrenze" (herausgegeben vom Reichsministerium des Innern) nachzulesen ist, sind die Zuschläge zur Gewerbeertragssteuer fast um ein Drittel höher als im Reichsdurchschnitt. Trotz der hohen Realsteuern ist aber keineswegs eine Balancierung der Kommunaletats erreicht. Dazu wäre in vielen Fällen fast eine Verdoppelung der Realsteuern erforderlich. Da das nicht möglich ist, müssen laufende Einnahmen durch Aufnahme neuer, meistens kurzfristiger Schulden gedeckt werden. Wie bedenklich das ist, brauche ich wohl nicht näher auseinanderzusetzen. Schon heute stellt sich der Betrag für Verzinsung und Amortisierung aufgenommener Schulden auf 9 bis 13 v. H. sämtlicher Ausgaben. Eine Dauerarbeitslosigkeit — und die ist zu erwarten — geht zu Lasten der Bezirksfürsorgeverbände, also der Kommunen. Die finanzielle Leistung unserer Kommunalverbände hat ihr Höchstmaß längst erreicht. Schon heute führt die hohe Realsteuer zu einer Vernichtung oder zur Abwanderung der Wirtschaft.

„Wenn das Reich einen Handelsvertrag abschließt, so müssen auch die unvermeidlichen Lasten von der Gesamtheit getragen werden. Eine Grenzwirtschaft, die unter den Folgen der Grenzziehung am Versinken ist, kann die Last nicht tragen. Wie in der Presse in den letzten Tagen mitgeteilt wurde, organisiert Polen bereits den Absatz seines Kohlenkontingents im Absatzgebiet des ober- und niederschlesischen Kohlenreviers." — Das Schreiben schließt mit der dringenden Bitte an den Reichsverkehrsminister, auf die Reichsbahn einzuwirken, daß sie von Oberschlesien nach Inkrafttreten des deutsch-polnischen Handelsvertrages noch weitere 150 000 Tonnen Kohle monatlich abnimmt.

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostmarkarbeit deutscher Frauen.
Mitteilungsblatt des Frauendienstes des Deutschen Ostbundes
und der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.
(Erscheint in zwangloser Folge).

1930 | 3. Folge

Mutter Gottes am Wege.

Am Wege steht ein Muttergottesbild.
In sanften Schimmer tauchen es zwei Kerzen.
Ein Mädchen betet vor dem Gnadenbild
Und spricht mit sehnend-unruhvollem Herzen:
„Wann kommt mein Wunder, das mein Leben füllt?
In meinem Blute brennen süße Kerzen!"
Maria hebt die Hand und flüstert mild:
„Zu jedem Glück geht erst der Weg durch Schmerzen!"

Julius Bansmer.

Der Muttertag naht.

Ostmarkfrauen, die Ihr in den Frauendienstgruppen des Deutschen Ostbundes oder in der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen E. V. zusammengeschlossen seid, gedenkt des

zweiten Maiensonntags,
der deutschen Mutter ist er geweiht!

Ein Volk, das seine Mutter ehrt, ehrt sich selbst und bezeugt seine hohe Kulturstufe vor allen Völkern!

Material zur Veranstaltung von Muttertagfeiern, namentlich im Hinblick auf die Grenzmarkarbeit unserer Frauen, liefert auf Anforderung zum Selbstkostenpreis

das Frauenreferat des Deutschen Ostbundes,
Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 43, IV.

6. Ostlandabend der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.

Der 6. „Ostlandabend", den die Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen e. V. veranstaltete, erhielt sein Gepräge als gesellschaftliche Zusammenkunft durch die Räume, in denen er stattfand. In dem neueröffneten Haus der Presse standen Fest-, Empfangs- und Gesellschaftsräume den zahlreich erschienenen Freunden ostdeutscher Bestrebungen zur Verfügung, und sofort war eine gehobene festliche Stimmung der Ausdruck der Freude über den Rahmen, den man der Veranstaltung gegeben hatte. Die Ansprache von Frau Brönner-Höpfner umriß die „Frauenfragen im Osten" und brachte in der eindringlich warmen Art der Rednerin wieder ins Bewußtsein, wieviel Arbeit noch zu tun ist für und mit den Deutschen in den abgetrennten oder vorläufig entrissenen Gebieten. Die historischen Zusammenhänge, die Untrennbarkeit von deutscher Kultur mit der Kultur des Ostens legte dann Abg. Dr. Günther Grzimek kraftvoll dar. Der Frau bleibt ein reiches Arbeitsfeld, und in bevölkerungspolitischer wie in kultureller Beziehung sei ihre Arbeit noch wertvoller als die des Mannes. Durch die besondere Liebenswürdigkeit des „Quartetts der Damen" wurde dann ein Genuß geboten, der aus dem Rahmen sonstiger Darbietungen an Verbandsabenden emporstieg in das Gebiet des Künstlerischen. Die vier Damen der Gesellschaft, die aus reiner Lust zum Musizieren zu einem Quartett zusammengeschlossen sind und auch schon durch Konzerte sich einen Namen zu schaffen wußten, boten ein Klavierquartett von Ludwig van Beethoven in vier Sätzen. Anita Marcus-Rocamora (Geige), Margarete Zorer-Soehlmann (Cello), Hermine Pauly-Correns am Klavier und Rose-Rita Wilm-Soehlmann (Viola) hoben in klangschönem Zusammenspiel die kostbare Klarheit und Innigkeit des selten gehörten Quartetts hervor. Reichster Beifall wurde den Künstlerinnen für ihre vollendete Darbietung zuteil. Mit zwei Balladen von Agnes Miegel „Die schöne Agnete" und „Die Frauen von Nidden" bewies Frau Ilse Dieckmann ihre feine Gabe, seelische Vorgänge beseelt zu sprechen. Den Beschluß machten Tänze nach „Volksweisen", nach „Tanzlied" von Dvorak und „Heiterer Melodie" von Rubinstein, deren Entfaltung durch die Kleinheit des Podiums leider etwas behindert war. Der Flügel war dankenswerterweise kostenlos zur Verfügung gestellt von der Firma Rehbock & Co. in Berlin. Es war nicht nur ein harmonischer Abend, sondern auch dadurch bedeutungsvoll, daß diese Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen gerade im Hause der Presse stattfand und dadurch der Schritt in die Öffentlichkeit gewissermaßen unter dem Stern guten Einvernehmens mit der siebenten Großmacht stand, von deren Verständnis für die Aufgaben und Ziele der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen viel abhängt. Gilt es doch, die praktischen Ziele zu erreichen, deren Anfänge mit der Siedlerinnenschule „Haus Ostland" in Vetschau am Spreewald bereits vorliegen und der Förderung bedürfen. „Haus Ostland" war es auch, dem der Reinertrag des Abends zugute kommen soll, und es wurden von Frau Ruth Heerdegen entworfene „Bausteine" verteilt, die in geschickter Weise in Büchleinform von der Arbeit in und an „Haus Ostland" berichten. Die Bausteine sind für 3 und 5 M verkäuflich und in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen e. V., Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43, zu haben. Es ist geplant, auch Ferienkinder und vielleicht auch Hausfrauen zu Freizeiten dort aufzunehmen, um das junge Unternehmen ergiebig zu gestalten für alle Kreise. Möge der 6. Ostlandabend dem „Haus Ostland" warme Fürsprecher gewonnen haben!

Annie Juliane Richert.

Das Quartett der Damen.

Diesem Bericht unseres Vorstandsmitgliedes lassen wir neben den uns zahlreich zugegangenen Presseberichten einige folgen und nehmen die Gelegenheit freudig wahr, der gesamten Presse für ihr freundliches Interesse an unserer Arbeit zu danken.

Der Bericht der Telegraphen-Union.

Ostland-Abend der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen. Im Hause der Deutschen Presse, Berlin, fand am Donnerstag der sechste Ostland-Abend statt. Diese Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft sind dazu bestimmt, Mitglieder der ostdeutschen Verbände und Freunde Ostdeutschlands zur Pflege des ostdeutschen Gedankens zusammenzuführen. Die 2. Vorsitzende, Frau Brönner-Höpfner, konnte auch am Donnerstag Vertreter der verschiedensten Reichs- und Landesbehörden sowie befreundete Organisationen und zahlreiche Gäste begrüßen. Sie wies auf die nationalpolitische Bedeutung des Ostens hin, der in ganz besonderem Maße des Interesses und der kulturellen wie wirtschaftlichen Pflege bedürftig sei. Der Landtagsabgeordnete Dr. Grzimek umriß in seinem Vortrag „Frauenaufgaben im Osten" diesen Aufgabenkreis im einzelnen. Die großen nationalen und kulturpolitischen Aufgaben des Deutschtums im Osten, Erziehung, Schule und Kunstpflege, könnten nur gelöst werden, wenn die Frauen sich für sie einsetzten. Frau Heerdegen wies auf die Siedlerinnenschule im Frauenheim „Haus Ostland" hin, mit dem die Arbeitsgemeinschaft eine Ausbildungsstätte geschaffen habe, in der die ostdeutsche Frauenjugend praktisch auf den Beruf der ostdeutschen Siedlerin vorbereitet und im ostdeutschen Gedanken erzogen werde. Der gesellschaftliche Teil des Abends brachte ein vorzüglich gespieltes Konzert — Beethovens Klavierquartett, Opus 16 — der Damen Pauly-Correns (Klavier), Marcus-Rocamora (Violine), Wilm-Soehlmann (Viola) und Zorer-Soehlmann (Violoncello) sowie Tanzdarbietungen frischer Mädchenjugend.

Bericht des „Tag".

Ostland-Abend. Die Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen veranstaltete in den neuen Räumen des Reichsverbandes der Deutschen

Presse einen Abendempfang. Frau Elisabeth Brönner-Hoepfner, M. d. L., als Vorsitzende sprach Worte der Begrüßung, die für die Arbeit der Frauengemeinschaft zu werben versuchten. Das Wesen dieser Frauenarbeit am Menschen und für das Weitertragen der deutschen Kultur erörterte sodann Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Dr. Günther Grzimek. Reicher künstlerischer Schmuck: vier Damen, die das Quartett Op. 16 von Beethoven unter allgemeinem Beifall spielten, Frau Ilse Dieckmann als Rezitatorin (zwei Balladen von Agnes Miegel) und einige tanzende junge Damen, umrahmte den Abend, der durch die blumengeschmückten Tische einen besonders festlichen Charakter erhielt. Die preußischen Ministerien hatten Vertreter entsandt. Auch waren die beiden Bundespräsidenten Sinschel und Schmid zugegen.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei schreibt:

Denkt an den Osten!

Die Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen hatte zu einem Ostlandabend in die neuen, sehr schönen Räume der deutschen Presse zum Donnerstag, den 10. April, eingeladen. Ihrem Rufe waren viele Freunde gefolgt und bekundeten durch ihr Erscheinen ihre Teilnahme für die notwendige Arbeit der ostdeutschen Frauen. Die Vorsitzende, Frau Brönner-Höpfner, schilderte zuerst die Aufgaben und Ziele der Arbeitsgemeinschaft und die schweren Bedrängnisse unserer ostdeutschen Schwestern. Den Mittelpunkt des Abends bildete der Vortrag des Landtagsabgeordneten Dr. Grzimek, der über die „Frauenaufgaben im Osten: Menschen und Kultur" sprach. Gerade im Osten bilde die Frau den ausschlaggebenden Faktor im Bevölkerungs- und Kulturleben. Ohne eine starke deutsche Bevölkerungsschicht und hohe Kultur, die ein Leben im Osten erstrebenswert machten, wäre der Osten für uns verloren, darum forderte er die rege Mitarbeit der Frauen. Den warmen und temperamentvollen Ausführungen dankte herzlicher Beifall. Um dem Abend ein festliches Gepräge zu geben, war er umrahmt von künstlerischen Darbietungen, die durchweg in schöner Weise von Frauen ausgeführt wurden. Die ostdeutschen Frauen können mit Befriedigung auf ihre Abendveranstaltung zurückblicken.

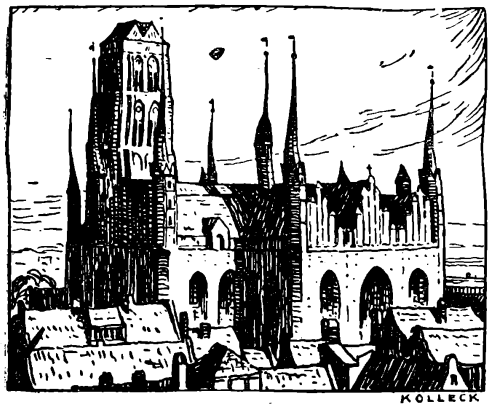
Th. P.

Die Gefährdung der Danziger Marienkirche.

Die Danziger Marienkirche, das Danziger Wahrzeichen dieser trotzigen deutschen Stadt, steht in großer Gefahr. Soll sie erhalten bleiben, so müssen die klaffenden Risse ihres Hauptturms vermauert und vernäht werden, die Dächer z. T. neu gedeckt, eine Innenheizung eingebaut werden. Das kostet Millionen. Der Ostbund besteht aus vertriebenen Ostmärkern, die alle viel, von denen viele alles verloren, doch Ostmärker sind zäh und kampfgewohnt. Wir bitten die, welche sich wieder emporrangen, der Marienkirche zu gedenken und von den Bausteinen zu kaufen, die das evangelische Konsistorium in Danzig in Form eines außerordentlich schönen bebilderten Werbehefts (Preis 1 M.) bereitstellt. —

Ich gebe hier die Schilderung der Marienkirche wieder, wie sie 1908 in den Danziger Bildern erschien.

Die Marienkirche ist unsere größte Kirche. Früher war sie katholisch und hieß Sankt Marien, ich sage gern Sankt Marien, es klingt so fromm. Die Marienkirche liegt mitten in der Rechtstadt, viele kleine Gäßchen laufen von allen Seiten auf sie zu, wie wir Kinder auf Mutter zulaufen, wenn wir sie von weitem sehen. Die Kirche ist wie eine Mutter für die Stadt, sie schützt uns mit ihren Türmen, daß der Blitz uns nicht trifft. Sie segnet uns mit ihren Glocken. Hör' ich die tiefen Glocken von Sankt Marien, so steht mir fast das Herz still. Die Marienkirche ist ganz aus rotem Backstein, man sagt auch Ziegelsteine, Backstein ist schöner, man hört gleich die Farbe mit. Unser Backstein ist rot, dunkelrot, braunrot wie Mutters Kupferkessel, wenn er angelaufen ist. Der rote Backstein macht einem ordentlich warm zu Mut. Auch die Dächer von Sankt Marien sind rot mit Dachziegeln, die sitzen da schon viele hundert Jahr und haben unmenschlich viel Schnee und Regen abbekommen. Die großen roten Dächer mit den roten Mauern bilden die Kirchenschiffe, wie man das nennt. Die langen sind die Längsschiffe, die queren sind die Querschiffe, sie gehen durcheinander und machen ein Kreuz. Das wollten die Bauleute so. Das Kreuz und die Kirche sind eins, und beide sind heilig. Wer in die Kirche tritt, nimmt den Hut ab oder verneigt sich. Auf den Dächern der Marienkirche sitzen viele Türme. Manche haben grüne Spitzen. Ich möchte da so sehr gerne mal rauf, auf alle Türme, die kleinen und die großen, die schlanken und die dicken. Vor allem aber auf den großen Glockenturm, der in die Jogengasse sieht. Er hat keine Spitze, denn er ist nicht fertig geworden, und damit er sich nun nicht schämt, haben sie ihm eine Mütze aufgesetzt mit zwei Zipfeln, wenn die voll Schnee liegt, sieht es aus wie Berge. Von da kann man die See sehen. Ich bin noch nie oben gewesen; aber ich möchte so gerne.



Marienkirche in Danzig.

In dem Turm ist es dunkel, in der Kirche aber hell. Sie hat große, schöne, spitze Fenster, die sind aus gemaltem Glas. Wenn die Sonne durchscheint, macht das Glas die alten Steinplatten bunt: rot, grün, blau und gelb, wie Regenbogen oder die Glasperlen in Luischens Perlschachtel. Unter den Steinplatten aber liegen lauter Tote begraben. Das ist schauerlich. Ich gehe immer leise, daß ich sie nicht wecke. Ihre Namen und Wappen und was sie auf Erden waren und taten, steht eingeschrieben auf dem Stein. So leben sie lange im Gedächtnis der Menschen.

In der Marienkirche sind die schönsten und seltsamsten Dinge zu sehen: der hohe, aus Holz geschnitzte Altar und der messingne Taufstein, den sie zu Schiff herbrachten, aber den Deckel mußten sie über Bord werfen, das Meer hätte sonst alles verschlungen. Nun hat er keinen Deckel, aber herrliche Türen, Gitter und Figuren. Er ist wie ein Häuschen und wird zugeschlossen.

In einer Kapelle ist auch ein sehr berühmtes Bild, eine Auferstehung, die hat uns Napoleon weggenommen, wir haben sie aber wiedergeholt. Ich finde sie nicht schön. Die Menschen sind sehr mager, sehen aber alle aus, als wenn sie gerade mal zuviel gegessen haben. Aus dem Bild, da mach ich mir nichts draus. Aber daneben hängt eine vertrocknete Menschenhand, die hat ein Kind gegen die Eltern aufgehoben. Da ist sie verdorrt. Das war ihm auch recht. Viele Sitze und Bänke sind in der Kirche. Die großen, wie Stuben für sich, haben gar Öfen drin, zum Heizen, das nennt man Gestühle. — Es gibt ein Ratsgestühl, ein Predigergestühl u. a. Die meisten Leute sitzen aber auf Bänken. Viele sind alt und braun, so alt und braun wie die Fahnen, die noch da hängen, als die Marienkirche katholisch war. Sie fallen jetzt ganz auseinander, das macht mich traurig. Alle Dinge auf der Erde haben ein Ende.

In einer Ecke ist auch eine Sternuhr, sie geht aber nicht mehr, und das ist schade. So künstlich war sie, daß sie den Lauf von Sonne, Erde, Mond und allen Sternen wies, und die Jahre, Monate, Wochen, Tage anzeigte und Choräle sang und Stunden schlug und Christus und die Apostel wandeln ließ. — Weil aber der Rat nicht wollte, daß der Künstler eine zweite solche Uhr machte, ließ er ihm die Augen blenden, und der Künstler schnitt dafür einen Draht in der Uhr durch. Nun spielt sie nicht mehr. Die Menschen waren früher doch sehr böse.

In der Kirche ist auch ein Denkmal von Luther. Was Luther nicht glauben konnte, da sagte er nein zu. Da wurden wir protestantisch.

Zwei Orgeln sind in der Marienkirche, eine große und eine kleine. Orgeln singen wie Engel, mit tiefer, weicher Stimme. Es ist zum Weinen so schön. Neulich war ich früh in der Kirche, es war noch dunkel, sie hatten Kronleuchter und Lampen angesteckt und Lichter mit goldenen Blenden. Wir saßen alle unter der Kanzel, und wenn wir sangen, sah man den Hauch. Ringsum auf allen Seiten war es hoch und finster, aber ich fürchtete mich nicht; Gott ist unser Vater; ich hatte keine Angst. Die kleine Orgel sang so lieblich.

Angst habe ich nur in den schwarzen Vorhäuschen an den Kirchentüren, ehe ich wirklich drin bin oder wieder in den Straßen draußen. — Wie ist es da nett um die Kirche rum: das alte schwarze Predigerhaus mit den drei Schweinskopfwappen, das alte Lädchen, das wie ein Vogelnest an die Kirche angebaut ist, wo aber jetzt niemand mehr sitzt, die kleinen Häuser mit den ausgeschnittenen Herzen und Tulpen in den Fensterläden, die Mutter Gottes in einer kleinen Höhle der Kirche, und der Wind, der immer um die Ecke pfeift. Da kann man gar nicht genug sehen. — Wenn sie bloß die Kirche in der Woche nicht immer zumachten. Sie tun wohl die Türen auf, sperren aber Gitter davor. Da kann ich nur die Nase dranquetschen und hineinsehen, wo der Taufstein steht und die Uhr und die Orgel.

Ganz oben an dem alten Eckhaus ist eine Schrift, golden auf schwarz. Ich habe lange getüftelt, bis ich's rausbrachte, es war schwer zu lesen; es heißt:

Wir baven Häuser hier und Veste,
Und sind auf Erden doch nur Gäste.
Da, wo wir ewig sollen sein,
Da baven wir gar wenig ein.

Mutter sagt, das heißt, wir denken nicht genug an den lieben Gott.

Am schönsten ist die Marienkirche am Abend bei Sonnenuntergang, dann glüht der rote Stein wie Feuer, die ganze Kirche brennt; das Kirchenschiff mit all seinen Türmen möchte los von der Erde und in die rotgoldene Sonne gehen. So denke ich mir die himmlische Glorie.

Dr. Käthe Schirmacher.

Aus der Ostbundfrauenarbeit.

Die Frauengruppe Anklam des Deutschen Ostbundes hatte in der Traube einen „Bunten Abend", der sehr gut besucht war. Der Jahresbericht ergab ein sehr erfreuliches Bild. Die Ortsgruppe ist ständig im Wachsen begriffen. Einen hochinteressanten Vortrag über die Not des Ostens hielt der Beigeordnete Dr. Graebert. Die Landflucht, der Geburtenrückgang der Deutschen und die Besiedlung jenseits der Grenze durch die Polen seien die drohendsten Gefahren. Es folgten einige Gesangsvorträge und zwei kleinere lustige Theaterstücke. Auch getanzt wurde.

Der **Frauendienst Berlin-Brandenburg** hielt am 3. April 1930, nachm. 3 Uhr, im Heim des Deutschen Roten Kreuzes, Berlin, Jasanenstraße 23, seine diesjährige Generalversammlung ab, verbunden mit einem Gedenken seines fünfjährigen Bestehens. Herr Böhmer als Vertreter des Vorstandes des Landesverbandes, die Herren Schulz, Widmann und Scholz als Vertreter der Ortsgruppenvorstände nahmen an der Sitzung teil. Frau Heerdegen, die Begründerin der Frauendienstbewegung, die von Berlin-Brandenburg aus ihren Weg in die Ortsgruppen des Reiches nahm, gab in ihrer Begrüßungsrede einen kurzen Rückblick über Entstehen und Werden des Frauendienstes.

Nach dem Geschäftsbericht und dem Kassenbericht kamen einige Anträge zur Aussprache. Darunter zwei von besonderer Bedeutung, der erste, von der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen gestellt, „Haus Ostland" mit einer jährlichen Zuwendung von mindestens 100 ℳ zu unterstützen. Frau Heerdegen gab einen kurzen Überblick über Plan und Ausbau von „Haus Ostland". Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der zweite, von der Ortsgruppe Eberswalde gestellte, handelte über „Patenschaften", d. h. jeder Landesverband oder größere Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes soll sich die tatkräftigste Unterstützung der alten Heimat angelegen sein lassen und mit Geld und jedmöglicher Hilfe für sie eintreten. Damit nicht alles planlos auf einen Ort fällt, soll ein ständiger Ausschuß dem Frauenreferat zur Seite gestellt werden, der die Vorarbeiten und den Ausbau leiten und leisten soll. Auch diesem Antrag, der wie der erste von wahrhaft produktiver Fürsorge zeugt, wurde einstimmig zugestimmt und Frau Gertrud Brandt, Eberswalde, gebeten, die erste in diesem Ausschuß „Patenschaften" zu sein und alles weitere in die Hand zu nehmen, sich geeignete Mitarbeiter aus den Reihen des Frauendienstes zu wählen; als Mitarbeiterin mit besonderer Erfahrung auf dem Gebiete wird Frau Israelski vorgeschlagen.

Leider sieht Frau Heerdegen sich mit Rücksicht auf den Ausbau von „Haus Ostland" gezwungen, ihr Amt als 1. Vorsitzende niederzulegen, da „Haus Ostland" für sie ein öfteres, längeres Fernsein von Berlin bedingt. Da satzungsgemäß keine Wahlen stattfinden, soll bis zur nächsten Generalversammlung eine ständige Vertreterin ernannt werden.

Leider ist auch Frau Stephan infolge ihrer schweren Erkrankung gezwungen, ihr Amt als 2. Vorsitzende niederzulegen. Frau H. widmete der Scheidenden herzliche Worte des Dankes. An ihrer Statt wurde Frau Böhmer einstimmig gewählt.

Zum Schluß dankte Frau Regler als älteste Mitarbeiterin im Frauendienst mit bewegten Worten Frau Heerdegen für die bisher geleistete Arbeit und Mühe als Gründerin und Führerin des Frauendienstes; was der Frauendienst geleistet und geworden sei, sei in der Hauptsache das Werk von Frau Heerdegen, nur ungern sähe sie Frau Heerdegen den Platz am Steuer verlassen, und sie hoffe zuversichtlich nicht nur auf eine Wiederkehr, sondern auf weitere so enge und herzliche Zusammenarbeit wie bisher. Und dieser Wunsch von Frau Regler ist wohl allen vertretenen Damen im Landesverband Berlin-Brandenburg aus dem Herzen gesprochen gewesen. Maria Geiseler.

Frauengruppe Stargard i. Pom. Die Frauengruppe hatte am 30. März d. J. zu ihrem 2. Stiftungsfest Einladungen an die Bevölkerung, vaterländischen Vereine und Frauenvereinigungen der Stadt ergehen lassen. Ebenso waren auch einige naheliegende Ortsgruppen eingeladen. Der große Saal des Stadttheaters war für diesen Tag festlich geschmückt. Eine große Anzahl von geladenen Gästen war erschienen. Die vier Frauenvereinigungen der städtischen Kirchengemeinden, Ostmarkenverein, Ost- und Westpreußenverein hatten Abordnungen entsandt. Ebenso war der Landesverband durch die Geschäftsführerin, Frl. Fels, die Frauengruppe der Ortsgruppe Stettin durch Frau Böning vertreten. Die Landesverbandsführerin der Frauengruppen des Landesverbandes, Frau Ruppin, war ebenfalls erschienen. Eingeleitet wurde die Feier durch ein gutes Konzert, ausgeführt von Mitgliedern der Reichswehrkapelle. Die Leiterin der Frauengruppe Stargard, Frau Glaesing, eröffnete die Feier mit einer kurz, aber innig gehaltenen Begrüßungsansprache, in welcher sie allen Erschienenen einen warmen Dank aussprach. Die Vertreterin der Frauengruppe Stettin und die Führerin des Landesverbandes, Frau Ruppin, überbrachten ebenfalls herzliche Glückwünsche ihrer Frauenvereinigungen. Alsdann wurde von Frl. Adelheid Noprecht ein äußerst sinnreicher Prolog sehr gut vorgetragen. Des weiteren brachte Herr Laabs ein Melodrama „Das deutsche Gretchen" sehr gut vor. Die Gesangsabteilung der Jugendgruppe sang alsdann unter ihrem Dirigenten, Herrn Lehrer Smigelski, den „Ostmärkischen Werberuf" und ebenso „Das deutsche Gebet". Ferner wurde von neun Damen der Jugendgruppe der Sprechchor „Entrissene Töchter" sehr gut vorgetragen. Im Anschluß an diesen Sprechchor war von Frl. Lydia Sommerfeld die Germania in vorbildlicher Weise dargestellt. Darauf ergriff der Vorsitzende und Gründer der Frauengruppe, Herr Krause, das Wort zu einer äußerst sinnreichen zu diesem Tag zugeschnittenen Festansprache und sangen im Anschluß die Festteilnehmer den ersten und vierten Vers des Deutschlandliedes. Ein kurzes Singspiel, aufgeführt von Mitgliedern der Jugendgruppe, beendigte den festlichen Teil der Feier. Verlosung von zum größten Teil selbstverfertigten Sachen seitens der Frauengruppe und ein Tanzkränzchen beendigten diese Feier. Hervorzuheben ist, daß bei dieser Feier das außerordentlich gute Einvernehmen und Ineinanderarbeiten der Orts-, Frauen- und Jugendgruppe zutagetrat.

Sehnsucht.

Ich möchte zurück in die Heimat,
In das schöne Posener Land,
Zurück in das kleine Städtchen
Am Waldesrand.

Ich möchte zurück zu dem Häuschen,
Umrankt von des Weines Laub,
Entfliehen dem Großstadtgetriebe
Mit seinem Lärm und Staub.

Ich möchte zurück zu den Wäldern
Mit ihrem würzigen Duft,
Zurück zu dem plätschernden Bächlein
Und atmen die reine Luft.

Zu dir, dem stillen Friedhof,
Mit deiner Mauer aus Stein,
Und träumen am Grabe des Vaters
Von Kindheit und Glücklichsein.

Dort möchte ich ewig träumen
Und schlafen im kühlen Sand. —
Oh, nimm mich auf, du mein schönes,
Herrliches Posener Land! —

Charlotte Bußler.

Roggenbrot macht Wangen rot!

Auf Veranlassung der Zentrale der Hausfrauen von Groß-Berlin fand am 8. März eine Roggenbrot-Propaganda im großen Saale bei Kroll statt.

Frau Mühsam-Werther begrüßte im Auftrage der Veranstalter, nämlich der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, des Reichsausschusses zur Förderung des Milchverbrauchs, des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlin und der Vereinigung der Brotfabrikanten die zahlreich Erschienenen, vor allem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft H. Dietrich, Herrn Stadtmedizinalrat Professor Dr. von Drigalski, Herrn Präsident Müller von der „Germania", Zentralverband Deutscher Bäckerinnungen, sowie die zahlreichen Vertreter und Vertreterinnen der Reichs- und Landesbehörden, der Stadt Berlin, Vertreterinnen und Vertreter von wirtschaftlichen Vereinigungen, Berufsorganisationen, konfessionellen und kulturellen Verbänden, Vertreter der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft und nicht zuletzt die beinahe 80jährige Seniorin der Hauswirtschaft, Frau Dr. h. c. Hedwig Heyl.

Nach kurzen Ausführungen von Frau Mühsam über Ziele und Zwecke der heutigen Veranstaltung, unter besonderem Hinweis auf die nationalwirtschaftlichen Belange, nahm Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft H. Dietrich das Wort und gab seiner Freude Ausdruck, daß diese Versammlung einberufen sei, um die Öffentlichkeit, namentlich aber die Hausfrauen, für außerordentlich wichtige Ernährungsfragen zu interessieren, von deren befriedigender Lösung in weitem Umfange das Schicksal der deutschen Landwirtschaft abhänge. Im Vordergrund stehe zurzeit die Förderung des Roggenabsatzes. Ein wesentliches Hilfsmittel zu dieser Förderung ist ein erhöhter Verbrauch von Roggenbrot und Roggenmehl. Die Bevölkerung hat sich in weitem Umfange von dem Roggenbrot abgewendet, um dafür Weizengebäck, meist in der Form des Kleingebäcks, der Brötchen, zu konsumieren. Man zahlt lieber die hohen Preise für diese Weizengebäcke; damit wird ein Luxus getrieben, der angesichts der großen wirtschaftlichen Not schwer verständlich ist. Außerdem wird aber auch unnötigerweise Weizen verschwendet, der vom Auslande teuer hereingeführt werden muß. Roggen wird im Inlande selbst in einer Menge gebaut, die zur Deckung des gesamten Bedarfs bei weitem ausreicht. Solange Deutschland nicht in der Lage ist, genügend Weizen selbst zu produzieren, muß sich daher jeder schon aus vaterländischem Interesse befleißigen, dem Roggenbrot den Vorzug zu geben.

Der Minister schilderte sodann die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen, um zu einem verstärkten Roggenabsatz zu kommen, und ging dabei auch auf das Roggenbrotgesetz ein. Durch das Roggenbrotgesetz soll die Bereitstellung eines reinen Roggenbrotes

gewährleistet werden. Alle Bemühungen zur Hebung des Roggenverbrauchs werden vergeblich sein, wenn nicht der Bevölkerung ein wirklich gutes Roggenbrot angeboten wird. Zum Schluß ging der Minister entsprechend der Programmstellung der Werbeveranstaltung noch auf die Lage der deutschen Milchwirtschaft ein und dankte den Hausfrauenorganisationen für ihre Mitwirkung an den von dem Reichsmilchausschuß getragenen Bestrebungen auf Hebung des Milchverbrauchs und des Verbrauchs von deutscher Butter und deutschem Käse. Dr. von Drigalski wies auf die erfolgreichen Reklamemaßnahmen des Auslandes zum Kauf einheimischer Erzeugnisse hin. — Er erinnerte an die Forschungen namhafter Ernährungs-Physiologen, die ergeben haben, daß kein wesentlicher Nährwertunterschied zwischen Roggenbrot und Weizenbrot besteht. — Die heranwachsende Jugend sollte vor allem mehr Roggenbrot als Weizenbrot genießen. Seine Ausführungen endigten in einem Appell an die Hausfrauen als Käuferinnen, für den Bedarf jedes einzelnen Haushalts mehr Roggenbrot und Roggenmehl zu verwenden, sowohl im Interesse der deutschen Wirtschaft als auch zur Gesundung des deutschen Volkes.

Herr Präsident Müller nahm in seinen Ausführungen Bezug auf die bereits unternommenen Maßnahmen zur Steigerung des Roggenbrot- und Roggenmehlverbrauchs sowohl in Bayern als auch im Rheinland gemeinsam mit den zuständigen Regierungsstellen und den Hausfrauen. — Er führte weiter aus, daß das Bäckergewerbe den Hauptwert auf eine gemeinsame Werbung legt. Er forderte die Deklarierung des reinen Roggenbrotes und ermahnte, den Ausfall der diesjährigen Roggenernte vorausschauend, die wegen des trockenen Frühjahrswetters sowohl quantitativ als qualitativ beträchtlich hinter den Ernteergebnissen des letzten Jahres zurückbleiben wird, jeder Verschleuderung der jetzt noch vorhandenen 3½ Millionen Tonnen Roggen ans Ausland entgegenzuwirken.

Der Männergesangverein im Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin brachte geeignete Lieder zum Vortrag.

In einer reichhaltigen Ausstellung von Roggenbroten, Roggenmehlgerichten und deutschem Käse, gezeigt vom Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlin, der Schule der Hausfrauen (hauswirtschaftliche Kurse der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin e. V.) und der Kochschule Lina Morgenstern sowie von dem Reichsausschuß zur Förderung des Milchverbrauchs, wurden neben erstklassigem Brot ein Hefezopf und Weißkäsetorte, Bierkaltschalen, Kaßler überkrustet, falscher Blätterteig, Strudel mit Obst und Gemüse, Quark oder Fleisch zur Schau gestellt, was äußerst einladend anmutete.

Der Herr Reichspräsident hatte, da er leider persönlich an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnte, sich mit einem handschriftlich unterzeichneten Brief wie folgt geäußert:

„Sehr geehrte Damen!"

Mit Interesse erfahre ich, daß Sie am 7. März d. J. eine Werbekundgebung für die gesteigerte Verwendung von Roggenmehl veranstalten werden. Ich begrüße Ihre Bestrebungen, auf diesem Wege zur Besserung unserer schwierigen landwirtschaftlichen Verhältnisse beizutragen, lebhaft mit dem Wunsche, daß Ihrer Arbeit ein guter Erfolg beschieden sein möge."

Das Roggenproblem ist eine der brennendsten Wirtschaftsfragen des deutschen Landwirts; darum bringen wir den Bericht in der ursprünglichen Fassung, obgleich er teilweise durch die politischen Ereignisse längst überholt ist. Die Schriftleitung.

Im Auswandererzuge.

Gloria, Gloria — Gloria, Victoria! —

Niemals früher oder später habe ich die Melodie, das Lied tiefer empfunden als an jenem denkwürdigen Tage, da zwei Holzpfeifer unter Begleitung einer einzigen Trommel begeistert am Auswandererzuge Posen—Berlin auf dem Bahndamm entlangstolperten und die Töne in die trübe Morgenluft hineinschmetterten. Gloria, Gloria — wir waren soeben auf deutschen Boden gerollt an der drohenden Willkür der weißroten Grenzpfähle vorbei, wir hatten die Last unseres Herzens mit einem Seufzer hinweggeblasen. Hier sind wir — Gloria —, hier rollen wir wieder langsam zwischen Zäunen deutscher Fahnen, hier hält unser Zug auf der ersten deutschen Station: Bentschen. Der Name eines kleinen belanglosen Städtchens wird zum Symbol, zum Sinnbild des Gloria-Victoria-Gedankens und Gefühls der Erlösten, der Befreiten, der Heimgekehrten. Der schwirrende durcheinanderschreiende Bahnsteig mit großen und kleinen Fahnen aus Stoff und Papier; das große Lachen, die stille Freude, die leuchtenden Augen der Menschen, die endlich wieder zu Hause sind, die sich nach dem langen Bann der Fremde wieder heimisch fühlen, lagert über der verräucherten Bahnhofshalle. Glanz, Helligkeit, Jauchzen: Gloria, Victoria!

Einsteigen, langsam rollt der Zug weiter. Unser schmutziges Abteil vierter Klasse teilen wir mit noch einer Familie. Unser Spitz, das siebzehnjährige Hausfaktotum, der Gesell und Gespiel der frühesten Jugend, von dem wir uns nicht hatten trennen können, torkelt betrübt um das aufgetürmte Gepäck in der Mitte. Er läßt den Schwanz hängen und verschmäht seine Milch. Es ist kalt, Oktober, regnerisch. Der Zug schleicht langsam. Wer wird wohl in das Haus ziehen, die Zimmer bewohnen, in deren Ecken sich unsere liebsten Erinnerungen ängstlich festklammern? Wie wird unsere neue Heimat, die kleine Stadt am Ostrande des Harzes, ausschauen? Gewiß, man wird uns freundlich aufnehmen, denn wir sind Märtyrer für das Deutschtum, wir leiden doppelt und dreifach an der Not unseres Volkes; aber wie wenn wir ihnen nur unangenehme Konkurrenten wären, Eindringlinge in ihren Lebenskreis? Unsere Freunde haben sich zerstreut, überallhin, ein Teil unserer Habe ist verschleudert, und wird selbst das Notwendigste unbehelligt die Grenze passieren? Vielleicht wühlen sie jetzt schon darin herum, zerschlagen und vernichten. — Wie langsam doch der Zug fährt! Bentschen liegt hinter uns, Berlin vor uns, eine endlose Strecke. Wie sollen wir noch froh sein, Gloria singen? Das ist's, man hat uns unsere Heimat zur Fremde gemacht und sagt auf einmal: da und dort gehört ihr hin. Aber wir kennen es kaum, das „da und dort", es ist uns fremd, wir wissen nur, daß es Deutschland ist. Ja, eben waren wir noch Heimgekehrte, Befreite, nun aber sind wir eines Besseren belehrt: Flüchtlinge sind wir, aus einer blühenden, liebgewonnenen Heimat gewaltsam vertrieben, hinausgedrängt. Das Dunkel der frühen Oktoberdämmerung findet die letzte Gloria-Stimmung verwelkt, vergangen. In das einförmige Klappern des Auswandererzuges passen sich die trüben Gedanken der Vergangenheit und Zukunft, und zuletzt bleibt es nur ein ewiges: „Was wir verloren haben". Die alte echte, wirkliche Heimat zur Fremde gestempelt, verboten, die neue eine ganz abstrakte, verschwommene, ein weites Land, und doch eingepfercht wie ein Gefängnis, zerstückelt, verflucht. Was wir verloren haben — gewiß Land und Städte und Dörfer, nicht mehr? Gab nicht auch jeder, der dem Jahrtausende alten Zug nach Osten folgte, dasselbe auf, um in der Öde unkultivierten Landes neuen Boden zu gewinnen, neue Dörfer zu bauen, neue Städte zu gründen? Und doch können wir nicht einmal einen Teil jenes Stolzes empfinden, mit dem jene Männer zogen unter dem Banner: Gen Ostland woll'n wir reiten! Wir haben mehr verloren: uns selbst, unseren Mut, unser Selbstbewußtsein. Wir lassen uns nach vier Zermürbungsjahren einpferchen, wir sind jetzt ein Volk ohne Kraft zur Ausdehnung, wir haben — bewußt als Volk — keinen Mut in die Ferne. Ein Volk ohne Raum und ohne den Willen zum Raum ist ein Volk ohne Zukunft, ein schöner starker Ast ohne Triebe, auf dem andere bequem sitzen. Gib mir ein Stück Land, ich will nicht rechts und links schauen, ich will pflügen und ernten und darin begraben sein. Nein, gib mir ein Roß, es ist mir zu eng hier, und von des Rosses Rücken schaut sich die Welt viel kleiner an und viel untertäniger, ich will reiten und den deutschen Namen weiter tragen!

Der Flüchtling im Auswandererzuge ahnt auf einmal die ungeheure Tragweite der Stunde. Er ist erhoben und bestürzt zugleich; denn es ist die Stunde der Niederlage, die Stunde des Erschöpftseins, des Nachgebens. Nichts bleibt ihm als der Wille, Kräfte zu sammeln, Wunden zu heilen und wieder zu „reiten". Wer einmal erfahren hat, tief erfahren hat, was wir verloren haben, wer einmal in trüben Stunden aus dem Fenster des Auswandererzuges auf deutsche Lande geschaut hat, der weiß, daß zehn und zwanzig Jahre im Leben des Volkes wenig zählen, der hat das bestimmte Bewußtsein, daß uns der Wille zum Leben geblieben ist, daß, wenn nicht er, doch seine Söhne und Enkel „reiten" werden, der hat den Willen zum Leben!

Buchbesprechungen.

Kaufmann Frank, von Heinrich Kurtzig.

Das Schicksal eines Träumers aus altem jüdischen Patriziergeschlecht des deutschen Ostens wird hier geschildert. Manfred Frank, von Geburt und Erziehung zum Kaufmann bestimmt, muß einen langen, an Enttäuschungen und Schicksalsschlägen reichen Weg zurücklegen, ehe er, der 60jährige, doch noch seiner Begabung entsprechend, als Schriftsteller Befriedigung und Erfüllung findet. — Die Lebensbedingungen der Deutschen in der nunmehr uns entrissenen Posener Grenzmark sind fein beobachtet und gezeichnet, und insbesondere interessieren die weiblichen Gestalten des Buches. Zunächst die zwar nur episodenweise erscheinende Ella Steinborn, eine deutsche Ostmärkerin, die nach einer holden Jugendeselei mit dem üblichen bitteren Ende ihr Schicksal selbst fest in die Hand nimmt und sich aus eigener Kraft in Berlin als Verlagsbuchhändlerin eine Existenz aufbaut. Zart und vornehm ist die Gestalt der Rita, der Gattin des Manfred Frank, geschildert. — Wie aus dem schönen, verwöhnten Mädchen eines reichen Hauses die Lebenskameradin wird, die auch in den dunkelsten Tagen die Leuchte des häuslichen Glückes hochhält, die durch ihren eigenen Mut und ihre stets gleichbleibende Heiterkeit den oft fast verzweifelten Gatten aufrichtet und die sich selbst in den Lebenskampf stellt, wenn die Not der Familie dazu zwingt. Die Schilderung der Kujawischen Ebene macht das Buch besonders reizvoll, und wir empfehlen es auch deshalb unseren Heimatgenossen auf das wärmste.

„Kaufmann Frank" ist erschienen im Verlage von Gustav Engel, Leipzig, und kostet geschmackvoll gebunden nur 2,85 *M.* Hdg.

Dr. Ilse Reicke: Die Frauenbewegung. Ein geschichtlicher Überblick. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 6975. Geheftet 40 Pf., gebunden 80 Pf.

Lebhaft und temperamentvoll geschrieben, gibt dies Buch zum ersten Male einen klaren und bedeutenden Rundblick über das Frauenproblem, und zwar von kulturgeschichtlicher Warte gesehen, ist doch auch die künstlerische Frauenleistung in den Gesichtskreis einbezogen. Bei aller Sorgfalt des Inhaltes und aller Fülle der Einzelheiten, auch der wichtigen Ereignisse des Auslandes, ist dieser Essay einer vorzüglichen Kennerin der Frauenwelt verschiedenster Länder unterhaltend und fesselnd von der ersten bis zur letzten Seite; ein Namenverzeichnis, ein Sachregister und eine sehr originelle Zeittafel geben ihm größte praktische Brauchbarkeit und machen ihn zu einem ausgezeichneten Orientierungsbüchlein gerade auch für Schulen, für den Politiker und jeden in der Öffentlichkeit wirkenden Menschen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Frau Ruth Heerdegen, Berlin-Mariendorf. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf: Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW68.

Der Ostbund und die Entdeutschung der Ostgebiete.

Wir haben Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, den Reichs- und Staatsministerien, den Fraktionen der Parlamente, dem Reichswirtschaftsgericht, dem Reichsentschädigungsamt sowie anderen beteiligten Stellen Nr. 15 unserer Wochenschrift „Ostland" übersandt und sie besonders auf den Artikel „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens" hingewiesen, in dem das Märchen zurückgewiesen ist, daß den Deutschen Ostbund eine Mitschuld treffe an der Massenabwanderung Deutscher aus Posen, daß vielmehr an dieser Abwanderung lediglich die systematischen Entdeutschungsmaßnahmen der polnischen Behörden schuld sind.

Aus einer großen Anzahl von Zuschriften, die uns daraufhin zugegangen sind, ersehen wir, daß der Aufsatz mit lebhafter Anteilnahme aufgenommen worden ist. So erhielten wir im Auftrage des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg ein Bestätigungsschreiben von Herrn Staatssekretär Meißner.

Herr Reichskanzler Dr. Brüning ließ uns durch den Staatssekretär der Reichskanzlei, Herrn Dr. Pünder, folgendes Schreiben zugehen:

„Im Auftrage des Herrn Reichskanzlers wird der Empfang der gefälligen Schreiben vom 4. und 12. d. M. sowie der Nummern 14 und 15 des „Ostlands" bestätigt. Von den Schreiben und den Aufsätzen, auf die diese Schreiben Bezug nehmen, ist hier mit Interesse Kenntnis genommen worden. Dr. Pünder."

Aus dem Reichswirtschaftsministerium erhielten wir folgendes Schreiben:

„Herr Reichsminister Dietrich hat mich beauftragt, Ihnen auf Ihr gefälliges Schreiben vom 12. d. M. zu erwidern, daß er von dem Aufsatz „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens" mit Interesse Kenntnis genommen habe."

Vom Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichts erhielten wir nachstehende Mitteilung:

„Dem Bundespräsidium beehre ich mich für die freundliche Übersendung der Nr. 15 der Wochenschrift „Ostland" meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Ich habe von dem Artikel „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens" mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen und veranlaßt, daß der Aufsatz auch den richterlichen Mitgliedern des Reichswirtschaftsgerichts zugänglich gemacht wird."

Von den aus parlamentarischen Kreisen stammenden Zuschriften sei die folgende wiedergegeben:

„Ich habe den Aufsatz „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens" mit Interesse gelesen und ihm eine neue Bestätigung der Auffassung entnommen, an deren Richtigkeit ich nie gezweifelt habe, daß nur die polnische Entdeutschungspolitik zur Abwanderung der Deutschen aus den geraubten Provinzen geführt hat. Ich kann nicht umhin, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß gegen Ihre verdienstvolle Tätigkeit so unbegründete Vorwürfe erhoben worden sind.

Mit deutschem Gruß ergebenst

Frhr. v. Freytagh-Loringhoven, M. d. R.

Auch in unserem Leserkreise hat der Aufsatz, wie wir vielfachen Zuschriften entnehmen, lebhaftes Interesse erweckt.

Entschädigungswesen.

Kursentwicklung der Schuldbuchforderungen.

Seit Anfang d. M. behaupteten die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen den in den letzten Wochen erreichten Höchststand. Am 23. d. M. wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

1931	etwa 97,5	1936	etwa 85	1941	etwa 78¾
1932	„ 95	1937	„ 83½	1942	„ 78
1933	„ 93	1938	„ 82	1943/48	„ 77
1934	„ 89¾	1939	„ 81		
1935	„ 87½	1940	„ 79½		

Wichtig für Verdrängte.

Monopol-Entschädigungen für vertriebene ostmärkische Destillateure.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am 2. April mit einer Petition, die das Vorstandsmitglied der Gruppe Berlin-Nord des Deutschen Ostbundes, Alfred Salinger, an den Reichstag gerichtet hat. Die Petition betrifft die Entschädigungsforderungen der Destillateure aus dem Branntwein-Monopolgesetz. Es heißt in der Eingabe u. a.:

„Die RMB. muß natürlich darauf bestehen, daß die von Haus und Hof vertriebenen ostmärkischen Destillateure die Entschädigungszahl glaubhaft nachweisen. Das ist aber sehr schwer, da die Flüchtlinge fast allgemein die Geschäftsbücher nicht mitnehmen durften und in der Hast der Flucht auch gar nicht daran gedacht haben, sie mitzunehmen. War doch gerade die Zeit bis zum 22. Februar 1922, dem Stichtag, die schwerste und schrecklichste, und hatten wir doch damals alle mehr oder minder unter dem Druck der Polen zu leiden. Erleichtert werden könnte die Beschaffung dieser Unterlagen, wenn der Ausschuß den Herrn Überleitungskommissar der an Polen abgetretenen Gebiete von Posen, Westpreußen und Schlesien beim Landesfinanzamt Berlin beauftragen würde, Einsicht in die Akten der ehemaligen deutschen HZA. zu nehmen. Hier ist dann mit Leichtigkeit der Verbrauch an Branntwein festzustellen. Meine Kollegen schreiben mir, daß sie diesbezügliche Anträge gestellt haben. Durch diese Feststellung wird nicht nur die Bearbeitung gestellter Entschädigungsanträge bei der RMB. erleichtert, sondern es wird auch bei den heutigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen schnell geholfen."

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß beschloß, die Petition der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen. Hoffentlich entspricht die Regierung dem Antrage.

Bundesnachrichten.

Kranzniederlegung am Grabe des Rektors Lange.

Am 18. April war ein Jahr verflossen, seit wir Herrn Rektor a. D. Gustav Lange, den verdienstvollen Leiter unserer Kulturabteilung, der jahrelang dem Präsidium des Deutschen Ostbundes angehörte, zu Grabe getragen haben. Aus diesem Anlaß hat das Bundespräsidium einen Kranz mit Widmungsschleifen am Grabe des Verstorbenen niederlegen lassen.

Vorsicht!

Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Rostock, Herr Virus, schreibt uns: Am 25. März, abends 8 Uhr, hat sich bei mir ein Ostverdrängter, namens Richard Sommer, wohnhaft in Güßkow, Kreis Greifswald, gemeldet, der um die Anschriften unserer Mitglieder bat, um sie als Bezieher von Wochenschriften des Verlages Bobach zu gewinnen. Außerdem hat er sich auch 3 M. „Darlehen" ausgebeten, um sein Nachtlogis bezahlen zu können. In Rostock hat er ungefähr 12 Mitglieder aufgenommen und bei einigen Mitgliedern auch um Darlehen gebeten, namentlich bei Witwen. Leider hat er es unterlassen, diese Darlehen zurückzuerstatten. Das gleiche Manöver hat er in Wismar ausgeführt. Dort hat er einen Landsmann, den Besitzer des „Mecklenburgischen Hofes", um die Bezahlung des Logisgeldes gebracht. Also Vorsicht!

Aus der Bundesarbeit.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg

hat für weiteste Verbreitung des vom Landesverband Wasserkante versandten Rundschreibens vom 21. März d. J., betreffend Teilnahme an der Hansatagung des Deutschen Ostbundes in Hamburg, die in der Zeit vom 22.—25. August d. J. stattfindet, Sorge getragen und kann mit Befriedigung feststellen, daß unter seinen Mitgliedern große Neigung besteht, an dieser Tagung zahlreich teilzunehmen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß danach die Möglichkeit besteht, von Berlin aus eine Gesellschaftsfahrt nach Hamburg zu veranstalten, um dadurch eine Preisermäßigung zu erzielen. Näheres hierüber wird noch unseren Ortsgruppen zugehen, jetzt aber wird schon gebeten, die Meldung hierzu rechtzeitig an unsere Geschäftsstelle gelangen zu lassen, desgleichen die Anforderungen für Vorkaufskarten zu unserer bekanntlich am 2. Pfingstfeiertag, 9. Juni im Ulap, Alt-Moabit 4—10, von 4 Uhr nachmittags ab stattfindenden Ostmarkentagung in Gestalt eines Gartenfestes. Der Vorverkaufspreis beträgt nur 50 Pf. Karten sind schon jetzt bei den Ortsgruppen und in der Geschäftsstelle, Hardenbergstr. 43, erhältlich. An der Kundgebung nehmen auch befreundete Vereine teil, so daß die Teilnahme erfreulicherweise eine sehr große zu werden verspricht. Der große Garten faßt 10 000 Personen.

Die Ortsgruppe Cöpenick beging am 15. März 1930 unter gütiger Mitwirkung des Männer-Gesangvereins „Felizitas", den „Zehnjahr-Gedenktag des Verlustes unserer Ostmark". Nach einem einleitenden Konzert des Cöpenicker Konzert-Orchesters und Deklamationen der Damen Stelzer und Buchholz, begrüßte der Ehrenvorsitzende der Ortsgruppe, Herr Wiedmann, die Mitglieder, Gäste, Nachbar-Ortsgruppen Erkner, Friedrichshagen, Oberschöneweide, den Männer-Gesangverein Felizitas, die Vertreter der heimattreuen Oberschlesier und der Birnbaumer Landsmannschaft. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Vater, hielt hierauf die Festrede. Nachdem er die Grüße des Bundespräsidiums übermittelt hatte, wies er auf die Bedeutung des 10. Januar 1920, für den deutschen Osten hin. Er warf dann Streiflichter auf die Geschichte der Ostmark und führte den deutschen Charakter dieses Landes und die unlösbare kulturelle Zugehörigkeit zum Mutterlande allen Zuhörern überzeugend vor Augen. Lebhafter Beifall lohnte diese Ausführungen. Stehend sang die Versammlung das Deutschlandlied. Zwei Einakter, „Der Wall", ein ostmärkisches Bühnenspiel von Wehowsky und „Aujuste auf Posten", wurden von Mitgliedern der Ortsgruppe tadellos aufgeführt.

Ortsgruppe Lautawerk und Umgebung. Die Jahreshauptversammlung fand am 9. Februar statt. Der 1. Vorsitzende Landsmann M. Baginski, Specketerstr. 37, begrüßte die neu beigetretenen Mitglieder. Dann erstattete er den Jahresbericht, worauf der Kassierer Landsmann Johann Baginski den Kassenbericht gab. Die Entlastung erfolgte einstimmig. Zum 1. Vorsitzenden wurde Landsmann Max Baginski wieder gewählt; stellvertretender Vorsitzender Landsmann Robert Schenk; 1. Schriftführer Frau Hedwig Baginski; stellvertretender Schriftführer Frau Jetter, Grube-Erika; 1. Kassierer Landsmann Johann Baginski; stellvertretender Kassierer Landsmann Paul Strauch; Beisitzer die Landsleute Frau Werner, Grube-Erika, Herr Jetter, Grube-Erika, und Landsmann Gustav Walter, Bernsdorf; Revisoren die Landsleute Melz und Sonnenberg, Bernsdorf. Die Bücherei der Ortsgruppe erfreut sich regen Zuspruchs. Der Bücherbestand konnte erheblich vermehrt werden. Den Mitgliedern wurde der Bezug des „Ostlandes" und des Heimatkalenders empfohlen. Dem Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, der seine Broschüren über die Kriegsschuldlüge zur Verfügung gestellt habe, gebühre warmer Dank. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 2. März, 3 Uhr nachmittags, im Gasthaus Lautawerk statt.

Ortsgruppe Rathenow. Am 16. Februar fand im Deutschen Hause die Jahreshauptversammlung statt. Nach Begrüßung der erschienenen Mitglieder durch den 1. Vorsitzenden, Herrn Moldtmann, wurden von der Schriftführerin, Frau Specht, der Jahresbericht und von dem Kassierer, Herrn Stöhr, der Kassenbericht verlesen, die einstimmige Annahme seitens der Mitgliederversammlung fanden. Mit einem erfreulichen Überschuß wurde das Geschäftsjahr geschlossen. Die Neuwahl, die der Alterspräsident, Herr Trier, vornahm, ergab durch Zuruf die einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden. Die übrigen Vorstandsämter wurden mit Ausnahme der Schriftführerposten von denselben Herren besetzt. Der ausscheidenden Schriftführerin wurde vom 1. Vorsitzenden für die treue langjährige und gewissenhafte Arbeit eine kleine Ehrengabe überreicht. Zum Schriftführer des Vereins wurde der Mitbegründer der Ortsgruppe, Herr Finger, zu seinem Stellvertreter Herr Klaß gewählt. Die Vorarbeiten zu dem im Sommer dieses Jahres stattfindenden 10jährigen Stiftungsfest wurden auf Antrag des Mitgliedes Ehrchen dem neugewählten Vorstand übertragen.

Landesverband Westpreußen.

Die **Ortsgruppe Marienburg** hielt am 13. März die Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Oberpostinspektor Gruhn, berichtete über die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes Westpreußen, die Vorstandsbeschlüsse und die wirtschaftliche Tätigkeit des Ostbundes. Ernste Bedenken erregte das Polenabkommen. Leider muß man die betrübende Beobachtung machen, daß das Interesse der Gefahr, die von jenseits der Grenze dem Osten droht, nicht entspricht. Der Sinnspruch des Abstimmungsdenkmals soll nicht lediglich eine Bestätigung der am 11. Juli 1920 erfolgten machtvollen Polenabwehr, sondern auch ein Mahnruf an die kommenden Geschlechter sein, in der Abwehr nicht zu erlahmen.

Landesverband Ostpreußen.

In Nr. 8 berichteten wir über die schöne Veranstaltung des Landesverbandes Ostpreußen und der **Ortsgruppe Allenstein** in Allenstein, an der auch Bundespräsident Geheimrat Schmid teilnahm. Zu unserer Befriedigung meldet jetzt die Ortsgruppe Allenstein, daß nach dieser Veranstaltung 15 neue Mitglieder der Ortsgruppe beigetreten sind.

Landesverband Hessen-Nassau.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. In der Märzversammlung begrüßte nach einleitenden Worten der Vorsitzende, Herr Prager, Frankfurt-Niederrad, Kalmitstraße 28, die erschienenen Gäste, insbesondere den 1. Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Herrn Senatspräsidenten Andres, als Hauptredner des Abends, und den Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe des Saarbundes, Herrn Landgerichtsdirektor Dr. v. Kraewel. Herr Senatspräsident Andres behandelte hierauf das Saarproblem vom Inkrafttreten des Saarstatuts bis zur Gegenwart, in der das Volk mit Spannung und Sorge das Ergebnis der zurzeit schwebenden Verhandlungen erwartet. Er schilderte die Versuche der französischen Verwaltung, das Saargebiet dauernd mit Frankreich zu verbinden. Nach deren Scheitern versucht die französische Regierung unter Anwendung aller diplomatischen Verdrehungskünste, sich im Wege der Verhandlungen dauernde Rechte im Saargebiet zu sichern. Die Saarbevölkerung weist derartige Versuche einmütig zurück und ist bereit, das Joch der Völkerbundsherrschaft — wenn es denn sein muß — noch weitere fünf Jahre zu tragen, ehe sie zugibt, daß das deutsche Volk die frühere Räumung mit neuen übermäßigen Opfern erkauft oder gar Hoheitsrechte preisgibt. Herr Schulrat Weißenstein, der ständige Ostbund-Referent für außenpolitische Verhandlungen, behandelte hierauf die Ostfragen und ihre Beziehungen zum Youngplan und das vom deutschen Volke heftig umkämpfte deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Nach den Erfahrungen, die Deutschland mit Polen gemacht habe, muß man leider bezweifeln, daß Polen sich an den Geist des Vertrages halten werde, und müsse damit gerechnet werden, daß Polen versuchen wird, seine Agrarreform hauptsächlich auf Kosten des deutschen Besitzes durchzuführen. Reicher Beifall folgte den Ausführungen der beiden Redner, denen Herr Prager den Dank des Vorstandes und der Versammlung aussprach.

Landesverband Wasserkante.

Ortsgruppe Stade. Nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden, Herrn Paetzold, Harburger Str. 13, mit denen er die Entwicklung des Ostbundes berührte, wurde in die Generalversammlung vom 2. Februar übergegangen und der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Herr Lehrer Bruck sprach über „Die Grenzmark — ein gefährdetes Land". Der Vortragende schilderte die Entstehung der jüngsten und kleinsten Provinz Deutschlands, die als Traditionsprovinz aus den übriggebliebenen Teilen der abgetretenen Provinzen hervorgegangen ist. Er schilderte ihre ungünstige Gestalt, ihre gefährdete Lage, das Unrecht der Grenze, die Schwierigkeiten ihres Wirtschaftslebens und ihre kulturelle Not. Der Redner forderte: Der Staat muß die Kultur in diesen Gebieten fördern, so daß ein unüberbrückbarer Graben zwischen deutscher und polnischer Kultur entsteht; die Bevölkerung muß organisatorisch zusammengefaßt werden und selber an der Grenzschutzarbeit teilnehmen; die Bevölkerung der Grenzmark darf in diesem Kampfe nicht allein stehen, sondern die gesamte Bevölkerung des ganzen Reiches muß ihr das Rückgrat stärken. Hier liegt eine Hauptaufgabe der heimattreuen Verbände, also besonders des deutschen Ostbundes. Mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten und dem Deutschlandlied ging man zum geselligen Teil des Abends über, bei dem Landsmann Sauer durch Violinvorträge und Landsmann Degenhardt durch eine gesellige Tischrede erfreuten.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Persönliches.

Oberpräsident a. D. von Jagow †.

Am Karfreitag starb im Domstift zu Brandenburg (Havel) der letzte Oberpräsident der Provinz Westpreußen, Ernst Ludwig von Jagow, im Alter von 77 Jahren. Jagow war viele Jahre lang Regierungspräsident in Posen. In dieser Stellung erwarb er sich um die wirtschaftliche und kulturelle Hebung des Regierungsbezirks Posen große Verdienste. Er ließ sich besonders auch die Förderung des Deutschtums in zielbewußter Weise angelegen sein. Da er in seiner Eigenschaft als Parlamentarier gegen den Mittellandkanal gestimmt hatte, wurde er mit den anderen „Kanalrebellen" zur Disposition gestellt. Auf die Dauer aber wollte man diesen genauen Kenner der östlichen Verhältnisse und bewährten Beamten nicht untätig sein lassen. Er wurde daher schließlich als Oberpräsident von Westpreußen nach Danzig berufen. Hier hatte er erweiterte Gelegenheit, für das ostmärkische Deutschtum zu wirken, zumal er auch Mitglied der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen war. Er war kein Freund der Nadelstichpolitik gegenüber den Polen, nahm aber die Interessen des Staates und der deutschen Bevölkerung zielbewußt und sehr energisch wahr und stellte sich auf eine Wirtschafts- und Kulturpolitik auf lange Sicht ein. Im Wesen durchaus liebenswürdig und dienstlich gegen jedermann zuvorkommend, lag ihm doch jede Popularitätshascherei fern. Er repräsentierte den guten alten zurückhaltenden preußischen Beamten alten Stils in vornehmer Weise. Die Verdienste, die er sich um Posen und Westpreußen erworben hat, sollen ihm unvergessen bleiben.

Gymnasialdirektor O. Stiller †.

Am 19. April starb im Diakonissenhause in Posen der in Unterberg wohnende erste Direktor des deutschen Privatgymnasiums in Posen, Prof. Oswald Stiller, im Alter von 58 Jahren; er hatte diesen Posten erst vor kurzem aus Gesundheitsrücksichten verlassen müssen. St. war am 29. 9. 1872 in Posen als Sohn eines Musikdirektors geboren; er studierte Theologie und Altphilologie; er gehörte bis zum Umsturz dem Lehrerkollegium des Auguste-Viktoria-Gymnasiums in Posen an. Die Verdienste, die sich Professor Stiller dann als Mitbegründer und langjähriger Leiter des deutschen Privatgymnasiums in Posen um das dortige Deutschtum erworben hat, sind so groß, daß sie so leicht nicht vergessen werden können. Da trotz aller gegenteiligen Zusicherungen die anderen höheren Lehranstalten Posens nach und nach polonisiert wurden, mußte für die deutsche Schuljugend eine private Lehranstalt gewissermaßen aus dem Boden gestampft werden. Um die Gründungsarbeiten machten sich neben Professor Stiller besonders verdient Professor Peiser und die Studienräte Berlin und Dr. Beckmann. Das am 1. September 1920 gegründete Privatgymnasium hat trotz der großen Schwierigkeiten, die naturgemäß zu überwinden waren, eine glänzende Entwicklung genommen, nicht zuletzt dank der großen organisatorischen Fähigkeiten Stillers und seiner charaktervollen Persönlichkeit, der allseitiges Vertrauen entgegengebracht wurde. Er war in jeder Hinsicht eine starke Stütze des Deutschtums und zeichnete sich durch Klugheit, Zähigkeit und Takt aus. Sein Ableben bedeutet einen Verlust, der schwer zu ersetzen ist. Er war schon seit zwei Jahren kränklich und befand sich seit Februar d. J. nicht mehr im Dienst. Sein Ende wurde herbeigeführt durch einen Schlaganfall, den er am 16. d. M. erlitt. Seine erste Gattin war ihm vor acht Jahren im Tode vorangegangen. Sechs Kinder betrauern neben seiner zweiten Gattin, Frau Lena, geb. Kuhn, mit der er seit zwei Jahren verheiratet war, das Ableben dieses verdienstvollen Mannes. Die Historische Gesellschaft in Posen verliert in ihm ihren zweiten Vorsitzenden.

Reichswirtschaftsgerichtspräsident Lucas †.

Nach kurzer Krankheit ist am 14. d. M. der Präsident des Reichswirtschafts- und Kartellgerichts, Lucas, im Alter von 65 Jahren gestorben und am 17., auf seinen Wunsch in aller Stille beigesetzt worden. Der Verstorbene hat dem alten preußischen Abgeordnetenhause als Mitglied der Nationalliberalen Fraktion längere Zeit angehört. Sein Amt als Leiter des Reichswirtschaftsgerichts hat er in vorbildlicher Weise ausgefüllt. Für die Bestrebungen des Deutschen Ostbundes hat er stets warme Anteilnahme gezeigt und für die ostmärkischen Verdrängten, in deren Entschädigungsangelegenheiten das Reichswirtschaftsgericht oberste Instanz war, hat er getan, was im Rahmen der leider vielfach all zu eng gefaßten gesetzlichen Bestimmungen möglich war. Sein plötzliches Ableben ist nicht nur weiteren Kreisen, sondern auch den Beamten des Reichswirtschaftsgerichts unverhofft gekommen.

Geheimrat Ernst Küster †.

Der Altmeister der deutschen Chirurgen, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Ernst Küster, ist im Alter von 90 Jahren am 19. April in Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 31, wo er im Ruhestande lebte, gestorben. Er war in Kalkofen in Pommern geboren, war viele Jahre lang Leiter der chirurgischen Abteilung des Augusta-Hospitals in Berlin und von 1890 bis 1907 Universitätsprofessor in Marbach und Direktor der dortigen chirurgischen Klinik. Während seiner Marbacher Zeit gehörte er dem Herrenhause an. Während des Krieges war er Generalarzt à la suite des Sanitätskorps.

Rekordflieger Nehring abgestürzt.

Nach dem ostpreußischen Rekordsegelflieger Ferdinand Schulz ist ein zweiter führender ostdeutscher Pilot, Johannes Nehring, im Alter von 27 Jahren den Fliegertod gestorben. Nehring, der seit einem Jahre bei dem Institut für Flugmetereologie in Darmstadt beschäftigt war und täglich im Auftrage des Instituts einen Erkundungsaufstieg bis zu einer Höhe von 5000 Meter zu machen hatte, stürzte in der Karwoche bei der Rheininsel Kühlkopf in Rheinhessen tödlich ab, als nach einem Steilflug aus 3000 Meter Höhe beim Abfangen der Maschine eine Tragfläche und die Steuerung abbrachen. Nehring, dessen Vater Lehrer in Homburg v. d. H. ist, wurde am 18. August 1902 in Graudenz geboren. Er war neben Schulz einer der Bahnbrecher des Segelflugs. 1925 stellte er als Zweiundzwanzigjähriger seinen ersten Weltrekord im Segelflug auf, dem weitere Rekordleistungen in der Krim, in Rossitten und in der Rhön folgten. *Anfang April noch verbesserte N. den deutschen Höhenrekord für Kleinflugzeuge der Kategorie III, indem er eine Höhe von 8050 Meter erreichte.* Die deutsche Fliegerei hat in ihm einen ihrer größten und wagemutigsten Bahnbrecher verloren.

Buchdruckereibesitzer Baensch †.

Am 14. März starb in Berlin-Niederschönhausen, Uhlandstr. 61, der frühere Buchdruckereibesitzer Alfred Baensch aus Gnesen, wo er jahrelang die „Gnesener Zeitung" herausgab. Der Verstorbene, der nach seiner Verdrängung schwer um seine Existenz zu kämpfen hatte, war schon seit Monaten an das Krankenbett gefesselt. Den Verlust seiner lieben alten Heimat hat er nie verschmerzen können. B. hinterläßt seine Frau mit zwei unversorgten Kindern.

Bürgermeisterwahlen.

Der 2. Bürgermeister von Küstrin, Siemianowsky, wurde mit 15 bürgerlichen Stimmen bei 12 Stimmenenthaltungen zum 1. Bürgermeister der Stadt Bunzlau, Bürgermeister Lindemann in Neumünster (SPD.) zum Bürgermeister von Senftenberg gewählt. L. ist 33 Jahre alt und war vorher zwei Jahre besoldeter Beigeordneter in Eisenach.

*

Sein 30jähriges Meisterjubiläum feierte am 1. April der 72 Jahre alte Maurer- und Zimmermeister Kosch in Jordon, der in deutscher Zeit dort viele Jahre lang Stadtverordnetenvorsteher war. Die Ortsgruppe Jordon des Wirtschaftsverbandes städtischer Berufe, Abteilung Handwerk, ernannte ihn zu ihrem Ehrenvorsitzenden. Der Verband als solcher ehrte ihn durch ein künstlerisch ausgearbeitetes Ehrendiplom.

Geschäftsjubiläum: Glasermeister Emil Schütze in Kolberg, ein alter Thorner, feierte am 1. April sein 25jähriges Meister- und Geschäftsjubiläum; Sch. ist Mitbegründer der Ortsgruppe Kolberg und bekleidete seit Jahren ein Vorstandsamt.

Geboren: Ein Sohn dem Pfarrer Heinrich Dinkelmann in Zinsdorf, Prov. Posen.

Verlobt: Frl. Käthe Dell in Eisenach i. Thür., fr. Lissa i. P., Neuer Ring 5, mit Herrn Willi Backs in Eisenach, Mühlhäuserstraße 8; Frl. Irmgard Schulz, Tochter des Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin-Nord, mit Herrn Wilhelm Wessels, Berlin; die einzige Tochter Valentine des Rittergutsbesitzers Erhardt von Lehmann-Nitsche in Chelmno bei Posen mit dem Oberleutnant im 8. Infanterieregiment Werner von Hillebrandt in Frankfurt a. d. O.; Frl. Hedwig Schneider in Swiniary bei Gnesen mit dem Gärtnereibesitzer Kurt May in Hohensalza; Frl. Mathilde Reimerdes in Krzyzowniki mit dem Dampfziegeleibesitzer Otto Kropf in Kowalew bei Pleschen; Frl. Gertraud Pardon, Tochter des verstorb. Apothekenbesitzers P. in Kcynia, mit dem Rittergutsbesitzer Alfred Glockzin auf Strychowo bei Gnesen; Frl. Theodora Gräfin v. Limburg-Stirum, Tochter des Landrats a. D. und Rittergutsbesitzers v. L.-St. auf Eberspark, Krs. Wirsitz, mit Walter Gans Edler Herr zu Putlitz auf Laaske (Priegnitz).

Vermählt: Aloisius Schmitz und Frau Liselotte, geb. Clusteck, in Eisenach i. Th., Doebestr. 27; Chemiker Dr. Hans Seifert in Dessau, fr. Posen A. B. G., mit Frl. Hilde Strache; Dentist Norbert Zipser in Hainichen S. mit Frl. Idel Schmolke, fr. in Rakwitz, am 20. 3.

Silberne Hochzeit: Lehrer i. R. Richard Hartwig in Unruhstadt und Ehefrau Gertrud, geb. Schoefinius, früher in Ebenfelde bei Nitschenwalde, und Oberlandjägermeister Hans Hoffmann und Ehefrau Wilhelmine, geb. Schoefinius, in Krojanke bei Schneidemühl, früher in Neudorf a. B. und Bomst, am 25. 4.

Bejahrte Ostmärker: Konrektor Albert Riske in Erfurt, Grollmannstr. 8, fr. Obornik b. Posen, am 21. 3. 70 J.; Ww. Auguste Gaffert, geb. Henkel, geb. am 30. 10. 57, fr. in Tremessen, lebt seit der Verdrängung bei ihrem Schwiegersohn, Bäckermeister Paul Knorr in Brandenburg a. d. H., Neuendorfer Str. 5; Heinrich Kohlhoff in Berlin N 58, Lettestr. 9, II. Portal, am 9. 4. 70 J.; K. ist Mitbegründer der Ortsgruppe Berlin-Nord; Rentnerin Rosalie Hellwig in Halberstadt, fr. Gnesen, am 10. 4. 90 J.; frühere Gutsbesitzer Julius Heise in Senftenberg i. Lausitz, fr. Zablocie b. Exin, am 28. 4. 71 J.; H. war 20 Jahre Gemeindevorsteher von Zablocie und hatte zahlreiche Ehrenämter inne; Heise wohnt bei seiner Tochter in Senftenberg, Bahnhofstr. 37; ist Mitglied der dortigen Ortsgruppe.

Gestorben: Ernst Rosentreter, Rendant des Gutes Gorzowo bei Nitschenwalde, am 13. 4., 54 J.; Bäckermeister Ernst Wolk in Hamborn, fr. in Lissa, am 28. 1., 51 J.; W. war lange Jahre der 1. Kassierer der Ortsgruppe Hamborn; Eduard Tefs in Hamborn, fr. Posen, am 27. 2., 70 J.; Ehefrau Kristine Jechner in Hamborn, fr. Posen, 52 J.; Ehefrau Pietryk in Hamborn am 23. 3., 52 J.; Heinrich Dobslaff in Hamborn, fr. Seedorf, Krs. Hohensalza, 88 J.; Rangiermeister a. D. Wilhelm Peschke in Breslau, Buddestr. 12, fr. Posen-Lazarus, am 8. 3.; Frau Berta Minkley in Schlichtingsheim (Grenzmark), fr. Grätz, Bez. Posen, 92 J.

Haus Ostland eröffnet.

Am Ostermontag wurde in Betschau am Spreewald unter starker Beteiligung „Haus Ostland" eröffnet; an der Feier nahmen u. a. Herr Bundespräsident Geheimrat Schmid mit Gemahlin teil. Ein Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilagen „Ostmärkische Frau" und „Am ostmärkischen Herd" 20 Seiten.

Möbeltransporte
per Möbelwagen und Auto, Einlagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Speditionen aller Art übernimmt
Rabe, Möckernstraße 137 Tel. Bergmann 9670-71 (früher Bromberg)

Suche für meinen Landhaushalt zum 1. 5. ein
Junges Mädchen
für Haus, Kleinvieh und Gartenarbeit, mit Familienanschluß.
Frau Amtsvorsteher Henze, Schönfelde bei Müncheberg i. M.

Ostmärkerin
Ob.-Primanerin, sucht **freien Sommeraufenthalt** gegen Arbeit (Hausarbeit, Nachhilfe, Feldarbeit usw.). Zuschrift. unter 4910 an das Ostland erbeten.

Suche f. meine 200 Mg. gr. Landwirtschaft z. 1. 5.
Wirtschaftsgehilfen
welcher alle Arbeiten verrichten kann und Gespann übernimmt. Familienanschluß. Gehalt nach Übereinkunft.
Max Henze, Amtsvorsteher, Schönfelde bei Müncheberg i. M.

Wo
kann sich tüchtig. Malermeister niederlassen? Kapital zum Hauskauf vorhanden. Zahle Vergütung. Off. unter 4902 an das Ostland erbeten.

Junger Ostmärker
sucht Stellung
gleich welcher Art. Angebote sind zu richten an
Friedrich Engler, Pasewalk, Wilhelmstr. 23.

Holzkaufmann
Außenbeamt., 30 Jahre im Fach, sucht, gestützt auf prima Zeugnisse u. Referenzen, Stellung als Betriebsleiter oder dergl. für bald oder später. Gegend oder Land gleich. Angebote unter 4846 an das Ostland erbeten.

Der Gemeindekirchenrat der evangelischen Kreuzkirche zu Posen bittet alle Angehörigen zur würdigen Erhaltung ihrer Halbdorf-, Rittertor-, Schillingfriedhöfe.
Vergesset die Gräber Eurer hier ruhenden Lieben nicht.
Für ordnungsmäßige Pflege der Gräber achtet die Friedhofskommission.
Aufträge sind an den Kirchenältesten Herrn Ernst Goritz, Poznan, ul. Wroniecka Nr. 11 zu richten.

Suche zur Übernahme eines größ. Geschäftes eine Frau mit 8000 bis 10000 Mark Einlage, welche sichergestellt werden, Alter bis 45 J., evangl., bei Neigung
Heirat
Zuschr. unter 4899 an das Ostland erbeten.

Wer kennt
die Anschrift der Erben des verstorbenen Lokomotivführers August Gallwitz, geb. 28. 7. 57, Breslau, gest. 26.12.29?
Nachricht erbittet Franz Troska, Rawicz.

Statt besonderer Meldung.

Am Karfreitag, nachmittag, entschlief sanft nach einem Leben voller Arbeit im Alter von 57 Jahren mein inniggeliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater

Professor Oswald Stiller

Lena Stiller, geb. Kuhn,
Richard Stiller, Diplomlandwirt,
Charlotte Stiller,
Dr. Werner Stiller,
Ruth Kroschel, als Schwiegertochter,
Johanna Stiller,
Marie-Luise Stiller,
Gertrud Stiller.

Puszczykowo-Unterberg, den 18. April 1930.
powiat Poznan (Polen).

Am 22. April, früh 3 Uhr, entschlief plötzlich und unerwartet unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Ww. Olga Stiehlau

geb. Hollatz,

im vollendeten 64. Lebensjahre. Sie folgte ihrem Ehegatten nach ¾ Jahren.

Schwanebeck, 22. April 1930.

In tiefer Trauer:
Reg.-Sek. a. D. **Reinhold Dirsitz** und Familie, Neukloster.
Reichsbahnoberbahnmeist. **Adolf Rust** und Familie.

Beerdigung hat in Schwanebeck bei Halberstadt stattgefunden.

Am Karfreitag früh 5¼ Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden meine inniggeliebte Frau, unsere gute, treusorgende Mutter,

Frau Ida Wache

geb. Jokisch

im Alter von 50 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an

Heinrich Wache nebst Kindern.

Eberswalde, Rulaer Straße 15.
(Früher Rackwitz in Posen.)

Heute mittag entschlief sanft nach langem Leiden unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, Frau verwitwete Gutsbesitzer

Caroline Piachnow

geb. Baber

im fast vollendeten 75. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Emil Piachnow, Köslin.

Friedeberg-Ostbahnhof, den 15. April 30
(früher Kornatz, Kreis Wreschen).

Die Beerdigung fand am Ostersonntag, den 20. April, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus, statt.

Am 2. Mai begehen unsere Eltern,
der Gutsbesitzer **Wilh. Schütte**
und seine Frau **Marie**,
geb. **Niederhommert**,
das Fest der silbernen Hochzeit.

Die Kinder.

Hohenwieden, Kr. Grimmen, Vorp.,
früher Kronau, Kr. Posen-Ost.

Verkaufe
Mehl- und Futtermittelgeschäft
Schrotmühle, freie Wohnung.
Weher,
Joachimsthal U./M.

Beabsichtige mein

Grundstück

mit Molkerei und Lebensmittelgeschäft, in einem schönen Vorort Berlins gelegen, zu verkaufen. Ich verkaufe das Grundstück mit der sich. Existenz nur, weil ich meinen früheren Beruf wieder aufnehme. Offerten unter **4857** an das Ostland erbeten.

Verkaufe mein

Landgrundstück

Haus massiv (6 Zimm.), 2 Ställe und 2 Morg. Gartenland. Preis 9000 Mark.
Richard Bellin,
Carwesee b. Fehrbellin
Kreis Osthavelland.

Ein größeres

Grundstück

m. Schmiede bzw. Stellmacherei, Laden, Garten und Wohnungen, in Bentschen (Zbaszyn), Polen, ul. streletzka 24, steht wegen Erbschaftsauseinandersetzung z. Verkauf, evtl. auch zum Tausch gegen ein gleichwertiges Grundstück in Deutschland. Anfragen erbeten an
Gustav Schostag,
Uhrenhandlung,
Küstrin-Neustadt,
Landsberger Straße 11.

Büdnerei

prima Weizenboden, 9 Mrg. eigen, 17 Mrg. Pachtland, Licht, Kraft, sehr gutes leb. und tot. Inventar, m. Kolonialwaren-Geschäft, großer Umsatz, wegen Alters sofort zu verkaufen. Preis 18500 M., Anzahlung 6000 b. 7000 M.
Inspektor
Albert Möller,
Neustrelitz i. M.
Sandberg 10.

---

2 Resthöfe

aus Parzellierung, à 150 Mg., Anzahlung ca. 15000 M., und 50 Mg., Anzahlung ca. 8000 M., alles erstkl. Weizen- u. Rotkleeboden, Gebäude pr. massiv, Inventar tadellos, Hypoth. sehr günstig und langfristig. Ernste Interessenten melden sich sofort im Gasthof **Neumann** in **Neuendorf**, Post Bahn i. Pom.

Wer kennt

die Adresse von August **Erdmann**, früh. wohnhaft in Bachwitz bei Bromberg, Feldwebel im Inf.-Regt. 405, 3. Bataill., von 1915—18?
Nachricht erbittet
Gerhard Poggendorf,
Stralsund,
An den Bleichen 20.

Ortsgruppe Magdeburg

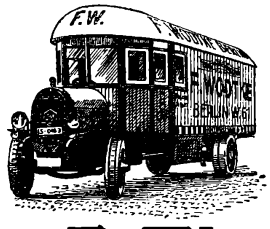
Die **Aprilversammlung** fällt des Osterfestes wegen aus.

Am 15. Juni

Öffentliche Feier des 10 jährigen Bestehens unserer Ortsgruppe.

Der Vorstand.

Umzüge



per Auto,
Stadt, Land,
Bahn,
Lagerung,
Wohnungstausch

F. Wodtke

Transportgesellschaft m. b. H.
Berlin W 61, Teltower Straße 47.
Tel.: F 5 Bergmann 1616—1617
Landsleute Vorzugspreise!

Posen

Hausgrundstücke u. Terrains

Ehemalige Posener, mit besten Beziehungen zu seriösen Käuferkreisen erbittet Angebote unter **Lagerkarte 43,**
Charlottenburg 7.

Gelegenheitskäufe in Mecklenburg-Schwerin

Rittergut
1500 Mg. Weizenboden, an Chaussee, massive Gebäude, gutes reichl. Inventar, Preis pro Morgen 220 M., Anz. ca. 80000 M.

Rittergut
1200 Mg. Weizenboden, an Chaussee, gute Gebäude, gutes Inventar, Preis ca. 300000 M., Anzahlung 60000 bis 80000 M.

Rittergut
930 Mg. Weizenboden, an Chaussee und Bahn, gute massive Gebäude, bestes Inventar, Preis ca. Einheitswert, Anzahlung 80000 M.

Hof
180 Mg. Weizenboden, an Chaussee, beste mass. Gebäude, schönes Wohnhaus, großes wertvolles lebendes und totes Inventar, elektr. Licht und Kraft, Anzahlung ca. 30000 M.

Hof
170 Mg. Weizenboden, an Chaussee, nahe Bahn, gute Gebäude, sehr großes Inventar, elektrisch Licht und Kraft, Anzahlung 25000 M.

Hof
140 Mg. Weizenboden, neue massive Gebäude, Wohnhaus 12 Zimmer, elektr. Licht und Kraft, großes wertvolles Inventar, an Chaussee und Bahn, Anzahlung 20000 M.

Hof
ca. 50 Mg. guter Boden, gute Gebäude und prima Inventar, Anzahlung ca. 7000 M.

Hof
ca. 120 Mg. bester Weizenboden, gute Gebäude, ohne Inventar, geringe Anzahlung, wenn gute Sicherheit geleistet wird.

Büdnerei
14 Mg. eigenes und 10 Mg. Pachtland, je zur Hälfte Weizen- und rotkleesicherer Mittelboden, ohne Inventar, Wohnhaus Weichdach, Scheune Hartdach, Preis ca. 8000 M., Anz. 3000—4000 M.

Bruno Krause, Wismar in Mecklenburg,
Rabenstr. 27 (Mitgl. d. D. O.).

APA Schutz-Marke

Ich wähle nur das Beste und hocherfreut sind meine Gäste!

Brandenburger Nährmittelfabrik

Alfred Panknin
Brandenburg (Havel)

APA Schutz-Marke

Schokoladen-, Mandel-, Alt-Wiener-Speise, Vielliebchen, Vanille-Speise mit echt. Vanille

Haus Ostland

Lehrgänge für Ansiedler- und Bauerntöchter in Betschau bei Cottbus am Spreewald.

Wir beginnen mit einem neuen Lehrgang von 8 Wochen Dauer in

Gartenbau, Kleintier- und Geflügelzucht sowie Obst- und Gemüseverwertung.

Der Unterricht erfolgt durch geprüfte Lehrkräfte.

Preis für Unterkunft, Verpflegung und Kursusgebühren 55,— M. je Monat, zahlbar in 2 Raten, bei Beginn des Lehrganges und am 15. Juni. Mit dieser Neueinrichtung kommen wir mehrfach an uns gerichteten Wünschen entgegen und erbitten baldigst Anmeldungen an das

Frauenreferat des Deutschen Ostbundes,
Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstraße 43 VI.

Landhaus an der Plane

Brandenburg (Havel)

Besitzer: **Alfred Elsasser,** Mitgl. des Deutschen Ostbundes, empfiehlt sein herrliches Gartenlokal mit prächtigen Sälen · Wohlschmeckende Speisen und erstklassige Getränke bei soliden Preisen und vornehmer Bedienung.

Mittwochs u. Sonntags großes Konzert.

Jeden Donnerstag Kinderfest mit Ponyreiten.

Restaurant und Stehbierhalle

Brandenburg, Havel 7, Steinstraße 9.

Gut gepflegte Biere — Weine
Liköre — Reichhaltige Speisekarte — Vorzügl. Mittagstisch.

Inhaber: **Kleinekorte i. V. Kurt Meye.**
Mitglied des Deutschen Ostbundes.

Grundstück

Berlin-Friedrichsfelde, Hauptstraße gelegen, 3 Läden Front, gut verzinslich, erbteilungshalber zu **verkaufen,** od.

Hypothek von 15000 M. gesucht

Angebote unter 4871 an das Ostland erbet.

Briefmarken!

Um meine Firma bekannt zu machen, biete ich zum Reklamepreis von nur

10 M.

und Porto **eine Sammlung von Lettland-SSSR.** an, bestehend aus 200 Stück verschiedener Marken. Der Katalogwert ist über 200 Mark. Versende auch Auswahlen von Lettland, Litauen, Estland und SSSR. gegen Depot oder Ia. Referenzen.

Verlangen Sie meine Preislisten.

Anfragen bedingen Rückporto.

Raimond Hazenfuß, Lettland, Hinzenberg

Bad Flinsberg

i. Isergebirge, Pension „Heiterer Blick" empfiehlt heizbare, freundliche Zimmer mit und ohne Pension. Veranden mit herrlicher freier Aussicht, Garten, Gesellschaftsräume. Mitglieder des Ostbundes ermäß. Preise. 1 Minute vom Karlsbad entfernt.

Frl. **Hertha Doehl,** fr. Stenschewo b. Posen, Adler-Apotheke.

Ostmärkerheim

im Südharz, Besitzer **F. Bräutigam,** Scharzfeld i. Südharz. Vielen Ostmärkern bekannt durch die Schulungswochen. Frdl. Zimmer mit 1 und 2 Betten. Pensionspreis pro Tag und Person 4,50 M. bei guter, reichl. Verpflegung. Keine Aufschläge etc. Arzt im Hause.

In einer Stadt Pommerns von über 16000 Einw. ist ein vorzügl.

Geschäftshaus

an einer belebtesten und schönsten Hauptstraße zu verkaufen. Passend für Schlossermeister und Waffengeschäft, da nicht am Ort vorhanden. Das Geschäft kann auch mitübernommen werden. Es eignet sich auch zu jedem anderen Betrieb. Ohne Geschäftsinventar Preis 32000 M., Anz. 20000 M. Ang. unter 4827 an das Ostland erb.

Delikatessen-

und Kolonialwarengeschäft, altrenommiert, mit großem Grundstück, Familienverhältnisse halber sofort zu verkaufen in Stadt von 6000 Einwohn. Mitteldeutschlands. Feuerk. 45000 M., Belastung 18000 M. aufgewertete Hypothek. 4-Zimmer-Wohnung wird frei. Off. u. 4885 a. d. Ostland.

Kolonialwarengesch.

m. Eckgrundstück (Alleinbewohner), sehr gute Lage, in gr. Stadt der Lausitz, zu verpachten. (Vorkaufsrecht.) Erf. Kapital 12000 M. Off. unt. 4884 a. d. Ostland.

Landwirtschaft, 120 Mg., dicht a. Gehöft, elektr. Licht und Kraft, direkt am Bahnhof, nahe Stadt mit hohen Schulen, alter Besitz. Forderung 65000 M., Anzahlung 20000 M.

Landwirtschaft, 45 Mg., im Dorf, guter Mittelboden, gute Gebäude, elektr. Licht. Forderung 19000 M., Anzahlung 6000 M.

Pr. Landwirtschaft, 50 Mg., im Dorf, gute Gebäude, Haus 6 Zim., elektr. Licht und Kraft, Land 2 Plänen a. Chaussee, 5 Min. ab. Forderung 29000 M., Anzahlung 12000 M.

Gut, 310 Mg. a. Weizenboden, isoliert u. arrond., eigene Jagd, prima Gebäude, gute Lage, Forderung 140000 M., Anzahlung 40000 M.

Gasthof m. Hotel, Fremdenzim., viel Verkehr, gute Gebäude, erst. am Platze in Kleinstadt. Forderung 41000 M., Anzahlung 12000 M.

Pr. Grundstück m. Kolonialw. u. Aussch., best. Verkehrsl. i. Stadt, gute Geb., schuldfrei. Forderung 30000 M., Anzahlung 8000 M.

Kolonialwarengrundst. mitten in der Stadt a. Hauptverkehrsstr. gel., m. 9 Mg., gr. Laden, 2 Schaufenst., Hof, Garten, Einf., 60 km von Berlin. Ford. 17000 M., Anz. 6000 M.

Hausgrundst., 4 Mg., Hof, Stall, Garten. Forderung 9000 Mark, Anzahlung 4000 Mark.

Massiv. Hausgrundst. mit Stall, 2 Mg. anschließend. Ford. 5000 M., Anz. 2000 M.

Grundstück m. 6 Mg. anschl., Lage isoliert, f. Geflügelfarm. Ford. 12000 M., Anz. 6000 M.

Bäckerei i. Kreisstadt, 18 Sck. Wochenumsf., gt. Geb., 5 Zim., Ecke. Ford. 32000 M., Anz. 12000 M.

Bäckerei im Dorf, pr. mass. Geb., gt. Lage, Umsf. 15 Sack. Ford. 31000 M., Anz. 12000 M.

Diese Angebote sind nur von meiner gr. Auswahl herausgenommen, es ist unmöglich jedes einzelne Objekt zu inserieren. Interessenten, die etwas suchen, wollen sich mit ihren Wünschen an mich wenden, es wird bei mir jede Zuschr. beantw.

H. Buchholz, ehem. Administrator, Wriezen/Oder,
Frankfurter Straße 11. Tel. 276, Rückporto.

Zufallssache!

Erstes Hotel am Platze
in einer Ausflugsstadt bei Eberswalde, 4 Gastzimmer, 3 Privatzimmer, 12 Fremdenbetten, Saal mit Bühne, Tankstelle, ist sofort krankheitshalber zu verkaufen. Schuldbuchforderung oder große Hypothek wird in Zahlung genommen, Preis 48000 M., Anzahlung 12000—15000 M.

Prima Landwirtschaft
110 Mg. Weizenboden, Geb. fast neu, Wohnhaus 7 Zimmer, in großem Bahndorf, 4 km ab Stadt, 10 Mg. am Gehöft, 28 Mg. zweischnittige Wiese, 3 Pferde, 9 Rinder, 15 Schweine, Geflügel, Hypotheken fest, Preis 45000 M., Anzahlung 10000—14000 M.

Landwirtschaft
28 Mg. kleefähiger Boden, Gebäude massiv, elektr. Licht und Kraft, 2 Pferde, 2 Rinder, Geflügel, totes Inventar komplett, Preis 10000 M., Anzahlung 6000—8000 M.

Außerdem verschiedene andere **Landwirtschaften** 15, 30, 35, 42, 45, 52, 55, 60, 80, 94, 125, 150, 200, 347—800 Mg., **Gastwirtschaften, Geschäftsgrundstücke, Landgrundstücke** von 2000 M. an verkauft

Bernhard Albrecht, Eberswalde,
Brautstr. 13. Tel. 59. Fr. Obornik (Posen).
R. D. M.

Verwertung von

Entschädigungs- u. Schuldbuchforderungen

Beratung, Vorschüsse,

Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G. m. b. H.

Dr. Polke. Bürgermeister a. D. Müller

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B II

Tel. B 1 Kurfürst 2775.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 1. Kl.

Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme

Stettin, Augustastr. 8 (früher Hohensalza.)

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung., Postkarten, Kuverts mit Firma) 4 M. Nachn.

Sterndruckerei, Bernau bei Berlin.

Wer reist gern billig und gut?

Gesellschaftsreise vom 29. April bis 14. Mai nach Sizilien nur 552 M., Rheinreise vom 4. — 10. Mai 154 M., Luganoreise vom 11. — 16. Mai 154 M.

Prospekte und nähere Auskunft durch die **Buchungsstelle des Deutschen Reiseverbandes Universum**

G. Paschke, Berlin W 50, Rankestr. 28, Fernsprecher: B 4, Bavaria 31 72, früher Ostrowo.

San.-Rat Dr. Dahmer

Facharzt für Ohren-, Nasen-, Hals- und Lungenkranke

verzogen nach **Kurfürstendamm 69** Ecke Wilmersdorfer Straße

Sprechstunden: 11½—1 und 4—6 Uhr.

Wer weist Buchhändler (Ostmärker) Stadt nach, wo er sich eine

Existenz

gründen kann? Offerten unter 4896 an das Ostland erbeten.

Herzliche Bitte!

Welche Familie nimmt 19jährige Nichte, Thorn. Kind, Halbw., Mutter in bedrängt. Verhältn., als

Haustochter

oder in Geschäftshaushalt auf? 2 Jahre Lehrzeit in Kaffeespezialgeschäft beendet. Frdl. Angebote erbittet **Frau A. Werbelow, Charlottenburg 2,** Englische Str. 22, III.

Brenner

evangl., verh., welcher wegen der polnischen Sprache aus Polen verdrängt wird, sucht dort Stellung, vertraut mit Brennerei, Trocknerei, elektrisch. Licht, Landwirtschaft Gärtnerei, Fischerei und Forstkulturen, z. 1. Juli d. J.

R. Manke, in Wery b. Drzycim Powiat Swiecie (Polen).

Bäckerlehrling

stellt sofort ein, Kost und Logis im Hause, **Paul Sparr,** Bäckermeister, **Berlin-Niederschöneweide,** Berliner Straße 38.

In Brandenburg, Schlesien und Grenzmark Posen-Westpreußen haben wir noch übergabefert.

Rentenwirtschaften

40-80 Mg. frei. Außerd. können bereits jetzt **Vormeldungen** auf zahlr. weitere Siedlerstellen, welche am 1. Juli 1930 mit Ernte und Inventar übergabefert. sind, entgegengenommen werden.

Auskunft kostenlos durch

Deutsche Ansiedlungsbank

Berlin-Halensee, Seesener Straße 30.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40

Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung

Fachmännische Bedienung

Reparaturen sofort

Eig. Werkstatt im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Landsleute! Bedient Euch Eurer Organisation!

Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kursen

Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse

e. G. m. b. H.

Berlin SW 11, Dessauer Straße 8 II

Sprechzeit 1—5 (außer Sonnabend).

Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Wertpapiere, Grundstücke in Polen kauft für das Hypotheken- und Handelshaus **Edmund Suwalski, Bydgoszcz** (Polen)

Emil Wollenberg, Bln.-Charlottenburg, Mommsenstraße 46. Tel. Bismarck 4663.

Adolf Krause & Co.

G. M. B. H.

Maschinenfabrik u. Eisengießerei **KÖSLIN** in Pommern

Fernsprecher 219 u. 239 (früher Thorn)

liefern prompt von ihrem Lager jede

Landwirtschaftliche Maschine

von der Hacke bis zum Dampfpflug franko jeder Bahnstation

Auf Wunsch auch gegen günstige Ratenzahlungen.

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Kauft Eure Tafelbutter täglich frisch, hochfeine Qualität, billig in Postpaketen unter Nachnahme von der **Dampfmolkerei Engelstein,** Krs. Angerburg (Ostpr.).

5-t-Mühle Industrieort Mark, modern eingerichtet, zu verpachten oder tätige Kapitalbeteiligung.

3-t-Mühle und Sägewerk, Krs. Wohlau (Schl.), am Bahnhof, zu verpachten oder zu verkaufen, evtl. wie vor.

Landhaus mit Stall und Zubehör, Landstreifen für Liebhaberfarm oder sonstiges passend, am Bahnhof gelegen, zu verpachten od. zu verkaufen.

Anfragen unter 4877 an das „Ostland" erbeten.

Möbeltransporte

in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch, Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 94 u. 6798

Aus der Aufteilung des

Rittergutes Samitz

Kreis Goldberg-Haynau, Reg.-Bezirk Liegnitz,

sind noch mehrere Wirtschaften von 40 bis 80 Mg. mit Inventar äußerst preiswert bei günstigen Zahlungsbedingungen abzugeben. Übernahme sofort oder später.

Kirche, Schule u. Bahnhof am Ort, selten günstige Lage, Acker direkt am Gehöft, elektrisch Licht und Kraft.

H. Störmer,

Ritterg. Samitz, Post Reisicht, Tel. Reisicht 15.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland"

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 9 — **Berlin, den 25. April** — 1930

Das Gymnasium von Lengowo.

(18. Fortsetzung.) Ein Roman aus der Ostmark von **Carl Busse.**

(Nachdruck verboten.)
Copyright by Engelhorn. Stuttgart

Aber nie würde und nie wollte sie begreifen, daß diese Pflicht größer sein konnte als ein ewiges Herzensrecht. Sie hatte manchmal, später, geglaubt, Georg Rüdiger hätte sie wohl doch betrogen. Ihr Herz verstand sein Tun und Lassen nicht — da kam der Kopf und sagte: „Er ist von dir gegangen, weil eine Schönere und Bessere ihn erwartet."

Jetzt wußte sie, daß das nicht wahr gewesen. Sie wußte es, seit sie ihn wiedergesehen; sie wußte es seit jener Nacht, die sie in seinem Haus am Bett ihres Sohnes verweilt hatte. Hoch über den Schlafenden fort hatte sie da die Lampe gehalten, bis ihr Arm zu zittern begonnen hatte: der helle Schein war auf ein Bild gefallen, das an der Wand hing.

Diese Frau also war ihr vorgezogen worden. Sie blickte sie lange an. Mit forschenden, unruhig suchenden, ängstlichen Augen. Und wie eine unerschütterliche Gewißheit kam es über sie: sein innerstes Herz hatte ihr diese Frau nicht genommen. Seinen Namen hatte sie vor der Welt getragen, Kinder hatte sie ihm geboren, sein Haus hatte sie in Ordnung gehalten — mehr nicht.

Da triumphierten ihre Augen, ein Leuchten ging über sie hin. Sie war nicht besiegt worden von einer Nebenbuhlerin, sondern von einem Schicksal. Georg Rüdiger hatte nicht gelogen; sein Brief war echt gewesen.

Doch mit einem Male erschrak sie in diesem Triumph und schämte sich und wurde traurig.

Wie einsam bist du gewesen dein Leben lang, Georg Rüdiger! Wie wenig Sonne hat deinen Wegen geschienen!

Und sie schauerte zusammen, als wehe ein kühler Wind durch die Nacht, und blickte noch einmal auf das Bild, auf das schwarze Seidenkleid, in dem Pinchen breit, behäbig, harmlos sich präsentierte.

Erst in Groll und Not und Liebe, dann in Ruhe und Ergebung hatte sie zeitlebens an Georg Rüdiger gedacht, bis die vielen Jahre alles milderten und löschten — jetzt aber stieg noch ein ganz anderes Gefühl in ihr empor, erfüllte und überflutete ihr Herz: ein wehes Mitleid, das in tiefem Bett ging.

Es verließ sie nicht, es wuchs nur, zum Meer ward der Strom. Und ihr war, als müßte sie in Furcht und Freude horchen, wie es in ihrem so lange schon stillen Herzen zu steigen und zu rauschen begann. Fast willenlos gab sie sich diesem uferlosen Gefühl hin. Alles, was ihr Sohn redete, band ihr gleichsam die Hände noch mehr.

Recht, Unrecht, das waren Worte. Wem nahm sie denn auch etwas?

„Ich habe mich früher viel mehr darauf gefreut, daß ich Ostern fortkomme," sagte Reinhold plötzlich von drüben. „Jetzt kommt hier ein ganz anderer Zug rein. Und gerade da muß ich weg. Weg von den beiden liebsten Menschen."

Nach einer Pause: „Ich glaube, ihr möchtet mich auch noch länger behalten, nicht? Du, und der Direktor auch..."

Jetzt hob sie doch den Kopf. Sie wurde glühend rot. Als ob der Knabe gleichsam ihre Hände ineinandergelegt hätte.

„Und dann müßte noch Papa leben."

Da beugte sie sich wieder tief auf ihre Arbeit und nähte emsig weiter. —

Als das mit dem Amtssiegel verschlossene Schreiben einlief, stutzte Frau Marie-Anna. Sie erbrach es — das erste, was sie sah, war der Name unten: Rüdiger. Die Schrift hatte sich auch geändert.

„Ist das... vom Gymnasium?" fragte ihr Sohn und richtete sich in einer unbestimmten Furcht halb auf.

„Ja," sagte sie — „die ergebene Mitteilung, daß du auf Beschluß des Lehrerkollegiums vorläufig vom Schulbesuch suspendiert bist."

„Sus . . . pen . . . diert?" Totenblaß wurde er. „Mutter!" schrie er auf.

Erst da erschrak sie. „Die Untersuchung soll wohl erst abgeschlossen sein." Sie gab ihm das Schriftstück.

„Das ist ja nicht möglich..." stammelte er. Und mit der wilden Angst in der Stimme: „Weißt du denn, was das heißt? Daß ich weggejagt werden soll — einfach geschaßt — relegiert! Warum denn, mein Gott? Mutter — Mutter!"

Er fing krampfhaft zu weinen an. Er war ganz das Kind, der große, dumme Junge. Marie-Anna nahm seinen Kopf in ihre Arme. Sie mußte doch bei aller Angst lächeln. Mochte er sich ausweinen! Wie lange noch, dann war das Kind ein Mann, der nicht mehr schluchzend sein Haupt an sie schmiegte.

Sie hatte ihn nicht gefragt, was denn bei diesem unglückseligen Fest passiert sei. Er sollte erst wieder völlig mobil sein. Ihre Neugier war auch nicht eben groß: Knaben prügelten sich, solange die Welt stand. Und die Entscheidung des Direktors, die ihren Sohn bis zur baldigen Klärung der Sachlage vom Unterricht ausschloß, nahm sie nicht tragisch.

Erst als der Junge dabei totenblaß geworden war und aufgeschrien hatte, war auch ihr ein wenig angst geworden.

Sie streichelte ihn jetzt leise und unverdrossen. Die Hauptsache blieb doch, daß er sich nicht aufregte, daß er ruhig wurde.

Das Schluchzen ließ auch nach. Er ballte die Hand zur Faust.

„Was die Bande wieder lügen mag," sagte er und schluckte dazwischen noch an den Tränen. „Sonst ist es ja gar nicht möglich. Aber weil ich nicht da bin, denken sie, jetzt können sie dem Direktor die Hucke vollschwindeln."

Mit den Fäusten wischte er die Augen.

„Mutter... ich will aufstehn! Nein, wirklich — ich bitte dich. Ich muß hingehn. Der Direktor... was soll denn der Direktor denken! Vielleicht glaubt er's gar... wer weiß, was er für eine Meinung jetzt schon von mir hat!"

Vergebens bat Marie-Anna ihn, liegen zu bleiben. Der Arzt hätte doch Ruhe verordnet — so dürfe er nicht heraus.

„Aber ich muß doch," schluchzte er wieder. „Sie sollen mich nicht relegieren, ich habe doch nichts Böses getan, sie müssen mich doch hören, ich muß doch erzählen, wie es war."

Er warf die Decken ab und ließ sich nicht halten. Aber als er auf den Füßen stand, faßte ihn Schwindel. Er griff nach dem Stuhl.

Doch schon hatte seine Mutter ihn genommen. Mit aller Kraft drückte sie den großen Jungen aufs Lager zurück.

Er weinte wieder — diesmal aus Scham über seine Schwäche. Marie-Anna hätte am liebsten mitgemacht.

„Dann mußt du geh'n, Mutter," sagte er plötzlich mit großer Entschlossenheit. „Das darf nicht auf mir sitzenbleiben. Einer muß dem Direktor klaren Wein einschenken. Und wenn du nicht willst. — Ach, liebste, beste Mutter, geh doch! Sag ihm doch, daß ich nichts Schlechtes getan habe, bitte ihn doch, daß er mich nicht wegschickt."

Immer von neuem das heiße, angstvolle Flehen.

„Ich erzähle dir alles... bis aufs Wort. Das brauchst du ihm dann nur zu berichten. Komm doch... setz dich zu mir!"

Und er begann mit Feuereifer zu erzählen, wie sich alles zugetragen.

Marie-Anna schien atemlos zuzuhören. Aber es schien nur so, weil sie einen so seltsam gespannten Gesichtsausdruck hatte.

Sie sollte wieder vor Georg Rüdiger treten. Ganz anders als das vorige Mal. Da hatte sie in der Angst um ihr Kind alles Sonstige vergessen. Seitdem aber hatte die Flut ihr Herz überströmt, daß sie nicht wußte, ob sie noch frei und sicher genug ihm gegenüber sein würde.

So unendlich viel hatte sie erst nach dem vorgestrigen Wiedersehen erfahren. Daß er ihr Kind gerettet hatte... wohl, dafür konnte sie danken. Aber seitdem auch hatten ihres eigenen Sohnes schwärmerische Worte ihn immer mehr erhöht, daß er im alten Glanz vor ihr stand wie früher. Seitdem hatte sie das Bild der Frau gesehen. Seitdem war dieses überströmende Mitleid über sie gekommen.

Sie sollte wieder vor ihn hintreten... Ein leises Zittern überlief sie. Bis in den Knien fühlte sie es, als wäre sie zu schwach, den Weg zu tun.

Heimkehr nach Danzig.

Aus der dunklen Wolkenhülle
klingen silberhelle Glocken
in die tiefe Abendstille.
Und mein Herz ist so erschrocken!

Langsam meinen Sinn umspinnen
alte, liebe Melodien
von des alten Rathsturms Zinnen.
Und nun klingt's von Sankt Marien.

Wo die wachen Sinne schweifen —
Klang und Wohllaut ohne Ende.
Und nach meinen Händen greifen
weiche, warme Heimathände.

Paul Enderling-Danzig.

(Zum 50. Geburtstag des Danziger Dichters am 22. April. Siehe auch S. 36.)

Aber kam sie nicht als Mutter ihres Sohnes? Kam sie nicht, weil ihr Kind bangte und zitterte? Jede Aufregung sollte ihm erspart werden. Es war ihre Pflicht, zu gehen.

Pflicht — das Wort, das sie nicht liebte, trieb nun auch sie. War es wirklich nur Pflicht?

Als hätte der Knabe sie angesteckt, kam auch über sie die Angst, er könne relegiert werden. Dann mußte er fort... auf eine andere Schule. Sie hatte früher oft daran gedacht, mit ihm nach der Hauptstadt zu ziehen. Weshalb erschrak sie jetzt? Weil dann ein sich eben wieder lose schlingendes Band glatt und kalt durchschnitten würde?

Eine fliegende Röte stieg in ihr Antlitz. Nicht weiter denken — es verwirrte sie nur immer tiefer.

„Ja, ich will ja gehen," sprach sie. „Es ist ja für dich, mein Junge! Wie war das?"

Er sah sie betroffen an. Er hatte fast fertig erzählt. Sie hatte aber nur Worte gehört.

So mußte er Punkt für Punkt wiederholen, bis sie genau Bescheid wußte.

Dann machte sich Frau Marie-Anna fertig. Und das Herz klopfte ihr...

Zehntes Kapitel.

Das greile Läuten verkündete den Schluß des Vormittagsunterrichts. In der ewig gleichen lärmenden Weise strömten die Schülermassen aus den Zimmern.

Auch Doktor Holst hatte seiner Klasse den Weg freigegeben. Er selbst übertrug noch einige Notizen aus dem Tage- ins Klassenbuch. Als er dann seinen Hut nahm, sah er durchs Fenster unten Gertrud Rüdiger im Garten — in dem großen, abgeschlossenen Obstgarten, der zum Gymnasium gehörte, den die Schüler aber nicht betreten durften.

Das Mädchen griff prüfend die Kirschen an — so schritt sie von Baum zu Baum.

Da blickte sie auf und sah den Hilfslehrer.

Er grüßte. „Schon reif?"

„Wollen Sie welche essen?"

„Ja," sagte er — „in zwei Minuten, wenn Sie nichts dagegen haben."

Und rasch durchschritt er den Korridor.

Eigentlich war er über sich selbst verblüfft. Die kleinen Verhältnisse, in denen er aufgewachsen war, hatten ihm nicht die freie Sicherheit im Verkehr geben können. Er fürchtete immer, eine Ungeschicklichkeit zu begehen. Deshalb drückte er sich, wo es nur anging. Da war es ihm eine Freude, daß er hier so über Erwarten leicht und schnell einen Anschluß im Direktorhaus gefunden hatte. Vielleicht fand er sich so leicht hinein, weil es auch hier wenig Formelles gab. Die Einrichtung der Zimmer bewies, daß auch die Rüdigers nicht von oben, sondern von unten kamen. Pinchen war ebenso wie ihr Vater, der alte Postmeister, für das Solide und Billige gewesen. Das heimelte ihn an; in dieser Wohnung mit dem alten und etwas rumpeligen Hausrat konnte er sich frei bewegen. Und die Rüdigers selbst paßten auch dazu — geradeso richtig: Eisenbahn dritte Klasse!

Deshalb hatte Doktor Holst Mut, trotzdem ein junges Mädchen im Haus war.

Gertrud — eigentlich ein harter Name! „Trude", das ging eher und lief leichter über die Lippen. Mein Himmel, es gab selbst hier viel elegantere, viel schönere. Er mußte an seine Mutter denken, zu der die Tochter des Nachbars einst gekommen war. Fegte den Boden und rauschte bei jedem Schritt und drehte und wendete sich. Aber seine Mutter, die am Waschfaß gestanden, hatte nur gelacht und den Seifenschaum über den Bezug gespült: „Alwinchen, Alwinchen, was ein Pomuchel ist, bleibt ein Pomuchel!"

Das Wort hatte er behalten. Und immer, wenn er so einen in Seide gesteckten Vollmond sah, das brave Gesicht, die braven, derben Hände, die jeden Glacé ausplatzten, nickte er nur: „Pomuchel."

Ein „Pomuchel" war auch Gertrud Rüdiger. Aber sie legte es auch nicht darauf an, die elegante Dame spielen zu wollen. Sie hätte es nicht gekonnt. Selbst wenn sie das nötige Geld gehabt hätte.

Aber das freute ihn und band ihn innerlich mit ihr zusammen. Seine Mutter lebte nicht mehr, doch er stellte sich manchmal vor, wie es wäre, wenn er ihr diese oder jene als seine Frau vorstellen könnte. Die elegante — da würde seine Mutter einen Knicks gemacht haben und errötet sein und sich geniert haben. Beim „Alwinchen in Seide" hätte sie den Kopf geschüttelt. Aber diese Gertrud Rüdiger hätte er ihr bringen können. Die beiden Frauen hätten sich verstanden, hätten die gemeinsame Linie gefunden.

Und seit vorgestern hatte der Hilfslehrer oft solcherlei Gedanken. Es hatte ihm so gefallen, daß sich das Mädchen gleichsam schutzflehend an ihn gewandt hatte, obwohl doch ihr Vater und Jambon in der Nähe gewesen waren. Er, der immer ein bißchen in den Winkel Gestellte, als Schützer und Schirmer! Er war ganz erfüllt worden von freudigem Stolz. Und seitdem hatte er ein warmes Dankbarkeitsgefühl gegen die Tochter des Chefs, die ihm zu solch einem Triumph vor sich selbst verholfen hatte.

Gerade als er jetzt in den Garten trat, warf sie eine Kirsche in die Höhe, fing sie auf und trieb so ein Spiel damit.

Er begrüßte sie herzlich. Ob der böse Tag vorgestern auch böse Folgen gehabt?

Nein, gar nicht. Aber hübsch sei es, daß er danach frage und hier in den Garten gekommen sei. Hätte er ihr voriges Mal das Gymnasium gezeigt, so wolle sie ihn nun durch ihr Reich führen.

Und lächelnd: „Damals gaben Sie mir zwei Lektionen."

„Wollen Sie sich heute revanchieren und mir zwei geben?" fragte er.

„Vielleicht. Ich habe heute den Wahrheitstick — also hüten Sie sich! Wenn ich den Wahrheitstick habe, spreche ich immer von der Leber weg."

„Das kann jeder brauchen. Doppelt gut, daß ich hier bin. Halten Sie mir einmal den Spiegel vor, gnädiges Fräulein."

Sie wehrte ab. „Nicht so stürmisch, Herr Doktor. Sie werden sich selbst ja gut genug kennen."

„Und wenn ich," sagte er, „nun durch Ihr Urteil Sie kennenlernen will? Sie fingen vorhin von den beiden Lektionen an — damals erzählte ich Ihnen von dem komischen Lehrer. Vielleicht bin ich auch komisch."

„Komisch?" Sie wiegte den Kopf und sah zum Himmel. Das Schönste an ihr, die wundervolle Halslinie, ward dadurch rein sichtbar. „Komisch eigentlich nicht."

„Aber so was Ähnliches," sagte er — „da haben wir's! Und solche Menschen können Sie nicht recht leiden. Manchmal denke ich, Ihnen seien Lehrer überhaupt unsympathisch. Man findet das ja oft. Eine Arzttochter gestand mir einst, sie wollte lieber sitzen bleiben, als einen Mediziner heiraten. Vielleicht denkt die Lehrertochter so ähnlich von Philologen."

Sie sah ihn groß an. Es zuckte um ihren Mund.

„Das klingt beinah —"

Da lachte sie auch schon hell auf. Er hatte sie nie so ausgelassen gesehen. Und auch er gewann jetzt alle Fröhlichkeit.

„Abbrechen gilt nicht. Der Satz muß zu Ende gesprochen werden. Wo bleibt sonst der Wahrheitstick?"

„Als wenn Sie mich gegen Provision verheiraten wollten und einen Schulmeister in petto hätten."

„Wer weiß?" sagte er schmunzelnd. „Da ist Professor Steuer!"

„Empfehlung... Viel zu alt, Herr Vermittler."

„Und Turnlehrer Ries..."

„Aha, er trängt Sprungriemen wie ein Kavallerieoffizier. Danke.., zu eitel!"

„Und da bin ich," sagte der Hilfslehrer und guckte sie an.

„Danke... viel zu..."

Sie klappte sich auf den Mund. „Aus Verzweiflung wollen Sie mich gar selbst nehmen? Sagen Sie mal fix, daß Sie nicht dran denken... aber ganz fix — ja? Eins — zwei —"

„Also schön. Ich denke gar nicht dran!"

„Sehen Sie, das ist hübsch," sprach sie mit hellen Augen. „Wir wollen uns alle beide nicht. Dann ist man doppelt vergnügt zusammen."

Er stutzte ein wenig.

„Nun müssen Sie aber auch mit der Sprache raus. Was haben Sie verschluckt, als Sie sich auf den Mund klopften? Ich sei viel zu...?"

„Neugierig, Herr Doktor."

„Bitte — das ist nicht die Wahrheit. Ich erinnere Sie an den Tick."

Sie war ganz rot vor Lachen. Mit dem Absatz drehte sie ein kreisrundes Loch in den Sand.

„Also viel zu gemessen, zu wenig begeistert."

„Stimmt auch nicht. Das andere sollte gar nicht so lang werden. Es sollte wie aus der Pistole geschossen herausfliegen."

Man sah, wie sie mit sich kämpfte. Wie es sie ordentlich kitzelte, das Wort zu nennen.

„Nein, nein," sagte sie dann rasch, wie um sich selbst vor einer Dummheit zu bewahren... „es geht nicht, so was spricht man nicht aus."

„Aber Herrgott, wenn man sich nicht heiraten will —! Warum nennt Ihr Herr Vater Sie Fräulein Blücher? Sie sind ja gar nicht mutig!"

„Ich? Erlauben Sie —!"

„Nein — wirklich. Beweisen Sie es doch: viel zu..."

„Häßlich!" platzte sie heraus und gab sich einen Schwung, daß sie sich diesmal auf dem Absatz ganz herumdrehte.

„Bravo," nickte er, biß sich aber doch auf die Lippen.

Gertrud Rüdiger aber war purpurrot und still geworden.

„Nun haben Sie's selbst darauf abgelegt," sagte sie beschämt und verlegen. „Und ich Dummkopf, ich muß auch losplatzen. Na, und jetzt steh' ich hier und komme mir selbst unausstehlich vor. Als Kind bin ich dann zum Vater gegangen, habe ihm selbst den Rohrstock gebracht und die Hand hingestreckt? ‚Hau mich, Papa!' Das hat er getan, ohne weiter zu fragen, und dann war alles wieder ausgeglichen. In diesem Fall geht das nicht."

„Aber wissen Sie was: bitte, rächen Sie sich. Sagen Sie es mir ruhig laut ins Gesicht, daß eine junge Dame sich so nicht benimmt. Ich weiß ja — mein Mund ist manchmal zu fix."

„Und dann können Sie mir auch das... das Wort zurückgeben. Bitte, ganz rasch."

„Aber das geht nicht." Er amüsierte sich schon wieder.

„Herr Doktor —! Sie sollen sagen, daß ich häßlich bin!"

„Lieber Himmel, das finde ich nicht!"

„Was?" sagte sie zornig. „Lügen wollen Sie auch? Das hätte ich nicht von Ihnen gedacht!"

„Ich lüge ja doch nicht," beteuerte er.

„Dann höhnen Sie einfach: dann höhnen Sie! Ja, ja, ja — ich bin häßlich, das Gesicht ist nicht viel wert, die Figur erst recht nicht, das weiß ich, das wissen Sie, das wußten Sie damals schon auf der Bahnfahrt hierher — also leugnen Sie doch nicht!" (Fortsetzung folgt.)

Aus der Geschichte der Stadtdeutschen in Russisch-Polen.

Über unserer Sorge für das Deutschtum in den abgetretenen Gebieten vergessen wir leicht, daß auch im übrigen Polen, in Galizien und im russischen Anteile, Deutsche wohnen und daß das dortige Deutschtum, wenn es auch mehrfach schon dem völligen Untergange nahe war, auf eine immerhin vierhundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Das ist um so beachtlicher, als diesen vorgeschobenen Volkstumsposten meist fast jeder Zusammenhang mit dem Mutterlande gefehlt hat. Während der ersten Jahrhunderte der deutschen Ostsiedlung wurde das Wohngebiet der polnischen Stämme im Bereich der mittleren Weichsel von den deutschen Zuwanderern nur wenig berührt. Längs der Ostsee hatten die Deutschherren den hart erkämpften Boden Preußens zwischen Memel und Leba mit Bürgern und Bauern niederdeutschen Stammes besetzt. Schlesien wurde durch seine Piastenherzöge politisch und kulturell dem Deutschtum gewonnen und im Jahre 1235 durch die Krone Böhmens mit dem Deutschen Reiche vereint. Auch in das damals von Sandheiden und Sumpfwäldern umgebene Posen hatten polnische Adelsherren und geistliche Orden städtische Kolonisten gerufen, um durch deren Fleiß und Vorbild ihr Land von der ärmlichen Unkultur seiner polnischen Bewohner zu befreien. Über das Oderland hinaus waren deutsche Bürger der alten, belebten Handelsstraße, die nördlich der Karpathen durch Galizien nach Innerrußland und durch die Moldau zum Schwarzen Meere führt, gefolgt und hatten den Städten des Landes, vor allem Krakau, Sandomir, Brody und Lemberg, die erste Blütezeit ihres geistigen und wirtschaftlichen Lebens gebracht. Nur das polnische Kerngebiet an der mittleren Weichsel blieb zunächst vom deutschen Zuzuge frei. Nur wenige der dortigen Städte, wie Warschau, Wielun und Lublin haben in der Zeit des altpolnischen Reiches stärkere deutsche Kolonien gehabt. Warschau, das im Jahre 1207 mit deutschem Recht bestiftet wurde, war zeitweilig eine Stadt vorwiegend deutschen Gepräges. Als Mitglied des Hansebundes und als Sitz einer Niederlage der Augsburger Fugger, hat die Stadt, die an Stelle Krakaus Residenz der polnischen Könige wurde, damals einen raschen Aufschwung ihrer Handels- und Gewerbegeltung erlebt. Auch der alte, noch heute erkennbare Stadtkern Wilnas, über den sich seit Stephan Bathory die italienische Renaissance und später der zaristische Amtsstil gebreitet haben, bot das Bild einer gotischen Stadt. Wie überall sonst, so hatten auch hier im ärmlichen Mittel- und Ostpolen, die zugewanderten Deutschen nach heimatlichem Vorbilde den primitiven Holzbau durch den soliden Ziegelbau ersetzt, die Wohnplätze mit schützenden Mauern umgeben und die Städte nach dem Vorbild ihrer westlichen Heimat durch Kirchen- und Patrizierbauten verschönt. Bis zum 15. Jahrhundert scheinen nur deutsche Stadtbürger, aber keine bäuerlichen Kolonisten deutschen Stammes in das spätere Russischpolen zugewandert zu sein. Erst im 15. und 16. Jahrhundert breitete sich auch in Masovien das deutsche Kolonistentum aus. Die Deutschen in Stadt und Land lebten nach eigenem Recht, unabhängig von den Rechtsgebräuchen ihrer polnischen Umgebung. Generationen hindurch wurden alle Streitfälle der deutschen Städter in Polen in letzter Instanz vor dem Richterstuhl in Magdeburg entschieden, und auch noch als Kasimir, der Bauernkönig, eine oberstrichterliche Stelle für die polnischen Städte geschaffen hatte, um sein Land von der Rechtsschöpfung eines deutschen Gerichtes unabhängig zu machen, wurde noch lange Zeit in schwierigen Fällen offen oder insgeheim in Magdeburg um Rat und Recht gefragt. Die Geltung deutscher Rechtsgrundsätze für die Gemeindeverwaltung und den Handelsverkehr breitete sich über das ganze polnische Reichsgebiet aus. Auch in Russischpolen hat sich das deutsche Recht durch die Jahrhunderte erhalten; in Kiew sind die letzten Reste des deutschen Stadtrechtes erst im vergangenen Jahrhundert durch die russische Verwaltung aufgehoben worden. Selbst Orte, Städte und Dörfer, in denen keine Deutschen wohnten, wurden von ihren königlichen, geistlichen oder adligen Herren mit deutschem Recht bestiftet, das durch die Gewährung der gemeindlichen Selbstverwaltung eine Grundlage des allgemeinen Fortschrittes war. Ohne die Zusicherung eigener Verwaltung und Gerichtsbarkeit und ohne das Versprechen freier Religionsausübung sind die Deutschen nicht dem polnischen Niederlassungsangebote gefolgt.

Wie die Kolonisten, die die kaum der Jagd und der Imkerei dienenden Wälder gerodet, wertlosen Sumpfboden in ertragreiches Ackerland verwandelt, den Obstbau in Polen bekannt gemacht, den Viehstand des Landes gehoben, das gebogene Krummholz durch die eiserne Pflugschar ersetzt und die Dreifelderwirtschaft eingeführt haben, so sind auch die Stadtdeutschen die ersten schöpferischen Elemente eines höheren geistigen, künstlerischen und gesellschaftlichen Lebens in Polen gewesen, denen es Polen verdankt, daß es heute zum westlichen Kulturkreise zählt. Die Erfolge der Kolonisten und Stadtbürger deutschen Stammes hatten im 15. und 16. Jahrhundert die Frage des Niederlassungsrechtes für deutsche Zuwanderer zu einer der wichtigsten Tagesfragen in Polen gemacht, die in der politischen Literatur mit Eifer erörtert und auf dem Reichstage wiederholt behandelt worden ist. Wenn später auch die deutsche Geltung in Polen durch die Kunst- und Lebensform der italienischen Hochrenaissance und dann wieder im Laufe des 18. Jahrhunderts durch das französische Vorbild ersetzt worden sind, so hat der bahnbrechende deutsche Einfluß, dessen Träger mit dem Lande verwurzelten, doch am stärksten, nachhaltigsten und fruchtbarsten auf die Entwicklung des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Polen gewirkt.

Der materielle Wohlstand und namentlich die rechtliche Sonderstellung der Deutschen hat die Mißgunst der polnischen Adelsherren geweckt. Die deutschen Kolonisten auf dem flachen Lande und namentlich die ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, ihrer rechtlichen Organisation und dem Religionsbekenntnis ihrer Bewohner nach deutsch-protestantischen Städte des Landes hatten begonnen, ein Staat im Staate zu werden. Der Machtkampf zwischen König und Adel ist zugleich der Vernichtungskampf der großen und kleinen Grundherren gegen die Städte gewesen. Mehr als zwei Jahrhunderte hindurch, bis zum Untergang ihres Staates, mit dem auch in der Geschichte des Deutschtums in Russischpolen ein neuer Abschnitt beginnt, haben die führenden Stände der Adelsrepublik die deutschen Städte mit wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, mit religiöser Intoleranz und nationalem Hasse verfolgt. Unter Mißachtung zugesicherter Rechte wurde die Verbindung der Deutschen im altpolnischen Reiche mit dem Mutterlande gelöst. Der Adel, der sich dem lutherischen und reformierten Bekenntnis angeschlossen hatte, um eine Schmälerung der klerikalen Privilegien zu erzwingen, kehrte, nachdem dieses Ziel erreicht war, in den Schooß der katholischen Kirche zurück. Als er der maßgebende politische Faktor im Staate geworden war, wollte er auch Herr im Wirtschaftsleben sein. Er ging von der Grundherrschaft zur Eigenproduktion auf Großgütern über, um Getreide nach Westeuropa exportieren zu können. Darum zog er die bisher selbständigen und in Erbpacht vergebenen Bauernstellen zum Gutslande ein, beseitigte er das Schulzenamt, hob er die dörfliche Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit auf und machte den freien Kolonisten zum schollenpflichtigen Knecht. Er hat damit den Untergang des ländlichen Deutschtums, aber auch den Verfall der fortschrittlichen Ackerwirtschaft erreicht. Verhängnisvoller als die Vernichtung der Kolonisten ist für Polen der Adelskampf gegen das städtische Deutschtum gewesen. Die Handels- und Marktrechte, die Brau- und Brenngerechtigkeiten, die zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte gehört hatten, wurden beseitigt. Der Handel über Land wurde durch willkürliche Abgaben der adligen Grundbesitzer gestört. Zahlreiche Patrizier kauften sich in den Adelsstand ein, um auf andere Art an den gewohnten Vorteilen der bevorrechtigten Klassen teilnehmen zu können. Sie gingen, weil die Voraussetzung für die Aufnahme in den Adelsstand eigener Landbesitz war, dem deutschen Bürgertum, dessen kräftigste und selbstbewußte Vertreter sie gewesen waren, verloren. Das städtische Gewerbe verfiel, denn die Kaufkraft der unterdrückten Bevölkerung schrumpfte zusammen und der allein noch zahlungsfähige Adel hielt es für vornehmer, seinen Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen mit Hilfe seiner Getreideausfuhr im Ausland zu decken, ohne sich um die Pflege heimischen Handwerkerfleißes zu sorgen. Das deutsche Stadtrecht und Zunftwesen verfielen. Die Gotteshäuser wurden den deutsch-protestantischen Gemeinden genommen, zum Teil auch zerstört. Während in Westeuropa das Aufklärungszeitalter begann, richteten in Polen die Jesuiten eine Herrschaft der religiösen Intoleranz und des engherzigen Bildungsprivilegs auf. 1568 wurde die Religionsfreiheit beseitigt, zehn Jahre darauf der Austritt aus der katholischen Kirche von Staats wegen verboten. „Was brauchen wir Städte, die Tataren haben auch keine.“ Dieses Wort des Königs Kasimir kennzeichnet den Geist, in dem der Kampf gegen die deutschen Städte geführt worden ist. Die „polnische Kultur“ hat sich in dem Maße, wie sie sich vom deutschen Einfluß „befreite“, den asiatischen Lebensformen der pontischen Steppenvölker genähert. Viele Deutsche haben das ungastliche Polen wieder verlassen, viele beugten sich der Gewalt und wurden katholische Polen; die anderen verkamen im Elend, rechtlos, verfehmt, verhöhnt und beraubt. In den westlichen Gebieten Polens, in Posen und Westpreußen, wo die Freie Stadt Danzig die Führung behielt und wohin der Einfluß der Brandenburger Kurfürsten reichte, hat das städtische Deutschtum auch diese schwerste Zeit überlebt. In Galizien aber und in Kongreßpolen war es im Anfang des 18. Jahrhunderts völlig verschwunden. Nur kümmerliche Reste der ersten deutschen Kolonisationswelle konnten sich halten. Die deutsche Kolonie in Warschau hat ein ärmlich verborgenes Dasein geführt; nur die polnische Königswürde der sächsischen Kurfürsten und die Fürsprache des brandenburgischen Gesandten haben das kleine Häuflein vor dem gänzlichen Untergange bewahrt. Sonst hat es zur Zeit der Teilungen in Russischpolen keine deutschen Kolonien mehr gegeben. Mit deren Wohlstand und Freiheit hat der polnische Adel auch die aufbauenden Elemente seines Staatswesens und dessen wirtschaftliche Grundlagen zerstört und sein Volk dem Schicksal entgegengeführt, das sich am Ausgange des 18. Jahrhunderts in den Teilungen Polens erfüllt. Das im Polentum untergegangene Deutschtum hatte diesem nicht wenige seiner besten Köpfe gegeben. Noch heute, so sagt der polnische Schriftsteller Przybyszewski, sind eine Unzahl der besten polnischen Patrioten polonisierte Deutsche, und eine große Zahl polnischer Gelehrter von echt deutscher Abstammung kündet auf den Universitäten in Lemberg, Krakau oder Warschau und selbst in Berlin mit eifrigster Hingabe die Größe der polnischen Kultur!

Die Zeit der preußischen Herrschaft von der dritten Teilung bis zum Tilsiter Frieden, d. h. von 1795—1807, war zu kurz, um das städtische Deutschtum im späteren Russischpolen wieder Wurzel fassen zu lassen. Nach dem Zusammenbruch Preußens haben dessen Beamten und Militärs die Städte der polnischen Provinzen wieder geräumt. Im

Gegensatz hierzu hat die bäuerliche Kolonisation in diesem Jahrzwölft der preußischen Herrschaft einen entscheidenden Anstoß erfahren. Die Berliner Regierung hat das in die Wirklichkeit umzusetzen begonnen, was einsichtige Polen, die den Untergang ihres Staates herannahen fühlten und den tieferen Ursachen ihrer sozialen Verkommenheit nachgeforscht hatten, schon vorher immer und immer wieder verlangt, gegen die Kurzsichtigkeit der herrschenden Adelskaste und die verwilderte Selbstsucht der „Konföderationen" aber nur vereinzelt hatten durchsetzen können: Die Sanierung der wirtschaftlichen und geistigen Fundamente ihres Staates durch die Zuziehung deutscher Bauern und Stadtbürger. Das von Napoleon geschaffene Großherzogtum Warschau und das spätere Königreich Polen haben dann im eigenen Interesse viel für die Ausbreitung des deutschen Kolonistenelementes getan. Dieses hat sich, gestützt auf seinen schwer erworbenen Wohlstand, in sich gefestigt durch ein eigenes Schulsystem und den protestantischen Glauben, allen späteren Anfeindungen von russischer und polnischer Seite zum Trotz bis zur Errichtung des neuen polnischen Staates erhalten. Die deutschen Kolonisten haben vor dem Kriege in mehr als 1500 fast rein deutschen Dörfern gelebt: im ehemaligen Gouvernement Kalisch längs der preußischen Grenze, wo sie in einigen Kreisen 10—15 v. H. der Gesamtbevölkerung ausgemacht haben; in den ertragreichen Weichselniederungen, wo ihre Siedlungen den Strom von Thorn bis nahe an Warschau begleiten und wo in zwei Kreisen fast ein Fünftel der Bevölkerung auf die deutschen Kolonisten entfiel; ferner im Chelmer Land am mittleren Bug und in den heute zu Litauen gehörenden Kreisen Suwalkis. Hierzu kommen noch die Kolonien in Wolhynien zwischen Wladowa und Luck. 1863 wurden in Kongreßpolen allein 280 000 Deutsche gezählt, 1904 sind es fast eine halbe Million und 1909 630 000 Seelen gewesen. Bis 1914 hat sich, wenn man diese russischen Mindestzahlen zugrundelegt, ihre Zahl wohl auf etwa 700 000 erhöht. 1905 machten die Deutschen etwa 5,3 v. H. der Gesamtbevölkerung Kongreßpolens aus. Etwa 95 v. H. sind Protestanten, schätzungsweise zwei Drittel von ihnen bäuerliche Kolonisten gewesen. (Forts. folgt.) Dr. K.

Ostmärkisches Allerlei.

Paul Enderling 50 Jahre.

Der Dichter Paul Enderling wurde am 22. April 1880 in Danzig geboren; nach Studium in Königsberg und Berlin unternahm er größere Reisen, wurde freier Schriftsteller und ist seit 1924 als literarischer Berater des Stuttgarter Rundfunks tätig. In seinen Gedichten, Novellen und Romanen kommt er immer wieder auf das alte deutsche Danzig zurück. Die meisten seiner Werke haben dessen Gassen, Giebelhäuser und Kirchen als Ort der Handlung; in ihnen klingt das Lied der Ostsee wieder und gewinnen die Vertreter der alten Hansestadt und des heutigen Freistaats Danzig Gestalt.

*

Ein Breslauer Gelehrter — Leiter der Himalaya-Expedition.

Der Breslauer Universitätsprofessor Dr. Günter Oskar Dyhrenfurth hat kürzlich Deutschland verlassen, um die Leitung der „Internationalen Himalaya-Expedition 1930" zu übernehmen; deren Ziel ist die Ersteigung des Kangchenjunga im Ost-Himalaya, des zweithöchsten Berges der Erde (8602 Meter), den bisher noch keines Menschen Fuß betreten hat. In der Begleitung Dyhrenfurths befindet sich als Expeditionsarzt und Berichterstatter des Scherlverlages der schlesische Schriftsteller und Arzt Dr. Helmuth Richter.

*

Zehn Jahre Seedienst Ostpreußen.

Anläßlich der Eröffnung des Seedienstes Ostpreußen im zehnten Jahr seines Bestehens fand in Pillau bei Ankunft des Motorschiffes „Preußen" eine eindrucksvolle Begrüßungsfeier statt, an der Vertreter der Reichs-, Staats- und Marinebehörden teilnahmen. Der Vizepräsident des Oberpräsidiums, Dr. Steinhoff, führte in seiner Rede u. a. folgendes aus: Der „Seedienst Ostpreußen" ist eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit seit Bestehen des Korridors. Die Provinz Ostpreußen braucht einen immer freien Weg zum Reich. Die Gefahr einer Unterbrechung des Bahnverkehrs im Korridor durch Streiks oder Naturkatastrophen, die das wirtschaftliche und politische Interesse Ostpreußens stark berührt, muß nach Möglichkeit verringert werden. Als 1926 die beiden Motorschnellschiffe „Preußen" und „Hansestadt Danzig" in Dienst gestellt wurden, begann eine neue Ära der deutschen Ostseeküstenfahrt. Der Reiseverkehr wächst von Jahr zu Jahr. Daß Ostpreußen Reiseziel für viele tausend Deutsche „aus dem Reich" geworden ist, ist zum guten Teil dem „Seedienst Ostpreußen" zu danken.

*

See- und Gasschutz für Ostpreußen.

Der ostpreußische Provinziallandtag hatte eine Entschließung angenommen, in der die Reichs- und Staatsregierung um die Einrichtung der Schutzmaßnahmen für die bedrohte Provinz ersucht wurde, die Deutschland im Versailler Diktat gelassen worden sind. In der Entschließung hieß es: „Angesichts der gefährdeten außenpolitischen Lage der Provinz und der immer wieder zutage tretenden Gelüste Polens auf Ostpreußen werden die Reichs- und Staatsregierung ersucht, alle geeigneten und zulässigen Maßnahmen zur Verteidigung der Provinz zu treffen. Insbesondere sind der sofortige Neubau des Panzerkreuzers B und der weitere Ausbau der Flotte sowie die Einrichtung des passiven Gas- und Luftschutzes für die wehrlose Bevölkerung sofort in Angriff zu nehmen."

*

Ordenssegen in Polen.

Der Aufständischenverband verleiht Tapferkeitsorden. Das tut er so: Er schickt an Leute, die er für geeignet hält, folgenden Brief: „Das Ehrenkomitee hat beschlossen, Sie für treue Dienste mit dem Aufständischenstern zu dekorieren. Sie haben sich im Laufe der nächsten Woche in unserm Büro zu melden und für diese Ehrung fünfzehn Zloty zu hinterlegen." Wer die Summe zahlt, wird als Held dekoriert; wer nicht kommt, beweist, daß es ihm an der erforderlichen Tapferkeit fehlt.

Das gefährliche Gänseblümchen.

Daß selbst ein Gänseblümchen heutzutage gefährlich werden kann, mag vielen Menschen unbekannt sein. Immerhin ist das Tatsache, wie folgender Fall beweist: Ein oberschlesischer Eisenbahner fand im Januar ein blühendes Gänseblümchen im Freien, brachte es als kleines Naturwunder nach Hause, und seine Kinder gaben es stolzerfreut in der Redaktion einer im gleichen Hause befindlichen deutschen Zeitung ab. Worauf sich die vorgesetzte Behörde den Eisenbahner vorknöpfte und einem hochnotpeinlichen Verhör unterzog, warum er das Blümchen ausgerechnet in einer deutschen und nicht in einer polnischen Zeitung abgegeben habe; und schließlich soll man ihm, wie der „Oberschles. Kurier" meldet, gar noch eine Buße in Form einer empfindlichen Geldstrafe aufgebrummt haben. — Ein etwas „blümeranter" Fall, wie? Oder mit anderen Worten: Das Gänseblümchen *einer nationalen Ausgeburt.*

*

Anekdoten um den alten Wrangel.

Eine der populärsten Soldatengestalten der alten preußischen Armee ist der Generalfeldmarschall von Wrangel gewesen, der zeit seines Lebens mit „mir" und „mich" auf dem Kriegsfuße stand. Er war am 13. April 1784 geboren. *Bei Heilsberg im Unglücksjahre 1807 hat er sich als junger, schneidiger Reiterführer seine Sporen verdient. Während des Befreiungskrieges wurde er zum Kommandeur des zweiten westpreußischen Dragonerregimentes, für seine Verdienste um die Ausbildung der preußischen Reiterei 1842 zum Kommandeur des 2. preußischen Armeekorps ernannt.* 1848 rückte er an die Spitze der Bundestruppen in Schleswig-Holstein ein und stellte er als „Oberbefehlshaber der Marken" im revolutionären Berlin sehr schnell die Ruhe wieder her. 1864 hat der achtzigjährige Generalfeldmarschall im dänischen Feldzug die Truppen geführt und bei Düppel und Alsen gesiegt. Zwei Jahre darauf sehen wir ihn noch einmal, wie er — diesmal wegen seines hohen Alters ohne Kommando — die preußische Reiterei über die Schlachtfelder Böhmens begleitet. Seinen Lebensabend verbrachte der volkstümlich gewordene Feldmarschall in Berlin, wo er 1877 starb. Sein Grab befindet sich in den Anlagen der Garnisonkirche in Stettin.

*

Bei einer Hoftafel bewunderte der „olle" Wrangel die zarten Hände seiner Tischdame, einer Prinzessin. Erfreut über die Schmeichelei aus dem Munde des alten Haudegens, verriet die junge Dame ihm, daß sie fortgesetzt wildlederne Handschuhe trage und dadurch so zarte Haut bekäme.

Ohne sich zu bedenken erwiderte Wrangel:

„Nich möglicht Hoheit müssen noch 'n besonderen Kniff dabei haben; denn ich traje doch nun schon fuffzich Jahre wildlederne Hosen und hab 'n Hintern wie 'n Reibeisen."

*

Wrangel nahm einst an einer Jagd teil. Er hatte sich von der übrigen Jagdgesellschaft sehr weit entfernt und hörte plötzlich laute Hilferufe. Er schritt näher und gewahrte, wie sich ein Teilnehmer, es war ein ihm gut bekannter Offizier, verzweifelt bemühte, aus einem Sumpf, in den er geraten war, herauszukommen.

Wrangel besah sich die Geschichte und sagte dann ruhig zu dem Kopflosen:

„Ich kann Ihm, wie Er sieht, leider nicht helfen, denn sonst würde ich auch in den Sumpf geraten. Ich werde aber Seinen schrecklichen Todeskampf abkürzen und Ihn erschießen." Damit legte er sein Gewehr an.

„Um Gottes Willen halt!" schrie der Unglückliche, „ich werde versuchen ——" Und mit der größten Anstrengung gelang es ihm wirklich, eine Baumwurzel zu erfassen und sich herauszuziehen. Dann trat er auf Wrangel zu, reichte ihm die Hand und sagte:

„Die Geistesgegenwart Eurer Exzellenz hat mir das Leben gerettet."

Der Haudegen nickte schmunzelnd.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.